

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch
u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 316 ==

„Beiträge zur Weltpolitik“ (herausg. von Prof. Dr. Otto Becker)
Heft 1

Japans Eingliederung in den Weltverkehr 1853—1869

Von

Dr. Bruno Siemers

herausgegeben vom Japaninstitut

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1937

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

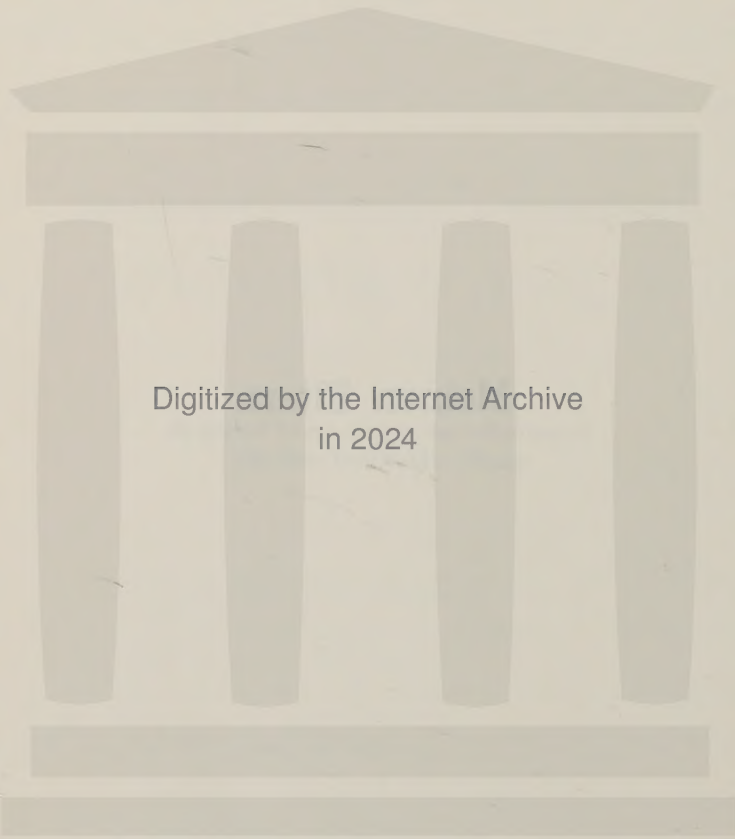
Verlag von J. Neumann, Neudamm, 1873.

Band I.

Japan's Eingliederung in den Weltverkehr 1853-1869

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Meinen Eltern



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	7
Einleitung	11
1. Kapitel: Die Neuerschließung Japans	15
2. Kapitel: Der erste Handelsvertrag	27
3. Kapitel: Schwierige Ingangsetzung der Verträge	39
4. Kapitel: Der Abschluß des preußisch-japanischen Vertrages	46
5. Kapitel: Zuspitzung der politischen Lage durch die Ausschließungs- befehle des Tennô	59
6. Kapitel: Straffeldzug gegen Chôshû	78
7. Kapitel: Ratifikation der Verträge durch den Tennô	88
8. Kapitel: Japan im Umbruch	99
9. Kapitel: Der Sieg des Südens	110
Erklärung japanischer Wörter	122
Erklärung der wichtigsten Abkürzungen	124
Anmerkungen	125
Quellen- und Literaturverzeichnis	135

Vorwort.

Bei der Bedeutung, die der Ferne Osten seit der Jahrhundertwende in der Weltpolitik hat und bei der Wichtigkeit, die heute Japan als einer der vier bedeutendsten Weltmächte zukommt, bedarf der Versuch, eine Darstellung der frühen Beziehungen dieses Inselreichs zu Europa und Amerika zu geben, wohl kaum einer Rechtfertigung. Wir sollten uns vielmehr wundern, daß es noch keine zusammenfassende deutsche Darstellung dieser Ereignisse gibt.

Die Bedeutung Japans für die zukünftige Weltgeschichte ist schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erkannt worden. Ein Wilhelm Raabe-Zitat aus dem Jahre 1862, dessen pessimistischen Schluß wir allerdings nicht als schicksalhaft anzuerkennen brauchen, mag uns zeigen, daß nicht nur Diplomaten, die Japan kannten, das gigantische Wachsen des unscheinbaren kleinen Inselstaates vorgeahnt haben: „Es wird eine Zeit geben, da wird die große Flagge der Zukunft in Amerika entfaltet sein. Dann gibt es vielleicht ein England des Stillen Ozeans, der dann lebendig sein wird. Wir nennen's heute Japan und stehen davor wie vor einem dunklen, stummen Rätsel. In jener Zeit werden gewaltige neue Nationen auf riesenhaften Schiffen zwischen den Ufern Asiens und Amerikas verkehren wie einst zwischen Hull und Hamburg, Dover und Calais. Da wird die Zivilisation ihren Lauf um den Erdball vollendet haben und die alte Europa, einst eine so schöne blühende Jungfrau, einst geliebt von Zeus, dem Götterkönig, wird dann ein vertrocknetes Mütterlein sein, das uralte und alte Schätze und Andenken in altväterischen Kommoden und Schränken und in der Schürze hält.“

Diese Untersuchung beschränkt sich auf eine Darstellung der Beziehungen der fremden Mächte zu Japan. Sie tut das bewußt, weil es nicht Aufgabe des europäischen Historikers sein

kann, auf Grund des begrenzten Quellenmaterials, das ihm zur Verfügung steht, innerjapanische Zusammenhänge aufzudecken, die ihm seelisch oft so fremd und so schwer verständlich sind, daß es eine Anmaßung wäre, hier entscheiden, und eine Vereinfachung, sie deuten zu wollen. Andererseits ist freilich ein Eingehen auf die innerpolitischen Verhältnisse oft unvermeidlich, aber es geschieht das immer nur so weit, wie es für die Klärung außenpolitischer Vorgänge helfen kann. Selbstverständlich kann der Verfasser dabei oft nur Berichterstatter sein, und er muß manche Frage offen lassen. Er muß es bisweilen selbst da, wo der Kausalzusammenhang verschiedener Ereignisse klarzuliegen scheint, weil er weiß, daß das Problem oft erst da beginnt, wo sich äußere und innere Verhältnisse scheinbar in einem ursächlichen Zusammenhang befinden. Wenn in solchen Fällen der Historiker der Versuchung widersteht, eine nur scheinbare Ursachenkette als wirkliche zu bezeichnen, dann resigniert er nicht, sondern er bezeugt damit seine Ehrfurcht vor Gott, der nicht immer leicht deutbar die Ereignisse lenkt, sondern der sie auch durcheinanderwirbelt nach anderen Gesetzen (wenn überhaupt nach Gesetzen) als denen des menschlichen Denkens.

Über die Zeit nach der Öffnung Japans im 19. Jahrhundert gibt es, abgesehen von Werken in japanischer Sprache, die dem Europäer zumeist unzugänglich sind, eine Reihe von Erinnerungen, Tagebüchern und Darstellungen von Europäern und Japanern, die zumeist in englischer Sprache erschienen sind. Diese Werke wurden neben den veröffentlichten und unveröffentlichten Berichten der Gesandten und Konsuln Deutschlands und Englands als Hauptquellen für den Gegenstand unserer Untersuchung benutzt. Die deutschen und englischen Gesandtschafts- sowie auch die deutschen Konsularberichte waren außerdem fast immer von Übersetzungen charakteristischer japanischer Denkschriften und Zeitungsartikel begleitet (seit 1861 erschien der „Japan Herald“, dem noch vor der Revolution weitere englische Zeitungen in Yokohama folgten). Manche von diesen Aufsätzen, die als zeitgenössische Quellen von hohem Werte sind, dürften heute selbst in Japan nur schwer erhältlich sein. Die Berichte der fremden Vertreter und die an sie gerichteten Er-

lasse sind ein hervorragendes Hilfsmittel für die Feststellung der Ansichten und Absichten der fremden Diplomaten und ihrer Regierungen in Japan. Darüber hinaus geben sie uns Aufschluß, wie weit die verworrenen innerjapanischen Verhältnisse mit der Politik der fremden Vertreter in Zusammenhang stehen, indem sie uns zeigen, was die Gesandten über die innerjapanischen Vorgänge jeweils überhaupt gewußt haben. Sie bieten uns somit eine einzigartige Möglichkeit, zahlreiche Fehlerquellen auszuschalten, denen eine überspitzt kausale Betrachtungsweise leicht verfällt, wenn sie für zwei zeitlich aufeinanderfolgende Vorgänge eine Kausalverbindung sucht und — fast immer findet.

Selbstverständlich würde man in japanischen Archiven noch manchen wertvollen Beitrag finden, der die Pläne der Japaner gegenüber dem Auslande in bestimmten Fällen ganz konkret enthüllt. Mit umstürzenden Funden kann hier aber nicht mehr gerechnet werden, da schon eine Reihe japanischer Darstellungen vorliegt (die wichtigsten zumeist auch in englischer Sprache) und die Gesandtenberichte an Vollständigkeit und Zuverlässigkeit kaum überboten werden können, soweit die Beziehungen der japanischen Regierung zu den fremden Diplomaten in Frage kommen. Die Stellung der Yedoer Regierung zwischen den fremden Mächten und der inneren Opposition könnte auf Grund dieses japanischen Materials allerdings noch besser beurteilt werden. Nichtsdestoweniger ist die Quellengrundlage für das abgesteckte Forschungsgebiet fest und haltbar. Neben den erwähnten Tagebüchern, Erinnerungen und Darstellungen wurden nämlich auch die amerikanischen Executive Documents herangezogen, obwohl sie zum Teil überholt sind durch Treats Darstellung, welche auf die ungedruckten Akten des State Department sich stützt. Sie wurden deshalb auch nur da zitiert, wo das zur Ergänzung von Treat erforderlich schien. Die Akten des Foreign Office wurden im Public Record Office zu London durchgesehen. Soweit sie schon vorher veröffentlicht waren — die Veröffentlichungen nach 1870 sind kaum nennenswert —, wurden die betreffenden Parliamentary Papers nach Erscheinungsjahr und -nummer zitiert. Die deutschen Akten schließlich wurden im Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin, sowie

im Reichsarchiv zu Potsdam benutzt. Aus russischen Archiven war für die Zeit bis Anfang der 70er Jahre mit wichtigem Material nicht zu rechnen, weil die Russen bis zu dieser Zeit keinen ständigen Vertreter in Yedo-Yokohama hatten. Die französischen Akten, die bei der cooperation policy der christlichen Mächte wesentliche Ergänzungen wohl nur für die Beziehungen des französischen Gesandten zum Shôgun in der Revolutionszeit hätten bieten können, konnten leider nicht benutzt werden.

Die vorliegende Arbeit, deren erster Teil hier veröffentlicht wird, wurde angeregt von meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Otto Becker. Ihm danke ich auch an dieser Stelle für die ständige Förderung, die er ihr hat zuteil werden lassen, sowie für die Unterstützung, die er mir bei den Verhandlungen um den Zugang zu wichtigem Aktenmaterial stets und sehr bereitwillig gewährt hat.

Auch dem deutschen Leiter des Japaninstituts, Herrn Professor Dr. Martin Ramming, sowie Herrn Professor Dr. Clemens Scharschmidt und Herrn Professor D. Dr. Otto Scheel fühle ich mich dankbar verpflichtet für die Ratschläge, durch die sie meine Arbeit gefördert haben.

Den Beamten des Public Record Office, des Preußischen Geheimen Staatsarchivs und des Reichsarchivs, besonders Herrn Staatsarchivrat Dr. Rohr, sowie Herren Reichsarchivräten Dr. Thimme und Dr. Pantlen danke ich für das Entgegenkommen, das sie mir bei der Benutzung der Archivalien gezeigt haben. Das Japaninstitut war mir bei der Beschaffung der Literatur behilflich und ermöglichte die Drucklegung der Arbeit. Der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft fühle ich mich dankbar verpflichtet für eine Forschungsbeihilfe, die sie mir für die Englandfahrt gewährt hat.

Berlin, im Januar 1937.

Der Verfasser.

Einleitung.

Schon seit 1542, als portugiesische Kaufleute auf der Insel Tanegashima landeten, gibt es Beziehungen zwischen Japan und dem Abendland. Diese wurden noch enger durch das Wirken des Jesuitenmissionars Francesco Xavier, der seit 1549 das Christentum in Japan mit so großem Erfolge verkündete, daß sogar eine Reihe von Landesfürsten sich taufen ließ. In der Sorge, daß die Jesuiten die Wegbereiter portugiesisch - spanischer Zwingherren seien, untersagte jedoch Ieyasu, der erste Tokugawa-Shôgun, 1613/14 die christliche Missionstätigkeit. Sein Enkel, Iemitsu, verbot 1636 sogar jeglichen Handelsverkehr mit dem Auslande, und bald wurde der Bau großer Schiffe untersagt, um Japan ganz von der übrigen Welt abzuschneiden. Der Shôgun, als „Hausmaier“ des Tennô, verzichtete hinfort auf jeden außenpolitischen Ehrgeiz und widmete sich ganz dem Ausbau seiner Machtstellung im Lande. Da seine Herrschaft auf Usurpation beruhte, mußte sie durch ein fein ausgeklügeltes System der Verteilung aller politischen Rechte und Pflichten der Fürsten und Lehensleute gestützt werden. Gleichzeitig wurde gegen die Japaner, die sich zum Glauben der ausgewiesenen Europäer bekannten — die Angaben über die Zahl der japanischen Christen schwanken zwischen $1\frac{1}{2}$ und $1\frac{1}{2}$ Millionen —, ein Vernichtungskrieg geführt. Nur die Holländer, als Feinde der Jesuiten und Portugiesen, durften gleich den Chinesen unter demütigenden Bedingungen seit 1641 einen sehr beschränkten Handel — zuletzt ein Schiff jährlich — von der künstlichen Insel Deshima im Hafen von Nagasaki aus treiben. Über 200 Jahre war Deshima Japans einziges Fenster nach Westen, durch das es von den Holländern über die Weltereignisse erfuhr, mit allen möglichen Vorsichtsmaßregeln wohlgemerkt, daß

die Welt dabei nichts über Japan zu wissen bekam. Ja, das Reich der Shôgun hat den Verkehr mit den Holländern zu manchen Zeiten allein deswegen gepflegt, weil es sich auf diese Weise über die Ereignisse in der übrigen Welt unterrichten lassen konnte, ohne die selbstgewählte Abschließung aufzugeben.¹ Alle Öffnungsversuche der Engländer in den Jahren 1673, 1791 und 1803, der Russen 1804 und 1811, der Holländer 1844 und der Amerikaner 1837 und 1846 waren erfolglos; 1849 holte der US.-Commander Glynn 16 schiffbrüchige Amerikaner aus Japan zurück. Es war ein bescheidener Anfangserfolg auf dem Wege zur Wiederöffnung des geheimnisvollen fernöstlichen Inselreichs.

In dem Lande, das wir als das Reich des Mikado kennen, herrschte von seiner Hauptstadt Yedo (das ist das heutige Tokio) aus der Shôgun, was eigentlich „der große General“ bedeutet. Seit etwa 700 Jahren war nämlich die politische Macht dem Tennô, dem eigentlichen Kaiser von Japan, immer mehr entglitten, während „Hausmaier“, die fast immer den Titel Shôgun führten, die wirkliche Herrschaft ausübten. Besonders seit der Gründung des Shôgunats der Familie Tokugawa im Jahre 1603 war das Mikadotum Schritt um Schritt vollständig seiner politischen Macht beraubt worden. Ieyasu, der geniale Gründer der Tokugawadynastie, erklärte den Kaiser als Himmelssohn für viel zu heilig, sich um irdische Angelegenheiten zu kümmern. „Mit scheinbarer Reverenz, durch streng logische Konsequenz verdrängte Ieyasu den Kaiser aus der weltlichen Herrschaft, vergötterte ihn, sperrte ihn in seinem nach Vorbild eines Tempels modellierten Palaste in Kioto ein.“² Sogar die wichtigeren Beamten des kaiserlichen Hofes wurden vom Bakufu, der Regierung des Shôguns, ernannt, und ein Stadtkommandant des Shôguns, der Shoshidai, residierte in der Kaiserstadt Kioto, um den Tennô und seinen Hof zu überwachen. Dennoch regierte der Shôgun auch fernerhin im Auftrage des Kaisers, der tatsächlich nur noch der oberste Priester des Ahnenkults (Shintô) war, ohne aber jemals die Bedeutung eines Papstes zu erlangen.

Zur politischen und militärischen Beherrschung des Landes stützte sich das Shôgunat auf eine starke Hausmacht. An treue Hatamoto, Ritter, vergab der erste Tokugawashôgun die ge-

waltigen Güter, die er seinen geschlagenen Gegnern abgenommen hatte. Durch ein überaus geschicktes Landverteilungssystem legte er die ihm blind ergebenen Vasallen um die wenigen mächtigen Daimyô (Landesfürsten) herum, die sich der Tokugawaherrschaft erst 1615 (nach dem Fall des Osakaschlusses) unterworfen hatten und Tozama-Daimyô genannt wurden. Er erreichte dadurch, daß besonders die ihm ursprünglich an Rang gleichstehenden mächtigen Fürsten von Kaga, Satsuma und Chôshû, sich nicht mehr rühren konnten. Iemitsu, der Enkel Ieyasus, drückte sie fast ganz zur Stellung der Fudai-Daimyô, d. h. der Tokugawavasallen, herab. Am drückendsten war für die Landesfürsten die Bestimmung, daß die Hälfte aller Daimyô abwechselnd je $\frac{1}{2}$ oder 1 Jahr mit einer gewissen Anzahl Samurai (Gefolgsmänner) ihren Wohnsitz in Yedo nehmen mußte, während die Familien sämtlicher Landesfürsten sich ständig dort aufzuhalten hatten, um der Shôgunatsregierung als Geiseln für die Ergebenheit derjenigen Daimyô zu dienen, die sich jeweils in ihren Gebieten aufhielten. Es waren harte Mittel, die Yedo anwandte, um jegliches Aufbegehren gegen seine Herrschaft unmöglich zu machen.

Das Verbot des Verkehrs mit dem Auslande und die unerschütterliche Machtstellung des Tokugawashôgunats bewahrten dem Lande ein Vierteljahrtausend den Frieden, einen Frieden auf den Schwertern der Samurai des Shôguns. Dem Ethos der Samurai ist es auch zuzuschreiben, daß Japan von der Verweichlichung verschont blieb, die sonst in so langen Ruhezeiten einzutreten pflegt.

Obwohl die Herrschaft der Tokugawa in großen Teilen des Landes sehr drückend empfunden wurde, kann man doch nicht von einem Grabesfrieden reden. Ein Wiedererwachen der geistigen Bildung trat ein, die von Ieyasu gefördert wurde nach dem Grundsatz: „Mit den Waffen unterdrückt man die Unruhen, durch Wissenschaft bewahrt man den Frieden.“³ Die Wissenschaft sorgte aber auch dafür, daß die Erinnerung an den Tennô, den göttlichen Kaiser von Nippon, nicht verloren ging. Mito, eines der drei Nebenhäuser der Tokugawasippe — die beiden anderen waren Owari und Kii — wurde der Hort des kaisertreuen Loyalismus.

Die Herrschaft der Tokugawa war in der gewaltsamen Form, wie sie sich entwickelt hatte, in hohem Grade abhängig von der Erhaltung des äußeren Friedens. Aber wie lange ließ dieser sich noch aufrechterhalten, wenn die Regierung auch angesichts der in japanischen Gewässern immer zahlreicher erscheinenden fremden Schiffe strikt am alten Abschließungssystem festhielt? Da Yedo nach 250 jähriger Abgeschlossenheit nicht mehr die Kraft hatte, einer unaufhaltsamen Entwicklung, einer ganz neuen Zeit zwischenstaatlichen Verkehrs sich anzupassen, führten die neuen Aufgaben der auswärtigen Politik eine der folgenschwersten Revolutionen der Weltgeschichte herauf.

1. Kapitel.

Die Neuerschließung Japans.

Das rasche Anwachsen des amerikanischen Handels in China hatte die Aufmerksamkeit der Regierung der Vereinigten Staaten schon seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts auch auf Japan gelenkt als ein Zukunftsland ihrer kommerziellen Expansion. Hatte schon die Bedeutung dieser Inseln als Stützpunkt für die Walfischfänger einen Vertrag mit der japanischen Regierung sehr wünschenswert gemacht, so traf das um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch mehr zu, weil die rasche Entwicklung der Dampfschiffahrt die Errichtung von Kohlenvorratslagern zwischen Kalifornien und China notwendig machte. 1851 wurde deshalb Commodore Aulick, der Befehlshaber des ostindischen Geschwaders der Vereinigten Staaten, beauftragt, mit Japan einen Freundschafts- und Handelsvertrag abzuschließen.⁴ Jedoch wurde er bald abberufen und der Auftrag an Commodore Matthew Calbraith Perry übertragen.

Die Ziele der Mission waren die Sicherung des Schutzes amerikanischer Seeleute, Erlaubnis zur Einnahme von Vorräten in einem oder mehreren japanischen Häfen und Öffnung eines oder mehrerer Häfen für den Handel.⁵ Jedoch sollte der Commodore seine Aufgabe ohne Gewalt lösen, es sei denn, daß er sich verteidigen oder Beleidigungen seiner Person und Mannschaft ahnden mußte. Perry war überzeugt, daß die Abschließung Japans nicht in einer Rasseeigentümlichkeit seiner Bewohner begründet war. Ein Mißverstehen des wahren Charakters der Japaner, die sehr wohl zwischen knechtischer Willfährigkeit und männlicher Versöhnlichkeit zu unterscheiden wüßten, glaubte er neben der Eifersucht verschiedener Staaten, die sich gegenseitig den Rang ablaufen wollten, als Hauptursache des Mißerfolgs der bisherigen Erschließungsversuche annehmen zu können.⁶ Er nahm deshalb von vornherein

eine ganz andere Haltung ein als diejenigen, die vor ihm Japan aufgesucht hatten, und war fest entschlossen, sich Demütigungen nicht bieten und mit Ausflüchten nicht abspeisen zu lassen. Seine vier Schiffe waren daher in voller Alarmbereitschaft, als er nach einem sechswöchigen Besuch der Ryûkyû-Inseln am 8. Juli 1853 in die Yedo-Bai einlief. Die Erregung in der Stadt war unbeschreiblich, als seine Ankunft durch Raketen und Kanonenschüsse von einem Fort aus angezeigt wurde.⁷

Die Shôgunatsbeamten waren nicht so bestürzt, da sie seit geraumer Zeit durch die Holländer von der amerikanischen Expedition unterrichtet waren. Kaum hatte das Geschwader die Ankerlinie eingenommen, als eine große Zahl von Wachbooten ankam, um es einzuschließen, jedoch ließ Perry das sofort verhindern.⁸ Da der Commodore nur mit den höchsten Beamten verhandeln wollte, empfing sein Adjutant nach einigem absichtlichen Zögern einen Mann, der von dem Sprecher der Japaner als Vizegouverneur Nakashima Saburoske vorgestellt wurde. Er sagte dem Japaner, daß Perry, der in freundlicher Mission nach Japan entsandt worden sei, einen Brief des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Kaiser von Japan zu übergeben habe. Auf den Einwand Nakashimas, daß nach den Gesetzen Japans Nagasaki der einzige Ort sei, wo Verhandlungen mit fremden Mächten stattfinden könnten, wurde ihm die unzweideutige Antwort, daß der Commodore dorthin nicht gehen werde.⁹ Auch der „Gouverneur“ Kayama Yezaimon konnte in dieser Hinsicht bei den Amerikanern nicht mehr erreichen. Vielmehr wurde ihm mitgeteilt, daß Perry erforderlichenfalls mit hinreichenden Streitkräften landen werde, um pflichtgemäß den Brief abzugeben.¹⁰

Nachdem tatsächlich die amerikanische Flotte angekommen war, die Donker Curtius, der Vorsteher der holländischen Faktorei auf Deshima, angekündigt hatte, entschlossen sich der Ministerpräsident Abe Masahiro und die anderen Reichsräte im Ministerium (Gorôjû) des Shôguns ziemlich schnell, den Brief anzunehmen, um die Amerikaner so bald wie möglich in Frieden wieder loszuwerden. Sie hatten auch gar keine andere Wahl, da Perry schon binnen weniger Tage durch Abdrosselung des Dschunkenverkehrs Yedo einer Hungersnot hätte aussetzen kön-

nen. Aber nicht nur eine Blockade, von der die Amerikaner gar nicht wußten, wie aussichtsreich sie gewesen wäre, hatten die Japaner zu fürchten, auch der Verteidigungszustand der Forts von Yedo war überaus schlecht. Selbst in Uruga, der stärksten Befestigung in der Yedo-Bai, waren die meisten Geschütze veraltet und für die wenigen tauglichen hatte man nur 10 Salven Munition.¹¹

Hier wird die große historische Schuld des Shôgunats offenbar, das, aller Warnungen von außen und innen ungeachtet, sich weder auf eine Öffnung des Landes, noch auf eine Abweisung der Fremden — erforderlichenfalls durch Gewalt — genügend vorbereitet hatte. Die Yedoeer Bürokratie hatte vielmehr die Gelehrten der holländischen Schule, die warnend ihre Stimmen gegen die Beibehaltung des Abschließungssystems erhoben hatten, wegen Fremdenfreundlichkeit unter eine scharfe Zensur gestellt, oft terrorisiert und nicht selten getötet. Sie war selbst durch einen Brief König Wilhelms II. von Holland im Jahre 1844 nicht aufgeschreckt worden, der den Shôgun zur Milde rung des Abschließungssystems mahnte, ehe Japan dazu gezwungen würde.¹² 1844 hätte das Shôgunat noch ohne äußeren Zwang die Beziehungen zu den großen Seemächten wieder anknüpfen können, es hätte selbst das Tempo bestimmen können, in dem die Eingliederung Japans in den Weltverkehr vonstatten gehen sollte. Aber es geschah nichts. Die seit 200 Jahren erprobte Verwaltungsmaschine lief mit der gleichen mittleren Tourenzahl weiter, unbeeindruckt von den europäischen Dampfschiffen, nicht achtend das Warnungszeichen, das der Opiumkrieg in China den Japanern hätte sein müssen. Dieses träge Beharren beim Alten, und dieses „planlose“ Hineinleben in die Zukunft verschlimmerte Yedos Lage außergewöhnlich. Auf der einen Seite ließ das Shôgunat es nämlich an den Kriegsrüstungen fehlen, die Japan vielleicht hätten in die Lage versetzen können, den Fremden die Öffnung des Landes für den Weltverkehr gewaltsam und dauernd zu verweigern. Auf der anderen Seite forderte die Aufrechterhaltung des Tokugawaregimes in den bisherigen despotischen Formen die Fernhaltung der Fremden, da die Regierung unmöglich noch das ganze Land genügend überwachen und beherrschen konnte, wenn fremde Kaufleute durch

ihren Handel den Reichtum der verschiedenen Provinzen vergrößerten und den Einfluß der Landesfürsten verstärkten. Diese Gegensätzlichkeit zwischen Zulassung der Fremden einerseits und Erhaltung des bestehenden Regimes andererseits hätte sich vor der Ankunft Perrys zweifellos durch manches Kompromiß mildern lassen, wenn nur Yedo sich zur Abkehr von der traditionellen Abschließungspolitik hätte entschließen können. Nach der halb gewaltsamen Öffnung Japans durch Perry war es dazu zu spät. Vielmehr wurde jetzt dieser unversöhnliche Gegensatz in vollem Umfange wirksam, sodaß seine Überbrückung hinfort nur noch durch außerordentlich weitgehende Veränderungen im Regierungssystem Japans möglich gewesen wäre.

Aber wir müssen den Yedoer Staatslenkern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sie dachten hier nicht kurzsichtiger als fast alle japanischen Politiker. Ein Mann wie Shimazu Nariakira, der Erbfürst von Satsuma, gefährdete sich durch seine fortschrittlichen Ansichten — er war überzeugt, daß die Absperrung bald würde aufgegeben werden müssen — die Erbfolge. Denn auch in Kagoshima wollte man von solchen Plänen nichts wissen.¹³ Nach 200 jähriger Abgeschlossenheit war eben fast allen Japanern die Vorstellung abhanden gekommen, daß dieser Zustand der Selbstgenügsamkeit und Weltabgeschlossenheit künstlich geschaffen war. Die Absperrung ihres Landes gegen die übrige Welt war ihnen so selbstverständlich, daß ihnen der Gedanke gar nicht kam, daß dieser Zustand vielleicht einmal aufgegeben werden müßte. Die Staatsmänner von Yedo waren übrigens trotz der tausend Fäden, durch die sie an das bestehende politische System gebunden waren, nicht so unbelehrbar wie ihre Bürokratie. Der Ministerpräsident Abe Masahiro scheint schon 1846 von Nariakira für dessen Auffassung gewonnen zu sein. Jedenfalls erhielten die beiden Fürsten von Satsuma schon damals in besonderer Audienz beim Shôgun die geheime Erlaubnis, in der Ryûkyû-Frage selbständig vorzugehen, was gleichbedeutend war mit der Erlaubnis, für Ryûkyû einen Vertrag mit Frankreich abzuschließen, das sich zu der Zeit darum bemühte. Wenn aus dem Vertrage auch nichts wurde, so trieb Satsuma doch seit Anfang der fünfziger Jahre einen umfangreichen Handel, besonders mit Waffen und Ma-

schinen, über Ryûkyû. Die rückständige Denkweise der Klan-genossen Nariakiras zeigte sich darin, daß nach seinem Tode 1858 die Ausführung seiner fortschrittlichen Pläne — das Bakufu hatte ihm bereits die Öffnung von Naze auf Oshima gestattet, und er plante darüber hinaus die heimliche Entsendung von jungen Leuten zu Studienzwecken nach Europa — um viele Jahre verschoben wurde.¹⁴

Diese Abschweifung in japanische Verhältnisse, die uns das Verständnis für die Haltung der Yedoer Staatsmänner gegenüber Perry und in den folgenden Jahren erleichtern soll, zeigt, daß nicht nur Yedo, im finsternen Mittelalter verharrend, sich der Erschließung des Landes widersetzte, sondern daß die allgemeine Stimmung im Lande kaum anders war. Zu dieser gefühlsmäßigen Ablehnung der Erschließung des Landes für den Weltverkehr kam — wie schon ausgeführt — für Yedo noch die Sorge hinzu, daß es durch die Eröffnung von Beziehungen mit den übrigen Mächten sein despotisches Herrschaftssystem gefährden und damit den Ast absägen könnte, auf dem die Regierung des Shôguns saß. — Aber kehren wir zur Flotte Perrys in die Yedo-Bai zurück!

Als der „Gouverneur“ am 12. Juli 1853 äußerte, die Antwort auf den Brief, der in Uruga in Empfang genommen werden sollte, werde in Nagasaki gegeben werden, erklärte Perry erneut, daß er nicht nach Nagasaki gehen und keine Mitteilung durch die Holländer oder Chinesen in Empfang nehmen wolle. Vielmehr beabsichtige er, die Antwort in der Bucht von Uruga abzuwarten.¹⁵ Am 14. landete er mit einem Gefolge von 300 Personen zur Überreichung des Schreibens, und mit großer Feierlichkeit fand der Austausch der Schriftstücke statt. In vollkommenem Stillschweigen wurde der Brief des Präsidenten Fillmore, das Beglaubigungsschreiben und ein Brief Perrys ausgebreitet. Kniend übergab der „Gouverneur“ das Schreiben des Shôguns, welches feststellte, daß im Gegensatz zum japanischen Gesetz der Brief des Präsidenten der Vereinigten Staaten, statt in Nagasaki, in Uruga in Empfang genommen sei. Jedoch dürfe eine Konferenz oder Unterhaltung nicht stattfinden.

Das Schweigen, das der Überreichung dieses „kaiserlichen“ Schreibens folgte, unterbrach Perry mit der Mitteilung, das Ge-

schwader werde in 2—3 Tagen nach Ryûkyû und Kanton aufbrechen. Er werde im nächsten Frühjahr wiederkommen, um die Antwort des Kaisers¹⁶ in Empfang zu nehmen. Seine Abfahrt nach China begründete er damit, daß dieses Land sich im Zustande der Revolution befinde. „Es wird besser sein, zu dieser Zeit nicht über Revolutionen zu sprechen,“ war die bezeichnende Antwort der japanischen Bevollmächtigten.¹⁷

Es genügte Perry nicht, das alte japanische Gesetz erschüttert zu haben, er wollte darüber hinaus zeigen, wie wenig Geltung er dem Befehle beimaß, Japan nun wieder zu verlassen. Er fuhr noch tiefer in die Bucht hinein und machte erst kehrt, als einige Japaner, die aus Sorge, er möchte bis nach Yedo fahren, an Bord geblieben waren, ihn eindringlich baten, nicht weiter zu fahren. Klar und bestimmt wie jedes seiner Worte waren seine Handlungen. Diese eindeutige Haltung hat ihn selbst dann vor Mißerfolg geschützt, wenn er einmal einen taktischen Fehler beging.

Am 17. Juli 1853 verließ das Geschwader die Yedo-Bai, weil die amerikanischen Belange in China dringend die Anwesenheit einiger amerikanischer Kriegsschiffe erheischten. Perry machte aus der Not eine Tugend, wenn er den Japanern auf diese Weise gestattete, in Ruhe die durch den Brief des Präsidenten notwendig gewordenen Beschlüsse zu fassen. Gerade diese Pause vor der Aufnahme der eigentlichen Vertragsverhandlungen war entscheidend wichtig für die friedliche Öffnung Japans. Sie gestattete nämlich, daß die wenigen japanischen Stimmen, die für die Eröffnung von Beziehungen zu den Fremden eintraten, von der Regierung genügend gewürdigt wurden.

Die Stellung der Yedoer Regierung wurde noch erschwert durch den plötzlichen Tod des Shôguns am 27. Juli. Ieyoshis Tod in diesem entscheidenden Augenblick japanischer Geschichte hat den Ausschlag gegeben für die Durchführung eines folgenschweren Schrittes, zu dem das Bakufu sich entschloß. Am 5. August 1853 ließ Abe unter den in Yedo versammelten Daimyô eine Übersetzung des Briefes des Präsidenten verbreiten mit einem Rundschreiben, worin er sie aufforderte, in Denkschriften dazu Stellung zu nehmen. Dieser Schritt hatte **keinen** Präzedenzfall in der Geschichte der Tokugawaherrschaft. Er

war in der Tat der Beginn der großen Revolution in Japan. Weil die Daimyô die an sie gerichtete politische Frage im Einvernehmen mit ihren Lehensleuten beantworten mußten, kam es dazu, daß in dem Polizeistaat die Politik eben der Regierung, gegen die bisher niemand etwas zu sagen gewagt hatte, in aller Öffentlichkeit erörtert wurde.

Schon am 15. Juli, also vor der Ausgabe der vorerwähnten Rundschreiben, hatte der einflußreiche Exfürst von Mito seine Denkschrift¹⁸ abgegeben. Er vertrat die Ansicht, man solle diese Generation nicht die erste sein lassen, welche die Schande sehe, daß ein fremdes Heer über den Boden stampfe, in dem die Väter ruhten. Wie wolle man übrigens den Holländern und Russen verweigern, was den Amerikanern einmal bewilligt worden sei? Ablehnung und wieder Ablehnung waren auch die Antworten der anderen Daimyô. Nur eine kleine Minderheit sprach sich nicht für das Festhalten am alten Gesetz aus. Unter ihnen ragten hervor Fürst Hotta, der Daimyô von Sakura, der in seinem Lehnfürstentum seit einem Jahrzehnt bereits Reformen durchgeführt hatte, und Ii Naosuke, der Fürst von Hikone, der erklärte, daß eine weitere Abschließung vom Verkehr mit der übrigen Welt unmöglich sei. Er empfahl deshalb nicht nur eine versöhnliche Antwort, sondern schlug darüber hinaus vor, das alte Gesetz aus dem 17. Jahrhundert, das den Bau großer Schiffe verbot, aufzuheben und Flotten für den Schutz der Küsten zu bauen. Die Befürworter einer Öffnung des Landes wiesen besonders auf die Stelle des Präsidentenbriefes hin, die eine versuchsweise Außerkraftsetzung der alten Gesetze für einige Jahre anbot, falls man sich noch nicht entschließen könne, sie aufzuheben. Sie meinten, Japan könne, falls der Versuch schlechte Folgen zeitige, in einigen Jahren stark genug sein, um die Handelstore wieder zu schließen.

Fast schien es, als ob den Japanern gezeigt werden sollte, daß selbst zum Überlegen nicht lange Zeit sei, denn am 21. August kam aus Nagasaki die Nachricht von der Ankunft vier russischer Kriegsschiffe. Da der Gouverneur von Nagasaki sich geweigert hatte, ein russisches Staatsschreiben¹⁹ an den „Reichskanzler von Japan“ anzunehmen, mußten die Russen volle vier Wochen warten, bis Yedo die Annahme genehmigte.

Der Gouverneur von Nagasaki rühmte in seinem Bericht das korrekte Verhalten der Russen, er glaube aber nicht, daß man sie einfach fortschicken könne. Seine Untergebenen, die mit den Russen verhandelt hatten, gaben in ihrem Bericht sogar der Meinung Ausdruck, Rußland habe das Geschwader entsandt, den Japanern im Falle eines kriegerischen Zusammenstoßes mit den Amerikanern, von deren Plänen es gehört, beizustehen, um sich auf diese Weise Japans Wohlwollen zu erwerben. Die Unterhändler fanden gleichfalls nichts Schreckliches in einer Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland, gaben vielmehr der Furcht Ausdruck, daß bei einer schroffen Absage das höfliche Verhalten der Russen ins Gegenteil umschlagen könnte.²⁰

Obwohl den Russen 1804 mitgeteilt worden war, daß Japan hinfort jeglichen Verkehr mit ihnen verweigern werde, beschloß die Yedoer Regierung, das Schreiben in Empfang nehmen zu lassen, wenn der Admiral darauf bestehen sollte. Am 21. September 1853 wurde Admiral Putiatin im Regierungsgebäude zu Nagasaki feierlich empfangen und das Schreiben des Kanzlers Nesselrode überreicht.

Während die Bevollmächtigten der Regierung schon unterwegs waren, hatte Putiatin den Hafen bereits wieder verlassen, zur großen Bestürzung der japanischen Beamten, die vermeinten, er sei nach Yedo gegangen, womit er gelegentlich gedroht hatte. In Wirklichkeit holte er sich in Shanghai nur Nachrichten über die politische Lage in Europa und langte am 7. Januar 1854 wieder in Nagasaki an. Die Verhandlungen wurden nunmehr in freundschaftlichem Tone geführt. Der Admiral verlangte für Rußland die Kurilen nördlich von Etorofu und ganz Sachalin mit Ausnahme der Aniwabucht, außerdem die Öffnung von Osaka und Hakodate, sowie eigene Gerichtsbarkeit und freie Religionsausübung für die Russen. Er wies darauf hin, wie günstig für Japan in Anbetracht seiner schutzlosen Küsten eine Verständigung mit Rußland sein würde, da es sich dadurch Unterstützung sichern könne. Putiatin mußte sich aber vorläufig mit der Zusage begnügen, daß Rußland der erste Nutznießer sein werde, wenn Japan überhaupt Häfen öffne. — Es sollte anders kommen.

Wenige Tage nachdem das russische Geschwader Nagasaki verlassen hatte, kam, am 13. Februar 1854, Perry wieder in der Yedo-Bai an. Seine Streitmacht, die bis auf 10 Schiffe und 1600 Mann anwuchs, konnte den erwünschten Eindruck auf die Japaner nicht verfehlen. Vergeblich versuchten sie das Geschwader bei Uraga anzuhalten, ebenso vergeblich waren ihre wiederholten Bemühungen, die Amerikaner, die 12 Meilen weiter in die Bucht gefahren waren, dorthin zurückzubewegen. Auf die Mitteilung, ein hoher japanischer Beamter sei in Uraga angekommen, erwiderte Perry am 18. Februar, er wünsche in der Hauptstadt empfangen zu werden, wie es dem internationalen Brauche entspreche. Er war auch jetzt entschlossen, in keiner Weise nachzugeben und, wie er selbst sagt, eher den Vorwurf der Starrköpfigkeit auf sich zu nehmen als den der Nachgiebigkeit.²¹

Man einigte sich schließlich auf einen Verhandlungsplatz in der Nähe von Yokohama, nicht weit von Yedo. Am 8. März landete der Commodore unter Salut und großer Parade der Amerikaner, nicht ohne daß er für den Fall der Abweisung seiner Vorschläge mit sofortigem Krieg gedroht hatte, zu dem ihm innerhalb von 20 Tagen 100 Schiffe zur Verfügung stehen würden.²² Das Antwortschreiben²³ des Shôguns war recht günstig. Es enthielt u. a. die bedeutsame Feststellung, daß es den Geist der Zeit mißverstehen heiße, wollte Japan weiter an den alten Gesetzen festhalten. Die einzige Forderung des Präsidenten, die direkt abgelehnt wurde, war die der Anknüpfung von Handelsbeziehungen. Aber Perry war noch nicht zufrieden.

Sehr fesselnd ist, was Perrys kluger Dolmetscher, Wells Williams, zu dem Vorgehen des Commodore sagt: Der Brief des letzten Jahres habe um einen Hafen ersucht, nun wolle Perry fünf, der Brief habe nur Versicherungen guter Behandlung verlangt, nun fordere Perry einen Vertrag, wobei er sogar in dunklen Worten mit einer größeren Streitmacht und schärferen Bedingungen drohe. „Yet what an inconsistency is here exhibited, and what conclusion can they draw from it except that we have come on a predatory excursion? . . . Perry cares no more for right, for consistency, for his country, than will advance his own aggrandizement and fame, and makes his ambition the test

of all his conduct towards the Japanese.“ Selbst wenn sich diese Politik als segensreich für die Japaner erweisen sollte, so habe sie doch seine (Williams') Meinung über Perry gemindert.²⁴

Den Japanern wurden Abschriften des amerikanisch-chinesischen Vertrages übergeben, und Perry bedeutete ihnen, daß er einen gleichen Vertrag mit ihnen abzuschließen wünsche. Er wolle sich vorläufig mit der Öffnung von drei Häfen begnügen. Erst nach langem Hin und Her einigte man sich auf Shimoda und Hakodate. Bezüglich Ryûkyû, wo der Commodore Nawa geöffnet haben wollte, bemerkten die Japaner, daß der Shôgun über dieses ferne Land wenig Recht habe. Die Residenz eines Konsuls in Shimoda konnte Perry nur mit Mühe durchsetzen. Die Einführung der Meistbegünstigungsklausel ist den Vorstellungen Dr. Williams' zuzuschreiben, desgleichen die Fortlassung einer Exterritorialitätsklausel, deren Wirksamkeit er in China als großes Übel kennen gelernt hatte.²⁵

Endlich, am 31. März 1854, wurde der mit so vielen Mühen dem Inselstaat abgerungene Vertrag unterzeichnet, dessen gewaltige Bedeutung Nitobe mit den Worten zusammenfaßt: „Thus did Perry, America, Aryan civilisation, science and Christianity triumph.“²⁶

Er enthielt im wesentlichen folgendes:

Artikel 1. Friede und Freundschaft.

2. Shimoda und Hakodate geöffnet.
3. Kostenlose Hilfeleistung an Schiffbrüchige.
4. Amerikaner sollten frei und gerechten Gesetzen unterworfen sein.
5. Keine Beschränkungen in Shimoda und Hakodate.
6. Geschäftsregelungen nötigenfalls durch Beratung.
7. Austauschverhältnisse.
8. Unterhaltungsmittel nur durch japanische Beamte erhältlich.
9. Meistbegünstigung.
10. Nur im Falle der Not und schlechten Wetters Aufsuchen von Nichtvertragshäfen erlaubt.
11. Konsul in Shimoda.
12. Ratifikationsaustausch innerhalb von 18 Monaten.

Als ob er seinen Sieg voll auskosten wollte, fuhr Perry noch einmal am 10. April bis in Sichtnähe von Yedo. Erst als die Dolmetscher, die an Bord geblieben waren, ihn bestürmten, daß bei weiterem Vordringen Unruhen in der Stadt entstehen könnten, ließ er von seinem Plan ab, der Hauptstadt zu salutieren.

Ehe wir Perrys Werk abschließend würdigen, wenden wir uns noch einmal seinem Wettbewerber zu.

Für Putiatin verschlechterten sich die Aussichten auf Erfolg durch den Ausbruch des Krimkrieges. Indessen verfehlte seine Räumung der Aniwa-Bai von russischen Truppen, die er dringend brauchte, nicht ihren guten Eindruck auf die Japaner. Am 22. Dezember traf er in Shimoda mit denselben Bevollmächtigten wieder zusammen, mit denen er schon in Nagasaki verhandelt hatte. Aber am 23. wurde sein Schiff bereits ein Opfer des Meeres, das alle Häuser von Shimoda fortschwemmte. Mit 500 schiffbrüchigen Seeleuten in einem fremden Land ließ der Admiral sich nicht entmutigen. Während er mit Unterstützung der japanischen Regierung, die ihm Baumaterial und Bauleute schickte, einen Schoner bauen ließ, brachte er, der Schiffbrüchige, die Verhandlungen zum Abschluß, und am 7. Februar 1855 wurde der erste russisch-japanische Vertrag unterzeichnet. Sachalin sollte beiden Nationen offen stehen. Über die Bestimmungen des Perryvertrages hinaus war den Russen auch Nagasaki geöffnet, und es wurde ihnen gestattet, einen Vertreter nicht nur für Shimoda, sondern auch für Hakodate zu ernennen. Ramming weist auf die guten Beziehungen hin, die sich zwischen Russen und Japanern herausbildeten; Kawaji schreibe am Ende seines Tagebuches geradezu mit Bewunderung über die hohen Charaktereigenschaften des Admirals.²⁷

Auf der Suche nach Putiatin war am 7. September 1854 der englische Admiral Sir James Stirling nach Nagasaki gekommen. Er wollte die Ansichten und Absichten der japanischen Regierung betreffend Zulassung der Schiffe von kriegführenden Mächten in ihren Häfen feststellen.²⁸ Da die Minister des Shōguns Rußland nicht herausfordern wollten und sie bei der Fernhaltung kriegführender Schiffe leicht in die Streitigkeiten hineingezogen werden konnten, zogen sie es vor, am 14. Oktober mit dem Engländer einen Vertrag zu schließen, der Großbritan-

nien dieselben Rechte wie den U. S. A. gab, mit Nagasaki und Hakodate als offenen Häfen.

Auch die Stellung der Holländer in Japan hob sich. Am 9. November 1855 schlossen sie ein Abkommen und im Januar 1856 einen Vertrag mit Japan, in dem ihnen u. a. gestattet wurde, innerhalb der Gebäude von Deshima „ihre eigene oder die christliche Religion“²⁹ auszuüben. Durch diesen Vertrag suchte Holland Nagasaki die Monopolstellung zu erhalten. Aber nur die Russen, die keine wichtigen Handelsinteressen in Japan hatten, waren bereit, in Putiatins neuem Vertrag vom Oktober 1857, diese Politik mitzumachen. Die Vereinigten Staaten dachten nicht daran, den von Perry eingenommenen Erstlingsplatz freiwillig wieder aufzugeben.

Niemand wird Perry den Ruhm streitig machen, im 19. Jahrhundert als erster Abendländer das Land der aufgehenden Sonne erschlossen zu haben. Aber sein friedlicher Erfolg ist doch — soweit er nicht auf andere Gründe zurückzuführen ist — nicht so sehr ein Erfolg des Friedens- wie des Kriegsmannes Perry. Seine Drohungen waren so unverhüllt, daß seine eigenen Berichte in Washington große Beunruhigung hervorriefen und der Marinesekretär ihm den friedfertigen Charakter seines Auftrages ins Gedächtnis zurückrufen mußte.³⁰ Für den Fall des Mißerfolges hatte Perry bedeutende Gebietserwerbungen vorgesehen. Er hat auch nach seiner Rückkehr in die Heimat fortgefahren, eine Annexionspolitik im Fernen Osten zu empfehlen. Die friedliche Öffnung Japans wird zur Mär, wenn man sie einem friedfertigen Perry zuschreiben will. So unbestritten ihm sein Erfolg bleibt, so wenig ist das Erreichte allein seine Leistung.³¹ Dem Erfolge Perrys war schon seit einem Jahrzehnt von den Holländern vorgearbeitet worden. Auch die psychologische Wirkung des gleichzeitigen Auftretens Putiatins auf die japanische Regierung kann nicht leicht überschätzt werden. Das Erscheinen der Russen in Nagasaki ist zweifellos mit entscheidend gewesen für das, was unter Perrys Namen in die Geschichte eingegangen ist, und der friedliche Admiral eines in Ostasien sonst so aggressiven Reiches verdient genannt zu werden neben dem kriegdrohenden Commodore einer in Ostasien sonst so friedfertigen Macht, Putiatin neben Perry, dem Mann, der Japan öffnete.

2. Kapitel.

Der erste Handelsvertrag.

„Ich werde der erste anerkannte Vertreter eines Kulturstaates sein, der in Japan wohnt. Das bildet eine Epoche in meinem Leben und kann der Beginn einer neuen Ordnung in Japan sein. Hoffentlich kann ich mich so verhalten, daß ich ehrenvolle Erwähnung finde in den Geschichtsbüchern (histories), die über Japan und sein künftiges Schicksal geschrieben werden.“³² Das schreibt Townsend Harris am 18. August 1856 in sein Tagebuch, als er zum erstenmal japanisches Gebiet gesehen hat. — Er war überzeugt von der Wichtigkeit des einsamen Postens, auf den man ihn schickte, und er brachte den guten Willen mit, das Volk zu verstehen, bei dem er sein Land vertreten sollte. Darin liegt wohl der Hauptgrund des Erfolges dieses einsamen amerikanischen Diplomaten in einem fernen Lande.

Zunächst sollten seine guten Absichten auf eine harte Probe gestellt werden. Der Statthalter von Shimoda erklärte dem Generalkonsul, der am 21. August 1856 auf der „San Jacinto“ dort ankam, man habe die Ankunft eines Konsuls nicht erwartet. Er solle in einem Jahr wiederkommen, dann hoffe man, ein Haus für ihn bereit zu haben. Der Vertrag sehe die Entsendung eines Konsuls übrigens nur für den Fall vor, daß beide Nationen es wünschten.³³

Da alle Einwände nicht fruchteten, gaben die japanischen Beamten den Kampf schließlich auf. Am 4. September 1856 hißte der Amerikaner die erste Konsularflagge in Japan. Sehr geschickt war es, daß er den Japanern trotz ihrer Fragen von keinen politischen Aufträgen sprach. Er wollte vor allem erst einmal die Aufregung über seine Ankunft sich legen lassen und die Japaner von seiner freundschaftlichen Einstellung überzeugen, ehe er sich um die Lösung seiner schwierigen Aufgabe bemühte.

Die Weisung, die Harris unter dem 13. September 1855 erhalten hatte, sah vor allem den Ausbau des Perryvertrages zu einem Handelsvertrage vor. Außerdem scheint Staatssekretär

Marcy Harris mündliche Instruktionen mitgegeben zu haben, welche die Sicherung der Exterritorialität verlangten.³⁴

Harris mußte zuerst einen wahren Kleinkrieg führen gegen all die Beschränkungen, die ihm von den Japanern auferlegt wurden in Gestalt von Wachen, Spionen, Erschwerung des Handels und der Anstellung von japanischen Dienern. Aber sein sicheres Auftreten und sein guter Wille halfen über alle Schwierigkeiten hinweg. Zwar versuchten die Japaner immer wieder ihn hinters Licht zu führen, so daß er sie noch am 8. Januar 1857 als die größten Lügner der Erde bezeichnete,³⁵ aber nach und nach bildete sich trotzdem ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den Regierungsbeamten heraus. Er gewann sogar immer mehr die Überzeugung, daß die Japaner die Zeit der Öffnung des Landes herbeisehnten.³⁶

Am 25. Oktober³⁷ teilte Harris in einem Brief dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Yedo mit, daß er der Träger eines Briefes des Präsidenten an den Kaiser von Japan sei, den er in Yedo übergeben wolle. Gleichzeitig versprach er, bei seiner Anwesenheit in Yedo der japanischen Regierung Eröffnungen zu machen über die Absichten der britischen Regierung gegenüber Japan.³⁸

Da die Yedoeer Regierung zu direkten Verhandlungen mit dem Generalkonsul nicht bereit war, begannen im Februar 1857 zahlreiche Verhandlungen mit den Lokalbeamten von Shimoda. Dabei sprach Harris wiederholt eine sehr deutliche Sprache. So versetzte er die Gouverneure am 3. März 1857 in Angst, indem er ihnen aus einem Briefe des Staatssekretärs vorlas, daß der Präsident — sollten die Japaner den Vertrag zu umgehen suchen — nicht zögern werde, „to ask Congress to give him power to use such arguments as they could not resist“.³⁹

In dieser Zeit des langen Wartens, wo er nur in seinem Dolmetscher und Sekretär Heusken einen Schicksalsgenossen hatte, zeigt sich die Charaktergröße dieses Mannes, der offensichtlich von seiner Regierung vernachlässigt wurde. Am 17. Juli 1857 konnte er endlich die Konvention von Shimoda unterzeichnen. Er sicherte darin für Amerika die Öffnung von Nagasaki, Niederlassungsrecht in Shimoda und Hakodate, Austausch von Gold und Silber nach Gewicht, eigene Gerichtsbarkeit

der Amerikaner und für den Konsul das Recht, außerhalb der Sieben-Ri-Zone zu reisen.

Dem ersten folgte bald der zweite Erfolg. Da Harris sich standhaft geweigert hatte, den Statthaltern in Shimoda das Schreiben zu überreichen, wurde ihm Ende September mitgeteilt, daß er eine Audienz beim Shôgun haben solle. Einige Mitglieder des Ausschusses für Küstenverteidigung hatten das schon länger befürwortet, da sonst ein amerikanisches Geschwader kommen könnte und man der Gewalt nachgeben müßte.

So zog denn Harris mit allen Ehren eines Daimyô am 30. November 1857 in die Hauptstadt der Shôgunie ein.⁴⁰ Welch ein Unterschied zu den Tributgesandten der Holländer aus Deshima, die bis vor 10 Jahren Yedo zu besuchen pflegten! Als der „Fürst von Shinano“, Harris' Freund, die Schwierigkeiten hervorhob, die er gehabt, Harris nach Yedo zu bringen, benutzte dieser die Gelegenheit, ihm klar zu machen, daß er als Vertreter der Vereinigten Staaten und nicht als Privatmann nach Yedo gekommen sei und daß die Vereinigten Staaten von der japanischen Regierung keine Gunst, sondern ihr Recht forderten, daß sein Auftrag das Wohl des japanischen Reiches im Auge habe, und daß es keine Gnade für ihn und sein Land sei, wenn man seinen Rat anhöre. Vielmehr müßten die Japaner dem Präsidenten dankbar sein für die Freundschaft, die er ihnen durch die Aufträge erweise, mit denen er seinen Gesandten betraut habe. Man kann sich die Wirkung einer solchen Sprache auf die ratlosen Japaner vorstellen! Nach einem Besuch bei Außenminister Hotta, der seit Abes Tod den Vorsitz im Staatsrat hatte, fand am 7. Dezember 1857 die Audienz beim Shôgun statt. Während Prinzen von Blut und Staatsratsmitglieder im Staube lagen, geschah das Unerhörte: Stehend redete Harris den Herrscher an. Er überbrachte aufrichtige Wünsche des Präsidenten für das Gedeihen Japans und bezeichnete es als seinen Wunsch, feste Bande dauernder Freundschaft zwischen beiden Ländern zu knüpfen.⁴¹ Der Shôgun antwortete hörbar mit fester Stimme: „Ich bin erfreut über einen Brief, geschickt mittels eines Gesandten aus einem fern gelegenen Lande und auch über seine Rede. Ewig soll Gemeinschaft (in der englischen Übersetzung steht intercourse) gehalten werden.“⁴² Nachdem Harris

den Brief ⁴³ an Hotta übergeben hatte, war die Audienz beendet.

Dieser Tag, an dem zum erstenmal der Beauftragte eines christlichen Staatsoberhauptes zu dem Beherrscher des Landes der aufgehenden Sonne sprach, hinterließ bei allen Beteiligten einen unauslöschlichen Eindruck. Die Japaner verglichen unwillkürlich den Empfang dieses Mannes mit dem der Holländer, die man bisher in Yedo gesehen hatte. Während der „Opperhoofd-Gezandt aan den Hof des Kaisers“ auf dem Holzfußboden knieend seine Komplimente einüben mußte, ehe er überhaupt zur Audienz zugelassen wurde, betrat Harris mit größeren Ehren als ein Daimyô den Audienzsaal. Während der Holländer bei der Audienz — wie Siebold erzählt ⁴⁴ — nicht einmal den Schatten vom Shôgun sehen konnte, weil er tiefgebückt knien mußte, stand hier, unerschütterlich, der Amerikaner vor dem Herrscher. Wenn jener sogar vor den Staatsräten sich niederzuwerfen und außerdem noch ein Dutzend Besuche zu machen hatte, wobei er sich noch regelmäßig von den Sekretären abfertigen lassen mußte, weil die betreffenden Herren vorgaben, nicht zu Hause zu sein, verhandelte dieser vollkommen gleichberechtigt, oft sogar mit dem Ton des überlegenen Lehrmeisters. Bei solcher Vergleichsmöglichkeit mußte den Japanern wirklich klar werden, daß eine neue Zeit angebrochen war. Aber auch Harris und Heusken waren nachhaltig beeindruckt durch die feierliche Einfachheit dieses Hofes ⁴⁵ des Militärherrschers von Japan.

Am 12. Dezember 1857 fand eine Unterredung mit Ministerpräsident Hotta statt. Der Amerikaner wies hin auf die großen Veränderungen in der Welt seit der Erfindung der Dampfkraft, die auch Japan zu einer Aufgabe seiner Abschließungspolitik zwingen würden. Japan habe nur die Wahl, selbst seine Hilfsquellen zu entwickeln und freien Handel zu gestatten oder dem Drucke fremder Kriegsschiffe nachzugeben. Die Forderungen einer solchen Flotte würden aber niemals so bescheiden sein wie seine eigenen, auch würde es die Regierung in den Augen des Volkes herabsetzen, wenn sie einer Flotte zugestehen müsse, was sie einem einzelnen Botschafter abgeschlagen. Hingegen würde Japans Ehre erhalten bleiben, wenn die Regierung mit ihm verhandle, der absichtlich allein nach Yedo gekommen sei. ⁴⁶

Aus japanischen Aufzeichnungen⁴⁷ sind wir über diese Unterredung noch besser unterrichtet. Danach betonte der Gesandte die friedfertige Politik der USA, deren nationaler Grundsatz es sei, keine Angriffspolitik zu treiben. „In Asien Landbesitz zu erwerben, ist von der Regierung verboten,“ sagte er.⁴⁸ Aber nicht nur hätten die Vereinigten Staaten gar keine territorialen Ambitionen, sondern sie schlossen sich auch nicht den Bündnissen (alliances) von Westmächten an, die solche Absichten in Asien verfolgten. Die europäischen Länder aber müßten, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, Beziehungen mit Japan eröffnen. Der Krimkrieg schon habe den russischen Vormarsch und seinen Druck auf Indien aufhalten sollen. England und Frankreich wüßten, daß Rußland Sachalin und das Amurgebiet nehmen wolle, um dann über die Mandschurei an Indien heranzukommen. Um eine starke Verteidigungsstellung zu beziehen, wolle England deshalb Sachalin, Yezo und Hakodate in Besitz nehmen. Zur Charakterisierung der so ganz andersartigen Politik seines Landes wies er darauf hin, daß seine Regierung das Zusammenwirken mit der englischen und französischen Regierung beim Einfall in China glatt verweigert habe, weil die Vereinigten Staaten es ablehnten, eine schwache Nation zu bekriegen, ohne herausgefordert worden zu sein. Er führte aus, daß Governor Bowring in Hongkong ihm die Absicht kundgegeben habe, mit einer Flotte von 10 Schiffen nach Yedo zu fahren und die Öffnung des Landes nötigenfalls zu erzwingen. Auch die Franzosen würden voraussichtlich an der japanischen Küste erscheinen. Der Krieg wäre wahrscheinlich schon längst ausgebrochen, wenn Japan näher bei England oder Frankreich läge. Der Abschluß eines Vertrages mit Harris sei für Japan geradezu eine Sicherung gegen größere Forderungen seitens der anderen Mächte, da diese sich mit demselben Vertrag begnügen müßten, den Japan etwa zuvor mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen hätte. Es genüge durchaus, daß die Häfen dem fremden Handel nach und nach geöffnet würden, aber der Präsident versichere die Japaner, daß das nicht der Fall sein werde, wenn Japan zuerst einen Vertrag mit England schließe. Dabei wies er besonders auf Siam hin, das sich durch Verträge mit den Vereinigten Staaten und Frankreich gegen England ge-

schützt habe, während unabhängige indische Staaten von England erobert worden seien, weil sie keine Verträge mit anderen Mächten hatten.

Es ist verständlich, daß Hotta diese Ausführungen des Amerikaners für das Wichtigste hielt, was der Regierung bisher vorgelegen hatte,⁴⁹ aber trotzdem erhielt Harris keine Antwort, so daß er sich am 9. Januar, des fruchtlosen Verhandelns müde, mit ernstesten Worten beschwerte. Seine Behandlung zeige, daß Verhandlungen erst möglich seien, wenn der Bevollmächtigte eine Flotte hinter sich habe und Kanonenkugeln als Argumente anbieten würde.⁵⁰ Daraufhin hatte er eine weitere Unterredung mit Hotta, der ihm sagte, der Shōgun stimme unbeschränktem Handel und dem Wohnrecht eines Gesandten in Yedo zu, doch könne die Zahl der geöffneten Häfen nicht vergrößert werden, jedoch solle für Shimoda ein anderer geöffnet werden, da dieser ungeeignet für den Handel sei.⁵¹

Das Eigenartige bei den Verhandlungen mit den japanischen Bevollmächtigten war, daß Forderungen, von denen Harris annahm, sie würden schwer durchzusetzen sein, oft schnell angenommen wurden, während anderen ganz unerwartet ein zäher Widerstand entgegengesetzt wurde. Der Grund ist darin zu suchen, daß für die japanische Regierung immer der Eindruck ausschlaggebend war, den der Vertrag auf die Daimyō und ihre Samurai machen würde; denn nur ihren Widerstand fürchtete sie. Dagegen fiel es nicht ins Gewicht, daß das Volk keineswegs fremdenfeindlich und die Kaufleute der Öffnung von Häfen sogar sehr gewogen waren.⁵²

Wenn der Amerikaner auf Forderungen bestand, die ihnen unangenehm waren, machten die Japaner gern und sehr geschickt geltend, daß der Präsident Harris doch beauftragt habe, Vorschläge und Mitteilungen im alleinigen Interesse Japans zu machen, er wolle doch nur den Vorteil Japans, warum also auf solchen Punkten bestehen, welche lediglich Unruhen herbeiführen würden, die dem Lande doch bestimmt nicht zum Vorteil gereichten? Der Präsident rede von den Gefahren seitens der europäischen Mächte, falls Japan auf gewisse Vorschläge nicht eingehe, aber es mache doch keinen Unterschied, ob das Unglück von innen oder von außen komme.⁵³ Harris mußte zu-

geben, daß ihre Reden viel Wahres enthielten, ja, daß er in vielen Punkten ganz ihrer Meinung sei. Er klärte sie dann allerdings auf, daß er geschickt sei, ihr Land auf friedlichem Wege in den Völkerverkehr hineinzuziehen und führte sie darauf hin, daß der Handel eine Quelle der Macht sei, wie England und Holland bewiesen, was aber auch der Machtsturz Spaniens und Portugals zeige. Japan könne mit seiner glücklichen Lage recht wohl das England Asiens werden.⁵⁴ Er hat sicher nicht geahnt, wie sehr diese Worte einmal Wahrheit werden sollten!

Trotz der großen Kluft, die zwischen dem bestand, was Harris forderte, und dem, was die Japaner zu bewilligen bereit waren, einigte man sich schließlich. Auch bezüglich der den Vertrag ergänzenden Handelsbestimmungen kam eine Einigung verhältnismäßig schnell zustande, zumal die Japaner gestanden, sich dabei blind auf Harris verlassen zu müssen. Der Dolmetscher Moriyama meinte, Geldangelegenheiten hätten nichts auf sich, da die Daimyô sich nicht um Geld, Auflagen und Zölle kümmerten.⁵⁵ Bei ihnen liege die Gefahr in den großen Zugeständnissen des Vertrages.⁵⁶ Diese Gefahr mußte in der Tat sehr groß sein, denn am 17. Februar erklärten die Kommissare, die Regierung wolle alle Versprechungen halten, müsse jedoch die Unterzeichnung des Vertrages aufschieben, um Zeit zu gewinnen zur Beruhigung der Daimyô, von denen der größte Teil über die Öffnung der drei Häfen hinaus nichts bewilligen wolle. Besonders groß muß der Unwille des mächtigen Fürsten von Kaga gewesen sein, der „lieber gleich losschlagen als solchen Dingen seine Zustimmung geben“⁵⁷ wollte und der erklärt hatte, seine Ergebenheit zum Shôgun höre auf, wenn dieser die alten Gesetze übertrete.⁵⁸ Die Kommissare erklärten dem Amerikaner, die Regierung müsse einen Aufstand befürchten, wenn sie jetzt den Vertrag abschließe. Sie wolle darum die Zustimmung des „geistlichen Staatsoberhauptes“ einholen, weil die Landesfürsten ihren Widerstand dann aufgeben müßten. Auf Harris' Frage, was sie tun wollten, wenn der Tennô die Zustimmung verweigere, erwiderten sie rasch und bestimmt, die Regierung werde keine Einwendungen von ihm entgegennehmen, es sei das lediglich eine Formsache. Demgegenüber wies Harris darauf hin, daß es eine in der Geschichte der Diplomatie unerhörte

Tatsache sei, einen Vertrag zu vereinbaren und dann nicht zeichnen zu wollen. Vergeblich!

Da vorläufig doch nicht mehr zu erreichen war, schlug Harris vor, den Vertrag zur Unterschrift fertig zu machen. Als dann solle der Präsident des großen Rates dem Amerikaner schriftlich erklären, die Unterzeichnung müsse bis zur Rückkehr der Unterhändler aus Kioto ausgesetzt werden, solle jedoch spätestens in 60 Tagen stattfinden.⁵⁹ Dieser Vorschlag wurde angenommen,⁶⁰ und am 6. März 1858 kehrte der Gesandte, der an einem schweren Nervenfieber litt, vorläufig nach Shimoda zurück.

Bei der Ablehnung, die der Vertragsentwurf bei den Fürsten des Landes erfahren hatte, wollte Hotta durch die Einholung der Zustimmung des Mikado alle Schwierigkeiten beseitigen. Es sollte ganz anders kommen.

Wegen der epochemachenden Bedeutung dieser Anrufung von Kioto müssen wir uns erinnern, daß sie nicht notwendig war, weil die höchste Gewalt des Shôguns in Verwaltungsangelegenheiten nicht nur nach der Verfassung von 1615, sondern auch kraft Gewohnheit⁶¹ unbestritten war. In jedem Fall war es vorzeitig, sich schon jetzt an Kioto zu wenden, da der Vertrag noch gar nicht gezeichnet war. Die erste Gesandtschaft an den Hof des Tennô war ein vollständiger Mißerfolg. Um die verfahrenere Lage zu retten, eilte der Ministerpräsident selbst nach Kioto. Alle noch so triftigen Gründe, die er in wochenlangen Verhandlungen für die Notwendigkeit des Aufgebens der alten Abschließungspolitik anführte, fruchteten nichts bei der shôgunatfeindlichen Hofpartei. Die Antwort des Tennô vom 3. Mai 1858 bezeichnete schon das Shimodaabkommen als eine Schmach, den Abschluß weiterer Verträge mit den fremden Mächten aber werde der Tennô geradezu als eine Verwirkung der nationalen Würde ansehen.

Die führenden Männer der Regierung des Shôguns hatten gehofft, die Verantwortung für eine mißliebige Handlung von sich abwälzen zu können zu einer Zeit, als wenigstens ihr formales Recht zu Verhandlungen mit fremden Mächten nicht angezweifelt werden konnte. Die Verantwortung war ihnen nicht genommen worden, wohl aber hatten sie ihr Ansehen als selbst-

verantwortlich handelnde Regierung aufs Spiel gesetzt und für die Zukunft einen Präzedenzfall geschaffen, der die Autorität und Handlungsfreiheit des Shôgunats schwer beeinträchtigte.

Am 5. Juni, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Kioto, suchte Hotta Harris, der seit dem 18. April wieder in Yedo war, von der Notwendigkeit eines weiteren Aufschubs der Unterzeichnung zu überzeugen. Aber dieser drohte, er werde nunmehr selbst nach Kioto gehen, um dort einen Vertrag zu schließen.⁶² Ihm schien die Geringschätzung, mit der die Beamten vom Mikado gesprochen hatten, wenig vereinbar mit der Wichtigkeit, die man seiner Zustimmung beimaß.⁶³ Schließlich willigte er aber doch in eine Verlängerung um 3 Monate, wofür sich die Japaner verpflichteten, keinen weiteren Vertrag vor Ablauf einer Frist von 30 Tagen nach der Unterzeichnung des amerikanischen abzuschließen. Harris kehrte am 18. Juni nach Shimoda zurück mit einem Brief des Shôguns an den Präsidenten, dem ersten, den der Beherrscher Japans seit 240 Jahren an ein fremdes Staatsoberhaupt gerichtet hatte.

Mit dem Zusammenbruch der Hottamission war in der Außenpolitik der Höhepunkt der Schwierigkeiten erreicht. Der Shôgun Iesada suchte den starken Mann, der das Schicksal wenden konnte. Am 4. Juni 1858 ernannte er Ii von Hikone zum Tairô, zum Regenten. Der Fürst von Hikone war gewillt, seine diktatorische Macht anzuwenden, aber sein Leben war zu kurz, das Tokugawashôgunat zu retten. Der in Ungnade gefallene Hotta wurde entlassen, obwohl Ii sich für ihn verwendete. Dem Regenten wurde dadurch der Mann geraubt, der ihm wegen seines politischen Weitblicks der beste Helfer hätte sein können. Aber die Reibungen bei den Kulissenkämpfen waren sehr groß. Während Hotta z. B. mit Ii in der Überzeugung übereinstimmte, daß die Abschließungspolitik gegenüber dem Auslande sich nicht fortsetzen ließ und deshalb auf dem Gebiet der Außenpolitik die fremdengegnerischen Ratschläge des Exfürsten von Mito bekämpfte, ging er in der Frage der Nachfolge des kinderlosen Shôguns mit Mito gegen Ii und die Wünsche des Shôguns Iesada.

Der Waffenstillstand mit Harris, an dem der Tairô nicht unbeteiligt war, sollte nur kurze Zeit währen. Am 23. und

25. Juli 1858 hatten Kriegsschiffe die Nachricht von den Tientsinverträgen nach Shimoda gebracht. Am 27. schon traf Harris mit ihnen in Kanagawa ein, gefolgt von einem russischen Schiff mit Admiral Putiatin. Ein Brief von Harris unterrichtete die Japaner von der Lage der Dinge.

Die Mehrzahl der Räte des Reiches hielt die sofortige Unterzeichnung für erforderlich, um die Nation zu retten. Nur Ii, der Regent, war sich über die psychologischen Folgen der Hottamission klar, deren Mißerfolg noch niemand vergessen hatte.⁶¹ Wenn die Regierung des Shôguns aus Selbstherrlichkeit den Vertrag schließen durfte, warum dann erst die wochenlangen Versuche, die Zustimmung Kiotos zu erhalten? Das war die Frage, die jeder sich vorlegen würde. Die Entwicklung ist so gegangen, wie Ii befürchtet hat. Als Yedo für kurze Zeit den Mut zur Verantwortung verlor, da verlor es auch das Recht zum mutigen Handeln, und auf Jahre hinaus gab das Fehlen der Zustimmung des Tennô den auswärtigen Beziehungen den Charakter verknäulter Unehrllichkeit!

Ii ließ sich jedoch überzeugen, daß sofortiges Handeln not sei und nahm die ganze Verantwortung dafür auf sich. Am 29. Juli unterzeichneten die Bevollmächtigten den Vertrag, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende waren:

1. Residenzrecht eines diplomatischen Vertreters in Yedo und von Konsuln in den offenen Häfen.
2. Freundschaftliche Vermittlung des Präsidenten zwischen Japan und den europäischen Mächten.
3. Öffnung von Kanagawa (an Stelle von Shimoda) und Nagasaki ab 4. Juli 1859, Niigata ab 1. Januar 1860, Hyôgo ab 1. Januar 1863, Wohnrecht der Amerikaner daselbst und zu Handelszwecken ab 1. Januar 1862 in Yedo und ab 1. Januar 1863 in Osaka.
4. Zollfreiheit für Vorräte der U. S.-Kriegsmarine⁶⁵ in den offenen Häfen.
5. Umlauf fremder Münzen in Japan gegen gleiches Gewicht von Landesmünzen. Ausfuhrerlaubnis für alle Münzen außer Kupfer.

6. Exterritorialität und Religionsfreiheit der Amerikaner.
7. Die Handelsbestimmungen bilden einen Teil des Vertrags.
8. Der Vertrag wird wirksam am 4. Juli 1859, Revision nach dem 4. Juli 1872.

Obwohl einige Bestimmungen des Vertrages, besonders die unter Nr. 5, für die Japaner recht unheilvolle Ergebnisse zeitigen sollten, kann man Harris nicht den guten Willen absprechen, bei der Wahrnehmung der amerikanischen Interessen dem Wohl Japans möglichst Rechnung zu tragen. Er mußte das sogar tun, um die Japaner von den Vorteilen des fremden Handels zu überzeugen.

Die Politik dieses Diplomaten ist ebenso verurteilt worden, wie sie gelobt worden ist. Seine historische Bedeutung ist aber so sehr über jeden Zweifel erhaben, daß allzu scharfe Kritik ihm nicht schaden und übertriebenes Lob seine Leistungen nicht heben kann. Ein Urteil, das die Handlungsweise von Townsend Harris „crafty but not wise“ nennt und seiner „unüberlegten“ und „selbstsüchtigen“ Politik viele der Unruhen zuschreiben will, die sich aus der Aufgabe der japanischen Abschließung ergaben, ist kaum ernst zu nehmen.⁶⁶ Auch das Urteil des englischen Gesandten Rutherford Alcock über Harris' Vertragspolitik ist mit einer Bitterkeit geschrieben, die wohl in erster Linie auf sein gespanntes persönliches Verhältnis zu dem Amerikaner zurückzuführen ist. Dazu kommt, daß der Erfolg der Harris'schen Friedenspolitik auf die geschickte Ausnutzung der kriegerischen Erfolge derselben Engländer in China zurückzuführen ist, die er in Japan zum höheren Ruhme der Vereinigten Staaten so sehr perhorresziert hatte. Es spricht für die Leistung des Amerikaners, daß Alcock dennoch die diplomatische Geschicklichkeit Harris' anerkennen muß. Der unvoreingenommene Beurteiler wird zugeben, daß Harris mit bewundernswerter Wendigkeit die Nachrichten vom chinesischen Kriegsschauplatz auswertete. Seine Darlegungen über die aggressive Politik Englands⁶⁸ im Gegensatz zu der der USA wird man schwerlich als unfair bezeichnen können angesichts der chinesischen Kriege und der fortschreitenden Eroberung Indiens.

Einige Bestimmungen des Vertrages hatten für die Vereinigten Staaten geradezu die Bedeutung eines Bündnisses, besonders diejenige, welche die Anlegung von Vorratslagern für die U.S.-Marine in den drei Häfen gestattete und damit bis zu einem gewissen Grade die von Perry so sehr gewünschten Flottenstützpunkte schuf. Harris hatte es meisterhaft verstanden, die Unzuträglichkeiten eines Flottenstützpunktes — Kosten der Verteidigung —, die seine Regierung fürchtete, abzuwälzen. Hier zeigt sich aber auch, daß seine Politik gerade so friedfertig war, wie es im amerikanischen Interesse erforderlich schien. Keine Annexionen, weil sie nicht lohnen, da die Vereinigten Staaten doch nicht so viel besetzen, geschweige denn verteidigen können wie Großbritannien oder Rußland!

Mit Harris hatte im Fernen Osten eine Politik gesiegt, die sich schroff unterschied von derjenigen der europäischen Kolonialmächte. Sie entstand aus der einfachen Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht die Macht hatten, eine Gebietserwerbspolitik zu treiben wie Großbritannien, weil es ihnen an den Machtmitteln zur Verteidigung der Kolonien im Kriege mit einer europäisch-asiatischen Macht gebrach. Durch den Abschluß von Verträgen sicherten sie sich, was sie mit ihren Machtmitteln durchsetzen konnten: freien Zutritt zu den ostasiatischen Staaten, soweit diese selbst ihn gestatteten. Sie trieben also — wenn wir das Schlagwort der Jahrhundertwende anwenden — eine Politik der offenen Tür. Townsend Harris aber verdient genannt zu werden, nicht nur als einer der ersten, sondern auch der bedeutendsten Verwirklicher einer amerikanischen Politik, die erst programmatisch wurde, als sie schon eine jahrzehntealte Tradition hatte.

Auf der Grundlage des amerikanischen Vertrages schlossen die Japaner Verträge am 18. August 1858 mit Donker Curtius für Holland und am 19. mit Putiatin für Rußland. Am 26. unterzeichnete Lord Elgin, der mit nur zwei Dampffregatten und einem Kanonenboot gekommen war, den englischen Vertrag,⁶⁹ der den Zeitpunkt des Inkrafttretens auf den 1. Juli 1859 vorverlegte. Der Vertrag mit England sowohl wie der mit Frankreich,⁷⁰ den Baron Gros am 9. Oktober 1858 zustandebrachte, waren besonders klar in der Feststellung der Exterritorialität

Der Zustand innerer Spannung, in den Japan durch die Verträge gekommen war, blieb von fast allen diesen Fremden unbemerkt. Sie, die gerade von den chinesischen Schlachtfeldern gekommen waren, sahen Japan friedlich und seine Bewohner liebenswürdig und intelligent.⁷¹ Sie ahnten nicht, wie schweren Zeiten die Regierung des Landes entgegensah und welcher Belastungsprobe die soeben eröffneten Beziehungen bald ausgesetzt sein würden.

3. Kapitel.

Schwierige Ingangsetzung der Verträge.

Eine der beiden großen Fragen, die Grund zur Ernennung Iis zum Regenten gewesen waren, die Regelung der Beziehungen Japans zu den abendländischen Mächten, war entschieden — aber nicht gelöst. Denn in demselben Augenblick, als die Frage des Verhältnisses Japans zu den fremden Mächten außenpolitisch geklärt war, wurde sie zu dem entscheidenden Streitpunkt der innerstaatlichen Auseinandersetzungen. Innere und äußere Politik, die sich nie scharf voneinander trennen lassen, sind in diesen entscheidenden Jahren so sehr verflochten, daß wir den innerjapanischen Auseinandersetzungen noch einmal unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Wenige Tage nach der Unterzeichnung des Harrisvertrages war am 3. August aus Kioto die Zustimmung zu der Wahl des jungen Daimyô von Kishû zum Nachfolger des Shôguns eingetroffen. Damit war die andere Frage, die Ii und den Shôgun beschäftigte, nach ihrem Wunsche gelöst. Dem plötzlichen Abschlusse des Vertrages mit Harris wollte der Hof von Kioto seine Zustimmung aber nicht geben. Vielmehr wünschte er, daß der Tairô mit einem Tokugawafürsten nach Kioto käme.⁷² Der Regent konnte Yedo wegen der Vertragsverhandlungen mit den Engländern und Russen nicht verlassen. Aber Nagano, der Leiter von Iis Geheimdienst in Kioto, verhaftete, zum Teil über den Kopf des Shoshidai (d. i. Yedos offizieller Vertreter in Kioto) hinweg, kurzerhand die bedeutendsten Feinde des Ba-

kufu, so daß die Freunde Yedos in Kioto wieder die Lage beherrschten.⁷³ Trotz der damit verbundenen Stärkung des Shōgunats war die Antwort, die Iis Unterhändler nach dreimonatigen Verhandlungen am 2. Februar 1859 erhielt, alles andere als eine Billigung der Yedoer Vertragspolitik. Nicht die Sanktion der Verträge war in dem kaiserlichen Erlaß ausgesprochen, sondern es wurden nur die unabwendbaren Umstände und Notwendigkeiten der Lage anerkannt. Da die Shōgunatsregierung ihre Absicht kundgegeben habe, die überlieferte Abschließungspolitik wieder aufzunehmen, wolle der Tennō ihr dazu und zur Ergreifung zeitweiliger Maßnahmen freie Hand lassen.⁷⁴

Obwohl Ii die gewünschte Zustimmung zu den Verträgen nicht erhalten hatte, wurde diese Antwort des Hofes von Kioto überall als ein Erfolg des Regenten angesehen.⁷⁵ Das erscheint verständlich in Anbetracht seines Sieges in der Erbschaftsfrage und infolge der ungemeinen Stärkung, die das Shōgunat durch sein tatkräftiges Vorgehen gegen die inneren Feinde erfahren hatte. In diesem Augenblick bedeutete es zweifellos eine neue Stärkung des Bakufu, daß ihm überhaupt freie Hand gelassen wurde. Ii, der den „Sieg“ nicht überschätzte, ging auch ferner sehr scharf gegen seine politischen Gegner vor, während er gleichzeitig auf eine Aussöhnung der Höfe von Yedo und Kioto hinarbeitete. Es ist denkbar, daß er bei seinem Versuch, Kioto zu einer zeitweiligen Billigung der neuesten Außenpolitik zu bewegen, den Hintergedanken hatte, daß in einigen Jahren die Rückkehr zur Absperrung wohl schon unmöglich sein werde. Aber er tat dann ja nur, was Staatsmänner oft getan: er veranlaßte den Gegner, den ersten Schritt zu tun, wissend, daß dieser die Wahl des Rückzuges dann nicht mehr haben würde.

Als Ende Juni 1859 Rutherford Alcock und Townsend Harris als Vertreter Englands und der Vereinigten Staaten zur Öffnung des Hafens nach Kanagawa gekommen waren, wartete ihrer eine große Überraschung. Statt Kanagawa hatten die Japaner Yokohama, das auf der gegenüberliegenden Seite der Bai liegt, auf das beste für den fremden Handel vorbereitet. Aus Sorge, es könne zu Zusammenstößen der Europäer mit den Samurai kommen, die auf dem Tokaidō, der großen Heerstraße Süd- und Westjapans zu reisen pflegten, hatte Ii schon unmittel-

bar nach dem Abschluß des Vertrages zu Harris geschickt, um ihn zu veranlassen, auf die Wahl Kanagawas zu verzichten. Da dieser, in der Furcht vor einem zweiten Deshima, nicht mit sich reden ließ, hatte Ii von sich aus einfach den Ausbau Yokohamas befohlen und stellte jetzt die Europäer vor vollendete Tatsachen.⁷⁶

Mit ungeheuren Ausgaben und Mühen war der Ort für seinen neuen Zweck hergerichtet worden. Sogar ein fast 2 Meilen langer Damm war durch Sumpfgebiet angelegt worden, um eine direkte Verbindung mit der Heerstraße zu schaffen. Alles war für den Handel vorbereitet: die Wohnsitze der Konsuln und Kaufleute, Geschäftsgebäude aller Art, granitene Lade- und Landeplätze, sogar eine Stadt für japanische Händler, alles, alles.⁷⁷ Die diplomatischen Vertreter glaubten das einseitige Vorgehen der japanischen Regierung auf keinen Fall anerkennen zu dürfen.⁷⁸ Aber was nützten alle offiziellen Proteste, wenn diejenigen, auf die es ankam, sich nicht um die Warnungen der diplomatischen Vertreter kümmerten! Unbeschadet der Mühen des englischen und amerikanischen Vertreters in Yedo um eine Bereinigung der Frage hatten sich inzwischen schon Kaufleute in Yokohama niedergelassen. So ergab sich die eigenartige Lage, daß die Diplomaten auf einem Rechte für ihre Kaufleute bestanden, das diese so wenig zu haben wünschten, wie die japanische Regierung es geben wollte. Während Yokohama immer mehr bevölkert wurde, verhandelte man in Yedo unermüdlich weiter um das Niederlassungsrecht in Kanagawa, bis die Japaner es endlich zugestanden.⁷⁹ Aber nur Konsuln und Missionare machten noch Gebrauch davon; denn der Handel blieb in Yokohama.

Nicht minder schwierig erwies sich die Lösung der Münzfrage. Artikel 5 des Harrisvertrages sah für das erste Jahr die Umwechslung ausländischer Münzen in japanische nach Gewicht vor. Zur Zeit des Abschlusses der Verträge waren drei Bu ihrem inneren Werte nach einem mexikanischen Dollar gleich gewesen. Indem nun die Japaner eine neue Münze prägten von dem Gewicht eines halben Dollars und dem Nennwert eines halben Bu, verschob sich das Wechselverhältnis gewaltig zu Ungunsten der Europäer. Die neue Münze mußte eine ver-

heerende Wirkung auf den fremden Handel ausüben, indem sie für den Ausländer den Preis aller Waren verdreifachte. So unerquicklich diese scheinbar böswille Maßnahme sich auswirkte, sie war nicht unberechtigt in Anbetracht des Wertverhältnisses von Gold zu Silber, das in Japan etwa 1 : 5 und in der übrigen Welt etwa 1 : 15 war.

Die fremden Vertreter verlangten sogleich die Einziehung der Münze, die, wenn schon nicht gegen den Buchstaben, so doch gegen den Geist der Verträge verstoße.⁸⁰ Das Bakufu sah sich schließlich genötigt, den Vorstellungen der Diplomaten stattzugeben und die fremden Münzen gegen solche umzutauschen, wie zur Zeit des Abschlusses der Verträge in Umlauf gewesen waren.⁸¹ Obwohl die Regierung bei der Einziehung des neuen Silbergeldes den Verkauf von Goldmünzen an Ausländer verbot, entwickelte sich ein schwunghafter ungesetzlicher Handel mit japanischem Gold. Die Fremden wechselten ihre Silberdollars in Bu um und kauften dafür Goldkobangs, die sie schon in China für den dreifachen Silberwert wieder verkauften. Wer wollte wohl noch das Wagnis des Tee- und Seidenhandels eingehen, wenn ihm hier ein Gewinn von nie weniger als 100 Prozent winkte! Dagegen erwiesen sich alle hemmenden Bestimmungen als wirkungslos. Da die Japaner lediglich zur Umprägung von täglich 16 000 Dollars verpflichtet waren, fand die Verteilung nach Maßgabe der verfügbaren Menge statt. Die Folge war, daß Millionen- und Billionenbeträge angefordert wurden. Ein gewisser Mr. Tatham wünschte z. B. die Einwechselung der selbst für einen Astronomen schwer lesbaren Summe von 1200666777888999222321 Dollars.⁸² „Die ganze Gemeinde (nämlich der Fremden) schien tatsächlich vollständig verrückt geworden zu sein“, schreibt der englische Gesandte.⁸³

Es ist verständlich, daß die Japaner verärgert wurden durch diesen Raubhandel, daß sie daran dachten, den fremden Handel überhaupt stillzulegen. In dieser Zeit bekundeten sie zum erstenmal den Wunsch, der sich bald zu einem bestimmten Vorschlag ausreifen sollte: die Öffnung weiterer Häfen um eine Reihe von Jahren zu verschieben. Die durch die Europäer geschaffene Nachfrage hatte die Preise wichtiger Verbrauchsgegenstände, wie Rohseide und Öl, schon in kurzer Zeit derartig in die Höhe

getrieben, daß eine allgemeine Teuerung die Folge war. Dazu kam, daß das Verhalten vieler europäischer „Kulturpioniere“ wirklich nicht dazu angetan war, die Achtung vor den Fremden zu erhöhen. Was Wunder, daß eine allgemeine Vertragsmüdigkeit bei den Japanern sich offenbart!

Nachdem schon hier und da Teile der japanischen Bevölkerung eine feindliche Haltung gezeigt hatten, wurden am 25. August ein russischer Leutnant und ein Matrose in Yokohama erschlagen, ein zweiter Matrose verwundet. Sie gehörten zu der Flotte des Grafen Murawieff, der nach Japan gekommen war, um über die Abtretung Sachalins zu verhandeln. Aber Murawieff wandte nicht, wie manche gehofft hatten, Zwangsmittel an, da er mit den Maßnahmen der Regierung, welche die Gouverneure von Yokohama entließ und sich zum Bau einer Grabkapelle verpflichtete, zufrieden war. Ja, er verließ bald den Hafen, einem Kapitän die Regelung der Genugtuung überlassend. Eine Entschädigung wollte er nicht, da Rußland das Blut seiner Untertanen nicht verkaufe.⁸⁴ Diese erste Bluttat war ein Drohsymbol für die Zukunft. Der Niederlassung bemächtigte sich eine begreifliche Unruhe. Alcock sah schwarz in die Zukunft. Er erkannte, daß der wichtigste Grund, der ein Aufblühen des fremden Handels verhinderte, in den Verfassungsverhältnissen des Landes zu suchen war, die den in fremdenfeindlichen Vorurteilen befangenen Landesfürsten zu viel Spielraum ließen. Aber er war doch gleichzeitig überzeugt, daß die Regierung, die gegenüber den Diplomaten von den fremdenfeindlichen Daimyô abrückte, in Wirklichkeit gemeinsame Sache mit diesen machte. Er klagte über den Mangel an Wahrhaftigkeit und gutem Willen der japanischen Regierung und war ärgerlich, daß der Handel in Yokohama 5 Monate nach der Öffnung des Hafens noch keine Fortschritte gemacht hatte.⁸⁵ Jedoch hatte er wenig Grund, sich über die Yedoer Regierung zu beklagen, die — wie er wohl wußte — gegen eine starke fremdenfeindliche Opposition zu kämpfen hatte. Das beispielloso gold- und gewinn gierige Verhalten der Europäer war alles andere als eine Widerlegung der Behauptung der japanischen Fremdenfeinde, die Europäer wollten Japan lediglich ausbeuten. Aber statt sich vor Augen zu halten, daß durch das anmaßende und

selbstsüchtige Gebaren der Europäer zahlreiche Landesfürsten, die keineswegs grundsätzlich tokugawa- oder fremdenfeindlich gesinnt waren, in das Lager der Feinde Yedos und der Fremden getrieben worden waren, nahm der Gesandte die Haltung des Gekränkten an. Nichts sei festzustellen von der seit Kaempfer und Thunberg so oft gerühmten Ordnung und Gesetzmäßigkeit des Landes, von der noch jüngst Schriftsteller berichtet hätten. Während die Regierung den Schein zu wahren suche, verberge sie oft nur schlecht ihre Abneigung gegen die aufgezwungenen Beziehungen zu den fremden Mächten. "They neither desire our trade nor our friendship, though not altogether ready to incur our enmity by refusing both".⁸⁶ Die Lage wurde so unbefriedigend, daß er am 6. Dezember an Russell schrieb: „Ich kann mit der Feststellung beginnen, daß zu dieser Stunde alle kürzlich mit Japan abgeschlossenen Verträge tatsächlich annulliert sind.“ Die Japaner hätten nicht wie die Chinesen auf die Gesandten geschossen, oder den Austausch der Ratifikationen verweigert⁸⁷ und damit einen klaren casus belli geliefert, sondern sie hätten unter dem Deckmantel der Höflichkeit und des guten Willens gesorgt, daß die ratifizierten Verträge in ihrer Wirkung null und nichtig gemacht würden. Wenn sie mit dieser Taktik Erfolg haben sollten, dann seien die Diplomaten in der Tat in Yedo ebenso nutzlos als wenn sie nach den Kurilen verbannt wären. Er halte es weder mit den Interessen, noch mit der Würde der Westmächte vereinbar, solche Beziehungen mit Japan zu unterhalten, wie sie jetzt beständen.⁸⁸

In einer Note vom 7. Dezember teilte er den Japanern mit, es gebe unter den Nationen nur zwei Wege zur Regelung ihrer Angelegenheiten: durch Vernunft oder durch Krieg. Als Erfahrung aller Zeitalter und Nationen habe er festgestellt, daß, wo der eine versagt habe, der andere unbedingt früher oder später gegangen werden müsse.⁸⁹ Diese unverhüllte Kriegsdrohung wurde noch dadurch verstärkt, daß Harris und der inzwischen eingetroffene französische Chargé d'affaires Bellecourt sie unterstützten. Alcock war überzeugt, daß die Mißerfolge der englischen Flotte am Peiho die fremdenfeindliche Stimmung in Japan sehr verstärkt hatten⁹⁰ und meinte, bei einem zweiten

Mißerfolg in China werde England schwerlich befriedigende Beziehungen zu Japan aufrechterhalten können.⁹¹

Aber in England, wo man damals andere Sorgen hatte — besonders wegen des Mißerfolgs in China —, war nichts so unerwünscht wie ein Krieg mit Japan. Der englische Außenminister, Lord Russell, ließ keinen Zweifel, wie unwillkommen ihm Alcocks Kriegsdrohung war. Wenn die Klagegründe nicht beseitigt würden und dann kein Krieg geführt werde, so sei die Würde der britischen Regierung in gewisser Weise beeinträchtigt. Führe man aber Krieg, um die Beachtung eines Handelsvertrages zu erzwingen, so laufe England Gefahr, in langwierige Feindseligkeiten verwickelt zu werden und den Ruf zu erhalten, es streite mit jeder Nation im Osten. Die Japaner hätten schon Grund, auf die Europäer eifersüchtig zu sein, die ihre Bräuche beleidigten und ihnen ihr Gold wegtrügen. Alcock solle lieber die Differenzen mildern als auf bestimmten Forderungen bestehen.⁹² Aber vorläufig sah es wirklich nicht nach einer Milderung der Gegensätze aus. Am 5. November 1859 war der chinesische Diener des französischen Konsuls in Kanagawa ermordet worden, am 30. Januar 1860 wurde der japanische Dolmetscher der englischen Gesandtschaft niedergehauen, und am 26. Februar hauchten zwei Holländer unter japanischen Schwerthieben ihr Leben aus. Eine Mordepidemie schien ausgebrochen. Was halfen da Proteste und wieder Proteste! Alcock meinte, jeder Mord müsse die Japaner 20—50.000 Dollars kosten, dann würden sie sich bemühen, diesen Verlust zu verhindern. Er hielt es für angebracht, den japanischen Ministern mitzuteilen, daß auch sein eigener Tod kein Gewinn für sie wäre, da tausend bereit seien, an seine Stelle zu treten.⁹³

Am 24. März 1860 wurde sogar Fürst Ii von herrenlosen Samurai erschlagen. Sein Werk verging nicht, nur mußte sein Land noch manchen Irrweg gehen, bis ein Jahrzehnt später die Meiji-Ära unter dem Druck der politischen Notwendigkeit wieder an seine auswärtige Politik anknüpfte. In einer Denkschrift über die Gründe zu ihrer Tat griffen die Mörder vor allem Iis fortschrittliche Außenpolitik, die für den Frieden die nationale Ehre geopfert habe, auf das heftigste an. Ferner wandten sie sich gegen seine gewaltige persönliche Machtstel-

lung, betonten jedoch, daß ihr Verhalten nicht die geringste Feindschaft gegen das Shôgunat schlechthin bezeichnen solle.⁹⁴ In der Tat war eine grundsätzliche Feindschaft gegen die Shôgunatsregierung zu dieser Zeit noch kaum zu bemerken.⁹⁵ Aber der starke Mann, der eine Politik der Erschließung ermöglicht hätte, war nicht mehr. Seine Nachfolger waren froh, daß sie den Ausbruch eines Bürgerkrieges verhindern konnten. Sie arbeiteten eine Zeitlang in den alten Bahnen weiter, bis der Zusammenbruch kam. Derselbe kaiserliche Erlaß vom Februar 1859, aus dem der Tairô in seiner starken Stellung noch Kapital geschlagen hatte, sollte ihnen zum Verhängnis werden.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die Aufgabe der fremden Vertreter durch diese neueste Entwicklung noch mehr erschwert. Jetzt bekamen sie erst richtig die Folgen davon zu spüren, daß seit dem englisch-französischen Mißerfolg am Peiho der Zauber der Unbesiegbarkeit der europäischen Waffen dahin war. Während eine japanische Gesandtschaft zur Auswechslung der Ratifikationen des Harrisvertrages nach Washington unterwegs war, kamen die fremden Gesandten in Japan zu der Erkenntnis, daß die Öffnung von Yedo am 1. Januar 1862 zu einem Zusammenstoß zwischen den fremden Kaufleuten und den Samurai führen müsse. Sie ersuchten ihre Regierungen deshalb noch im Jahre 1860⁹⁶ um Vollmachten, die Öffnung, solange erforderlich, jeweils um ein Jahr verschieben zu dürfen. Mehr als je galt jetzt Alcocks Äußerung, daß, während die Regierung sich den Anschein gebe, die Verträge ausführen zu wollen, die Diplomaten sich in einer Art moralischer Quarantäne befänden.⁹⁷

4. Kapitel.

Der Abschluß des preußisch-japanischen Vertrages.

Die Lage war demnach denkbar ungünstig, als am Abend des 4. September 1860 die „Arkona“ als erstes der vier Schiffe eines preußischen Geschwaders vor Yedo eintraf. Sie hatte den Gesandten Graf Friedrich zu Eulenburg⁹⁸ an Bord, der mit dem Abschluß von Verträgen⁹⁹ mit Japan, China und Siam be-

auftragt worden war. Der preußische Gesandte hatte sich in Singapore entschlossen, nicht, wie er ursprünglich beabsichtigt hatte, zuerst nach China zu gehen. Dort war nämlich der Krieg, den England und Frankreich gegen das Reich der Mitte führten, noch nicht beendet, sodaß er vielleicht Monate in Shanghai oder am Peiho hätte warten müssen, bis die chinesische Regierung sich zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen bequeme. Eine Teilnahme am Kriege konnte nicht in Frage kommen, weil eine Weigerung der Regierung, mit Preußen einen Vertrag abzuschließen, nicht gut als Kriegsgrund hätte angesehen werden können. Hätte er sich aber einmal vergeblich in China bemüht — so schloß Eulenburg richtig —, dann könnte er in Japan mit einem Erfolg nicht mehr rechnen. „Denn meiner Vorstellung nach übt dasjenige, was in China vorgeht, großen Einfluß auf die Haltung der Japanesen, während, was in Japan vorgeht, nur geringe Rückwirkung auf China ausübt. Ginge ich zuerst nach China und réussierte dort nicht, so würde meine Abweisung in Japan, glaube ich, die unmittelbare Folge davon sein“. Gelingen der Vertragsabschluß in Japan jedoch nicht, so wolle er nach China gehen, wo inzwischen wohl die Entscheidung gefallen sein werde, und mit dem chinesischen Vertrag in der Hand erneut nach Japan zurückkehren.¹⁰⁰

Während sich die preußischen Schiffe in größter Heilichkeit den japanischen Inseln näherten, bemühte sich gerade die japanische Regierung, die durch Harris schon längere Zeit von der geplanten Expedition unterrichtet war, das Erscheinen der preußischen Schiffe zu verhindern. Seit November 1859 hatte man sich in Yedo über die angekündigte preußische Gesandtschaft beunruhigt.¹⁰¹ Der Gouverneur von Nagasaki und andere Regierungsbeamte erkundigten sich wiederholt nach der Machtstellung Preußens in Europa.¹⁰² Noch am 2. September 1860 hatten die japanischen Außenminister an Harris eine Note gerichtet, dahingehend, sie könnten einen Vertrag mit Preußen nicht schließen, weil neue innere Schwierigkeiten und Unglück die Folge sein würden. Auch Bellecourt hatten sie beschworen, dahin zu wirken, daß Preußen keinen Unterhändler und keine Kriegsschiffe sende.¹⁰³ Diese ersten Mitteilungen, die Eulenburg nach seiner Ankunft erhielt, waren nicht eben ver-

heißungsvoll. Aber auch als schon der preußische Adler auf dem neubezogenen Gesandtschaftsgebäude gehißt worden war, hatten die Japaner sich noch keineswegs in das Unvermeidliche gefügt. Sie machten Harris wiederholt Vorwürfe, daß er ihnen die Preußen nicht vom Halse gehalten hatte. Dieser teilte ihnen aber mit, daß er im Gegenteil angewiesen sei, den preußischen Gesandten zu unterstützen, jedoch wolle er keiner Macht mehr behilflich sein, wenn die Japaner diesen Vertrag schließen würden.¹⁰⁴

Am 14. September hatte der Gesandte seine erste Unterredung mit Ando Tsushima no kami, dem einen der beiden Außenminister. Ando führte aus, daß die Regierung kaum die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen, keinesfalls aber neue eingehen könne. Er wies auf die Teuerung hin, und erklärte, für den Augenblick sei die Gewalt der öffentlichen Meinung unüberwindlich, wenngleich die Regierung glaube, daß das Land sich in einem Übergangsstadium befinde und daß die durch den fremden Handel verursachten Übelstände mit der Zeit verschwinden würden. Mit dem in Japan bekannten und geachteten Preußen könne ein Vertrag erst geschlossen werden, wenn die öffentliche Meinung sich beruhigt habe. Es tue ihm leid, daß er diese Erklärung abgeben müsse, zumal der Gesandte der Vereinigten Staaten sich für Preußen verwendet und versichert habe, daß Preußen und die Vereinigten Staaten im besten Einvernehmen lebten. Demgegenüber hielt Eulenburg es für angebracht, zu betonen, daß Preußen an der Spitze von Norddeutschland ebenso mächtig sei wie Rußland, England, Frankreich und Nordamerika oder sonst ein Staat, mit dem Japan bereits im Vertragsverhältnis stehe. Nachdem nun Japan mit allen größeren Mächten in Verkehr getreten sei, die den Wunsch danach geäußert, könne Preußen in der Weigerung nur ein Zeichen unfreundlicher Gesinnung sehen. Die japanische Regierung sollte ihre Aufgabe darin sehen, die öffentliche Meinung zu führen, statt sich von ihr leiten zu lassen, sie müsse deshalb auf dem einmal für richtig erkannten Wege fortschreiten. Im übrigen seien die Deutschen nicht so „durch und durch handeltreibend“ wie andere Nationen. Sie seien ein wesentlich militärisches und wissenschaftliches Volk, und er sei

überzeugt, daß sich zwischen Japan und Deutschland engere und innigere Beziehungen entwickeln würden, als zwischen Japan und irgendeiner anderen Nation. Er empfehle, seine Ausführungen dem Shōgun vorzutragen. Wenn die Japaner jedoch auf ihrer Weigerung beharren würden dann müsse er in Yedo neue Weisungen abwarten.¹⁰⁵ Das Günstigste, was der Gesandte noch zu hoffen wagte, war ein Vertrag mit Preußen allein ohne die Zollvereinsstaaten,¹⁰⁶ denn auch Harris begann am Erfolg zu zweifeln.¹⁰⁷

Als der amerikanische Gesandte dem Außenminister einmal andeutete, der Prinzregent werde eine doppelt so starke Flotte mit einem anderen Gesandten senden, wenn dieser nichts erreiche, erklärte Ando sich schließlich bereits, der preußischen Regierung ein schriftliches Versprechen zu geben, daß der Vertrag mit ihr geschlossen werden solle, sobald die öffentliche Meinung sich beruhigt hätte.¹⁰⁸ Darüber hinaus konnte auch Eulenburg in einer zweiten Unterredung am 20. Oktober durchaus nichts erreichen. Der Minister verglich die der Regierung drohenden Gefahren mit einem vor ihm stehenden bronzenen Feuerbecher, dessen innere Kohlenglut nicht zu löschen sei, während man der Flammen, die ihn von außen umgeben möchten, Herr werden könne. „Das ist der wahre Ausdruck der Anschauungen der jetzigen japanischen Regierung. Sie fürchtet die fremdenfeindliche Partei im Innern, während sie vor dem Auslande nicht den geringsten Respekt hat“. Da sie von keiner fremden Regierung jemals einen Akt der Kraft oder des Zwanges erlebt habe, befinde sie sich über ihre Machtstellung in einer gefährlichen Illusion, zumal sie durch die Veröffentlichung der oben erwähnten Instruktion Lord Russells an den englischen Gesandten auch noch erfahren habe, daß dieser wegen seiner Kriegsdrohung einen Verweis erhalten hatte.¹⁰⁹

Die Rechtsgrundlage, die Eulenburg zur Stützung seines Verlangens heranziehen mußte, war übrigens nicht sehr fest. Er verlangte den Abschluß auf Grund einer Zusage der Japaner an den holländischen Beauftragten vom 16. Oktober 1857 bezüglich Handel in Hakodate und Nagasaki, wo es heißt: „Andere Nationen, die Verträge schließen wollen, sollen darum nicht gehindert werden, in gleicher Weise in besagten beiden

Häfen Handel zu treiben.“¹¹⁰ Auch den kürzlichen Abschluß eines Vertrages zwischen Japan und Portugal führte der Gesandte an. In dieser Richtung wurde er auch durch den niederländischen Generalkonsul de Wit in Nagasaki tatkräftig unterstützt, der die japanischen Minister zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten antrieb.¹¹¹ Seine Regierung erwarte den Abschluß des Vertrages mit Preußen gemäß der ihr gemachten Zusage. Mittlerweile zeichnete sich die Richtung, in der eine Einigung gesucht werden mußte, schon deutlich ab. Ando äußerte Ende Oktober zu Harris und Alcock, man könne einen Vertrag mit Preußen schließen, wenn die anderen Mächte in die Hinausschiebung der Eröffnung weiterer Häfen willigten, wodurch die Regierung in die Lage versetzt werde, der öffentlichen Meinung für den Abschluß eines weiteren Vertrages ein Zugeständnis zu bieten.¹¹²

Als Ando am 24. November auf den preußischen Vertrag zu sprechen kam, machte Harris ihm den Vorschlag, ein Abkommen zu schließen, das den Deutschen den Verkehr in Yokohama, Nagasaki und Hakodate gestatte und die anderen Häfen gar nicht erwähne. Diese Fassung würde beweisen, daß ein europäischer Staat sich schon von der Billigkeit der japanischen Wünsche überzeugt habe und die Bemühungen um Aufschiebung der Öffnung von Yedo, Osaka usw. bei den anderen Mächten unterstützen.¹¹³ Am 6. Dezember eröffnete der Außenminister dem amerikanischen Gesandten, dem Eulenburg inzwischen die Vermittlerrolle angetragen hatte,¹¹⁴ daß bei nochmaliger Erwägung der preußischen Anträge im Gorôjû die Mehrheit gegen den Vertragsabschluß, er selbst aber mit einer starken Minderheit dafür gestimmt hätte. Der Shôgun, dem die Frage zur Entscheidung vorgelegt worden sei, habe sich im Sinne der Minderheit ausgesprochen und befohlen, den Vertrag mit gewissen Abänderungen zu schließen, die geeignet wären, bei den anderen Mächten den Aufschub der Eröffnung weiterer Häfen zu erwirken. Der Vertrag solle aber erst nach 5 Jahren in Kraft treten und Preußen nicht das Recht haben, einen Vertreter für Yedo zu ernennen. Harris lehnte jede Vermittlung unter solchen Bedingungen ab, da Preußen eine solche Zurücksetzung nicht hinnehmen könne. Nach einigem Sträuben er-

klärte der Minister sich dann zu einem Vertrage mit Preußen auf folgender Grundlage bereit: 1. Preußen erhält das Recht der diplomatischen Vertretung in Yedo. 2. Die Häfen von Nagasaki, Yokohama und Hakodate werden den preußischen Schiffen und Untertanen geöffnet. 3. Preußen wird aller Rechte teilhaftig, welche jemals der meistbegünstigten Nation zugestanden werden. 4. Der Vertrag wird wirksam mit der Auswechslung der Ratifikationsurkunden. Auch die Verträge mit Belgien und der Schweiz wollte Ando abschließen, um alsdann eine Bekanntmachung zu erlassen, daß Japan mit keiner weiteren Nation Beziehungen anknüpfen werde.¹¹⁵

Am 13. Dezember begannen die eigentlichen Vertragsverhandlungen mit den drei japanischen Hauptbevollmächtigten. Die Japaner erkundigten sich sogleich nach der Bedeutung des Ausdrucks „Deutscher Zoll- und Handelsverein“ und waren ganz entsetzt über die große Zahl von Staaten, mit denen sie einen Vertrag schließen sollten.¹¹⁶ Immer wieder kamen sie darauf zurück und peinigten den Gesandten mit allen möglichen und unmöglichen Fragen über das Wie, Was, Wann, Wo, Weshalb und Wieso der staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und Beziehungen im Zollverein. Und zum Schluß erklärte man ihm, der mit übermenschlicher Geduld antwortete und erläuterte, man habe geglaubt, es handle sich um einen Vertrag mit einem Reiche, mit Preußen, und nun solle man mit einigen dreißig abschließen. Japan könne unmöglich so viele Völker zugleich zulassen. Das Nationalgefühl werde sich dagegen empören. Da halfen alle Einwände nichts! Vergeblich waren Eulenburgs Versicherungen, daß die 30 Staaten nur ein Volk seien und daß nur fünf verschiedene Flaggen in japanischen Häfen erscheinen würden, weil nicht mehr norddeutsche Staaten Schifffahrt trieben, daß nur ein diplomatischer Vertreter für alle Staaten kommen werde, vergeblich seine Lockung, Japan solle lieber jetzt für alle Staaten mit Preußen einen Vertrag schließen, als sich der Gefahr aussetzen, von allen einzeln darum gegangen zu werden.¹¹⁷

Diese Frage wurde in einer dritten Besprechung mit Ando nochmals aufgenommen. Der Minister erklärte jedoch, man könne trotz aller Auseinandersetzungen die Stellung der Zollver-

einsstaaten nicht recht begreifen und müsse deren Beteiligung am Verträge entschieden ablehnen. Darüber hinaus werde er es als Zeichen besonderer Freundschaft ansehen, wenn die Auswechslung der Ratifikationen möglichst lange hinausgeschoben würde und die preußische Regierung ihren Vertreter erst nach längerer Frist entsenden würde. Eulenburg erklärte sich bereit, darauf hinzuwirken, sofern die Preußen in Yokohama ungestört gelassen würden und man den übrigen Deutschen wenigstens eine längere Frist zur Abwicklung ihrer Geschäfte lasse.¹¹⁸ Im anderen Falle sei es seine Pflicht, die Ratifikation im Interesse der Preußen zu beschleunigen.¹¹⁹

Die weiteren Vertragsverhandlungen wurden wieder mit einer staatsrechtlichen Erörterung über die Stellung des Prinzregenten eröffnet. Die Japaner dachten dabei an ihre eigenen Regenten, die nur während der Minderjährigkeit des Shôguns regierten und deren Name in Staatsdokumenten nicht vorkam. Sie hielten also den Prinzregenten für einen Untertan des Königs. Durch den Hinweis, daß der Regent sich von Gottes Gnaden nenne und damit seine Souveränitätsrechte bezeichne, beruhigte der Gesandte endlich die Bevollmächtigten.¹²⁰

Da Eulenburg sich „wegen der öffentlichen Meinung“ in Preußen auf eine bestimmte Frist nicht festlegen wollte, vor welcher der Austausch der Ratifikationen nicht stattfinden sollte, nahmen die japanischen Unterhändler schließlich folgenden Vorschlag an, den der Gesandte als sein letztes Wort bezeichnete: Der Vertrag tritt am 1. Januar 1863 in Kraft. Für die Auswechslung der Ratifikationen wird kein Termin genannt.¹²¹ Aber dann wollten sie plötzlich noch Änderungen im Wortlaut. Ihr Mißtrauen kam sehr bezeichnend zum Ausdruck in dem Verlangen, statt „deutsche Sprache“ „preußische“ zu setzen, wovon sie nur schwer abzubringen waren. Für den Gesandten waren diese mit stets gleichbleibender Ruhe vorgetragenen Wünsche eine harte Nervenprobe. „Die Leute haben keine Ahnung von dem wirklichen Sinn und der Tragweite der Vertragsbestimmungen, sie streiten nur um Worte,“ ruft er ärgerlich aus.¹²² — Endlich schien alles für die Unterzeichnung bereit. Aber nun hatten sich die Fronten verändert, denn Eulenburg war es plötzlich, der sich weigerte, den Vertrag zu unterzeichnen, ehe nicht

das zugesagte schriftliche Versprechen des Ministers betreffend den Schutz der Preußen bis zum Inkrafttreten des Vertrages in seinen Händen sei.¹²³

Am 24. Januar 1861 fand die Unterzeichnung statt. Nur der amerikanische Vertrag von 1858 war unter ähnlich schwierigen Umständen zustandegekommen, nur Harris hatte gegen ähnliche Berge von Mißtrauen zu kämpfen gehabt. Er hatte den preußischen Gesandten deshalb auch am kräftigsten unterstützt. Daß es ihm gelungen war, in dieser Zeit, wo die Wellen des Fremdenhasses hochgingen und das Leben aller Europäer bedrohten, der japanischen Regierung einen Vertrag abzurufen, konnte Eulenburg mit Recht als einen großen Erfolg ansehen. Schon am 9. Januar 1861 berichtete er nach einem Blick auf China, wo die Dinge günstiger lagen: „Hier (d. h. in Japan) war ein Vertrag eine dringende Notwendigkeit, und gelingt es mir, einen Vertrag wenigstens zwischen Preußen und Japan zu zeichnen, so kann ich dadurch die Hauptaufgabe meiner Mission nach Ostasien als erfüllt betrachten.“¹²⁴ Daß es nicht der Wunsch ist, schon vorbereitend das Erreichte in möglichst günstigem Licht zu zeigen, der ihn so berichten läßt, beweist seine ehrliche Freude in einem Privatbrief, als der Vertrag endlich unter Dach und Fach gebracht ist: „... ich trug meinen Vertrag in mein Stübchen und drückte ihn an mein Herz wie ein schwer zur Welt gekommenes Kind. Heute ist, soviel ich weiß, der Geburtstag Friedrichs des Großen. Möge es ein gutes Omen sein. Im übrigen ist es nun gleichgültig, was noch aus der Expedition wird. Mag noch etwas mehr erreicht werden oder nicht, mögen wir ersaufen oder sonstwie verderben, die Hauptaufgabe ist erfüllt und von Blamage ist nicht mehr die Rede. Ich danke Gott auf den Knien, daß er so weit geholfen hat.“¹²⁵

Unter solchen Umständen ist es verständlich, daß der Gesandte gern auf die Audienz beim Shôgun zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens verzichtete, um seinen Aufenthalt in Yedo abzukürzen. Er teilte dem Minister mit, er werde das Schreiben in die Hände des Prinzregenten zurücklegen.¹²⁶

In Anbetracht der überaus großen Schwierigkeiten, mit denen der Gesandte zu kämpfen gehabt hatte, sollte man annehmen, daß Berlin den Abschluß des Vertrages mit Freuden

begrüßt hätte. Dem war nicht so. Zwar wird dem Gesandten weiter das uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen, im übrigen aber aus der Enttäuschung kein Hehl gemacht, welche die Beschränkung auf Preußen hervorgerufen habe. Die Unterscheidung von Deutschen und Preußen habe einen ungünstigen Eindruck gemacht. Die Preußen zuteil gewordene Bevorzugung setze es in politischer Beziehung in ein Verhältnis zu den anderen Vereinsstaaten, aus dem man Schwierigkeiten erwarte. Es dürfe nichts unversucht bleiben, ein derartiges Verhältnis in der praktischen Ausführung zu mildern; ob man nicht sogleich einen Generalkonsul nach Yokohama entsenden solle zum Schutz der Deutschen in Japan. Falls die Ausweisung der übrigen Deutschen aus Japan zu befürchten sei, solle Eulenburg Einleitungen zu ihrem Schutze treffen.¹²⁷

Indem wir dem Gang der preußischen Vertragsverhandlungen folgten, haben wir einige Ereignisse unbeachtet gelassen, die für die auswärtigen Beziehungen Japans sehr wichtig waren, die aber auch als Hintergrund der Vertragsverhandlungen gestreift werden müssen.

Am 1. Januar 1861 wurden die diplomatischen Vertreter über eine Verschwörung von 600 Rönin gegen die Fremden unterrichtet.¹²⁸ Die Gesandten verzichteten jedoch darauf, sich — wie ihnen angeboten — in den befestigten Stadtteil des Shōguns zu begeben. Im Gegensatz zu Harris, der das ganze für eine Erfindung der japanischen Regierung hielt, um die Gesandtschaften besser beaufsichtigen zu können, sah Alcock die neueste Entwicklung mit großer Sorge an.¹²⁹ Er sollte Recht behalten. Am Abend des 15. Januar wurde der überall beliebte holländische Dolmetscher der amerikanischen Gesandtschaft, Heusken, auf seinem Heimwege von der preußischen Gesandtschaft ermordet. Er mußte unter dem Schutz preußischer Seesoldaten von einem bewaffneten Trauerzuge zu Grabe getragen werden, da die Gouverneure dem amerikanischen Gesandten die Mitteilung machten, daß ein Angriff auf den Trauerzug beabsichtigt sei.

Auf einer Konferenz in der britischen Gesandtschaft, die am folgenden Tage stattfand, setzte Alcock sich für eine tatkräftige Haltung der fremden Vertreter ein, weil nur dadurch eine terro-

ristische Entwicklung aufgehalten werden könne. Er war fest überzeugt, daß Maßnahmen ergriffen würden für die Vertreibung der Fremden durch Einschüchterung oder Mord, nur sei noch nicht klar, ob die Regierungsmitglieder daran teilhätten oder nur zurückhaltende Zeugen seien. Sein Vorschlag, die Gesandten sollten sich auf einige Zeit nach Yokohama zurückziehen, um von dort, wo sie sich unter dem Schutz ihrer Schiffe befänden, die Regierung zu einer Änderung ihrer bisherigen Politik zu zwingen, wurde von den Vertretern Frankreichs und Hollands unterstützt.¹³⁰ Harris vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. Man solle von der japanischen Regierung in ihrer schwierigen Lage nicht das Unmögliche verlangen. Das Verlassen von Yedo hielt er für falsch, da man nicht wisse, ob man je zurückkehren könne. Der Versuch, einen Teil Yokohamas mit fremden Truppen zu besetzen,¹³¹ aber würde sogar einen Ausbruch der nationalen Gefühle und Krieg zur Folge haben.¹³² Eulenburg fand den Beschluß der Vertreter Englands, Frankreichs und der Niederlande durch die Umstände gerechtfertigt. Wegen seiner besonderen Stellung wollte er jedoch bis zur Unterzeichnung des Vertrages in Yedo bleiben und sich dann nach China einschiffen. Er sah seine Aufgabe in einer Vermittlung zwischen den heftig aufeinanderprallenden Meinungen und vertrat die Ansicht, daß die Verhältnisse ein gemeinsames Vorgehen aller Vertreter nicht unbedingt forderten. Es sei zu berücksichtigen, daß Harris eine bevorzugte Stellung in Japan einnehme und daß er als Vertreter der amerikanischen Regierung vielleicht andere Grundsätze zu befolgen habe als die Gesandten der europäischen Mächte. Sein Zurückbleiben nehme der Maßregel nichts von ihrer Bedeutung, mildere aber vielleicht die davon zu befürchtende Aufregung.¹³³

In einem Brief an Alcock betonte Harris, eine Regierung könne Verträge machen und deren Bestimmungen beobachten, aber es stehe außer ihrer Macht, die öffentliche Meinung zu beherrschen. Da es einst die größten Schwierigkeiten bereitet habe, das Wohnrecht der Diplomaten in Yedo durchzusetzen, würde die Regierung den Auszug übrigens wohl sehr begrüßen. Das japanische Volk könne weder durch einen diplomatischen Federzug noch selbst dadurch, daß es 50 000 Soldaten als Lehrmeister erhalte, zu unserem Kulturstand gehoben werden. „Ich hatte

gehofft, daß die Blätter zukünftiger Geschichte die große Tatsache berichten könnten, daß auf einem Flecke der östlichen Erdhälfte die Ankunft christlicher Kultur nicht ihr gewöhnliches Gefolge von Räuberei und Blutvergießen mit sich gebracht. Diese liebe Hoffnung soll, fürchte ich, enttäuscht werden. Ich würde lieber alle Verträge mit diesem Lande zerrissen und Japan zu seiner alten Isolierung zurückkehren sehen, als daß ich Zeuge sein müßte, daß die Schrecken des Krieges auf dieses friedliche Volk und glückliche Land fielen.“¹³⁴

Aber Alcock suchte den Amerikaner in der Beteuerung seiner Friedensliebe noch zu überbieten. Die Harris'sche Politik würde dahin führen, daß die fremden Mächte sich zu entscheiden hätten, entweder zu kämpfen oder sich vollständig zurückzuziehen. Er geht aber entschieden zu weit, wenn er Harris als den einzigen fremden Vertreter bezeichnet, der in den letzten 18 Monaten die Regierung direkt mit Krieg bedroht habe.¹³⁵

Am 26. Januar verließen Alcock und Bellecourt Yedo.¹³⁶ In einer Note wies Alcock die Regierung darauf hin, daß, selbst wenn die Japaner ihr Ziel vorübergehend erreichen könnten, Japan doch am schwersten von den Folgen betroffen würde, denn dann werde das ganze Land unter die Acht der zivilisierten Nationen fallen und als gemeinsamer Feind behandelt werden.¹³⁷

Nachdem auch Graf Eulenburg nach glücklich beendigter Mission am 31. Januar Japan wieder verlassen hatte, war Harris wieder der einsame Diplomat in der japanischen Hauptstadt, der er schon einige Jahre vorher gewesen war. Was Alcock und Bellecourt anbelangt, so schien sich die Befürchtung ihres Kollegen, die japanische Regierung werde froh sein, wenn sie Yedo verließen, vollauf zu bestätigen. Erst als Alcock mit einem Besuch der Häfen an der Ost- und Westküste drohte, gab ein Bevollmächtigter der Yedoer Regierung den Gesandten in Yokohama endlich die gewünschten Versicherungen ab und ermöglichte ihnen damit die Rückkehr in die Hauptstadt.¹³⁸

Das klarere Gefühl für die Schwierigkeiten, in denen sich die japanische Regierung befand, hat zweifellos Harris gehabt. Denn nicht nur konnten die fremden Vertreter niemals wieder festen Fuß fassen in dem freiwillig verlassenen Yedo, sondern bald war schon das bloße Vorhandensein fremder Gesandter in

der Hauptstadt Grund genug für den Ärger der Samurai, und gut zwei Jahre später sollte Harris' Befürchtung in Erfüllung gehen, die fremden Vertreter möchten durch ihr Vorgehen das Residenzrecht in Yedo ganz verlieren. Als letzter der fremden Vertreter wurde der Amerikaner Pruyn halb gewaltsam aus der Hauptstadt entfernt.¹³⁹

Während Alcock eine tatkräftige Haltung gegen die japanische Regierung einnehmen wollte, und während Harris eine Politik größter Zurückhaltung betrieb, nahmen Foreign Office und State Department genau die entgegengesetzte Haltung ein. Russell betonte in seiner Antwort auf einen Bericht Alcocks, daß die englische Regierung glücklich sei, daß trotz des Fortzuges der Diplomaten vom Sitz der japanischen Regierung kein Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgt sei. Alcocks Schritt genüge als Ausdruck des Mißfallens, ohne daß er oder die britische Regierung dadurch zum wirklichen Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen genötigt wären. Ihrer Majestät Regierung wünsche keinen Krieg mit Japan und Alcock solle erst dann Gewalt anwenden, oder auch nur damit drohen, wenn sofortiges Handeln zur Erhaltung von Leben und Eigentum britischer oder der Untertanen befreundeter Mächte erforderlich sei.¹⁴⁰

Staatssekretär Seward hingegen sandte am 14. Mai eine Note¹⁴¹ an die Gesandten von Preußen, Großbritannien, Frankreich, Rußland und Holland, in der er mit Hinweis auf die Ermordung Heuskens diesen Mächten eine gemeinsame Flottendemonstration in japanischen Gewässern vorschlug, um die nötigen Bürgschaften für den Schutz der fremden Handelsinteressen und Personen zu erlangen. Der preußische Gesandte Gerolt betonte jedoch im Gespräch mit Seward, daß für Preußen nach Abschluß des Vertrages dazu keine Veranlassung sei.¹⁴² Selbst Anfang August setzte der Staatssekretär sich noch für eine ernste Erklärung der Seemächte an Japan¹⁴³ ein, obwohl er inzwischen durch Harris von der Veränderung der Lage unterrichtet worden war und letzterer sich für den Aufschub der Öffnung weiterer Häfen aussprach.

Mit Japan war der Krieg vermieden, fast schien es aber, als ob unter zwei Vertragsmächten ein ernster Streit entstehen

sollte um japanisches Gebiet. Schon längere Zeit war die Politik Rußlands in Japan Gegenstand von Erörterungen der europäischen Gesandten gewesen.¹⁴⁴ Im März 1861 lief nun die Korvette „Possadnik“ Tsushima an. Der Kommandant gab an, man habe lediglich den Engländern, die Absichten auf die Inseln hätten, zuvorkommen wollen. Der englische Gesandte empfahl den Japanern, eine Beschwerde an die russische Regierung zu richten, was sie am 27. September taten.¹⁴⁵ Aber statt sich auf die Vorstellungen der Japaner zu verlassen, nahmen die Engländer die Sache lieber selber in die Hand. Sir James Hope, der englische Admiral im Fernen Osten, eilte nach Tsushima. Als er dort auf seine Fragen nach den Absichten der Russen eine ausweichende Antwort erhielt, fuhr er weiter nach Olga Bai und teilte dem russischen Kommodore mit, er könne bis zum Empfang von Weisungen seiner Regierung keine Niederlassung einer fremden Macht in Japan anerkennen, die nicht durch Vertrag verbrieft sei.

Die Engländer setzten ihren Willen durch, zumal auch der britische Botschafter in Petersburg bei der russischen Regierung in dieser Angelegenheit vorstellig wurde. Ihr rechtzeitiges Eingreifen verhinderte, daß Rußland sich auf der seebeherrschenden Insel zwischen Korea und Japan zu einer Zeit festsetzte, als Japan zum Widerstand nicht fähig war.¹⁴⁶

In Tsushima reagierte England sofort wegen der strategischen Wichtigkeit dieser Insel. Es ist aber nicht so, daß Großbritannien eine Ausdehnung des russischen Handels im Fernen Osten grundsätzlich hätte verhindern wollen. Eine solche Entwicklung hätte es zu der Zeit sogar begrüßt, weil Meere voller Handelsflotten nach englischer Auffassung nicht diejenige Nation zum Angriff reizten, der die Schiffe gehörten. Aber militärische Vorherrschaft durch Kriegsschiffe und befestigte Häfen, wie Rußland sie in den Meeren zwischen Mandschurei-China und Amerika suchte, konnte England nicht zulassen. Es wollte eine Festsetzung seines großen Gegenspielers in Korea oder Japan, geschweige denn die Besitzergreifung dieser Länder durch Rußland, unter keinen Umständen zulassen, weil dadurch der britische Fernosthandel aufs äußerste bedroht worden wäre. Großbritannien konnte sich schlechterdings nicht aus

Japan zurückziehen, ohne fürchten zu müssen, daß dieses Inselreich dann von Rußland einverleibt werde.¹⁴⁷

Nachdem Japan einmal von einer Macht in das Kraftfeld ihrer Politik einbezogen worden war, lag es nicht mehr nur an dem guten Willen dieser Macht und an den Beziehungen aller anderen Mächte zu Japan, wie sich die auswärtige Politik des Inselstaats fernerhin gestalten sollte, sondern war Japans Schicksal nicht zuletzt abhängig von den guten und schlechten Beziehungen der abendländischen Mächte untereinander.

Zum erstenmal seit der Aufnahme vertraglicher Beziehungen zu dem fernöstlichen Inselreich war bei Tsushima die Gegensätzlichkeit der Ziele und Absichten der einzelnen Weltmächte klar in Erscheinung getreten. Auf der einen Seite stand Rußland, auf der anderen standen England und Frankreich, zwischen beiden Gruppen die Vereinigten Staaten, deren Vertreter mißtrauisch darüber wachte, daß die europäischen Mächte ihre Eroberungspolitik nicht auf das von ihm selbst und Perry geöffnete Land ausdehnten.

5. Kapitel.

Zuspitzung der politischen Lage durch die Ausschließungsbefehle des Tennô.

Die Nacht vom 5. zum 6. Juli 1861 setzte nochmals die Fremden in Yedo und Yokohama in Aufregung und Schrecken. 14 Rônin drangen überraschend in den Tempel ein, der die britische Gesandtschaft erst seit zwei Tagen wieder beherbergte. Nur durch eine glückliche Fügung — die Eindringlinge verirrt sich in dem Haus — entgingen der Gesandte und seine Begleiter den Schwertern der herrenlosen Samurai.¹⁴⁸ Der Überfall war umso auffälliger, als Alcock und de Wit erst am Tage zuvor von einer längeren Reise im Innern Japans zurückgekehrt waren, und wertvolle Aufschlüsse über die Lage im Lande heimbrachten.¹⁴⁹

Alcock glaubte fest an die Unehrlichkeit der Regierung und warf ihr falsches Spiel vor.¹⁵⁰ Er hatte dann aber den Ernst der

Lage bald erfaßt und war sich schon im August darüber klar, daß ein unvorsichtiger Schritt der fremden Vertreter das Land mit Bürgerkrieg erfüllen würde, während übergroße Vorsicht die Fremdenfeinde so sehr ermutigen könnte, daß die durch die Verträge geschaffene Stellung leicht zu weit verloren gehen könnte, um je friedlich wieder erobert zu werden. Er glaubte sogar, an einem Wendepunkt der auswärtigen Beziehungen Japans zu stehen, weil es ihm nach zweijährigem vergeblichen Bemühen endlich gelungen war, wirklich vertrauliche Verhandlungen mit den Ministern zu führen, indem nämlich der ganze Stab von unteren Beamten auf Alcocks Wunsch erstmalig entfernt wurde.¹⁵¹ Das Ergebnis war eine vollständige Abkehr von seinem alten mißtrauischen Standpunkt. Er überzeugte sich, daß die Regierung niemals die „destruction“ der fremden Vertreter gewollt habe, „because, if they had, there was nothing whatever to have prevented the execution of such a design.“¹⁵² Alcock war froh, die Japaner überzeugt zu haben, daß die beste Sicherung gegen Angriffe fremder Mächte für ihr Land darin liege, daß sie allen die gleiche freundschaftliche Gesinnung entgegenbrächten und gleiche Rechte gäben, da dann alle sich vereinigen würden, um Übergriffe einer Macht in Japan zu verhindern.¹⁵³

Hier lag für England die entscheidende Frage. Auf den Handel in und mit Japan konnte das gewaltige britische Weltreich verzichten, wenn es unter ungünstigen Voraussetzungen einen Krieg darum führen sollte. Aber ein Rückzug war trotzdem nicht möglich, weil jede Politik, die Furcht oder Schwäche verriet, die innere Festigkeit des Imperiums erschüttern mußte und nicht zu bewerkstelligen war ohne Einbuße seines Ansehens, das kostenlos Flotten und Heere ersetzte.¹⁵⁴ Ein Zurückweichen wäre, vom englischen Standpunkt gesehen, auch deshalb nicht zu verteidigen gewesen, weil es lediglich dem russischen Vordringen nach Süden freie Bahn gegeben hätte. Die russische Politik, die statt eines diplomatischen Vertreters in Yedo ein starkes Geschwader in den japanischen Gewässern unterhielt, die sich nicht in Erörterungen einließ über Vertragsbestimmungen, sondern kräftig zupackte, wo immer es erforderlich war, schien in der Tat viel größeren Erfolg in Japan gehabt

zu haben als das versöhnliche Vorgehen der anderen Mächte. Rußland war am meisten gefürchtet in Japan, aber es war nicht am meisten verhaßt.

In der letzten Zeit neigte Alcock mehr zu einer besinnlichen Politik, um nicht den Ausbruch eines Bürgerkrieges zu beschleunigen.¹⁵⁵

Am 23. Januar 1862 brach eine japanische Gesandtschaft nach Europa auf. Sie hatte jedoch kaum die Heimat verlassen, als Ando, derjenige Minister, durch dessen Politik sie erst ermöglicht worden war, der auf japanischer Seite sich immer am meisten um die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zum Ausland bemüht hatte, und der unter Außerachtlassung des Dekrets des Mikado sogar noch den Vertrag mit Preußen geschlossen hatte, am 14. Februar durch einen Anschlag lebensgefährlich verletzt wurde und seine Entlassung erhielt.

Alcock war inzwischen angewiesen worden, keinesfalls Zugeständnisse ohne gleichwertige Gegenzugeständnisse zu machen.¹⁵⁶ Da die Japaner aber keine Angebote zu machen hatten, verwies der Gesandte sie an das Foreign Office.¹⁵⁷ Sollten die europäischen Verhandlungen nicht auch im Sande verlaufen, so mußten die japanischen Gesandten neue Anweisungen erhalten. Deshalb reiste Moriyama, der seit Perrys Zeit als Dolmetscher an allen wichtigen Verhandlungen teilgenommen hatte, Ende März zusammen mit Alcock nach Europa ab. Alcock hatte sich inzwischen immer mehr von der schwierigen Lage der Yedoer Regierung überzeugt. Er schrieb noch kurz vor seiner Abreise, niemand könne für ein günstiges Ergebnis eintreten, wenn man Geduld und Nachsicht zeige, noch weniger könne man aber für das Ausbleiben von Verwicklungen, Bürgerkrieg und Feindseligkeiten mit den Fremdmächten eintreten, wenn man auf restloser Erfüllung der Verträge bestehe. Diejenige Macht, welche die Öffnung der übrigen Häfen in den nächsten Monaten verlangen würde, müsse vorbereitet sein, ihre Forderung durch angemessene Druckmittel zu erzwingen.¹⁵⁸ Andererseits wies er die japanische Regierung aber auch noch einmal darauf hin, daß im Zeitalter der Dampfkraft ein Land, das wie Japan zwischen zwei großen Kontinenten liege, mit

denen jedes Handelsvolk der Welt in regem Verkehr stehe, nicht mehr abgeschlossen bleiben könne. Japan habe nur noch die Wahl, mit den anderen Staaten freundschaftlichen Verkehr zu pflegen oder früher oder später durch eine der großen Westmächte unterworfen zu werden. Es sei aber vollends unmöglich, jetzt noch zu einem System der Absperrung zurückzukehren, das schon vor einigen Jahren nicht mehr aufrecht zu erhalten gewesen sei. Nichts könne diesen früheren Zustand wiederbringen, und ein derartiger Versuch müsse früher oder später dem Lande das größte Unglück bringen in einem hoffnungslosen Kampf mit Staaten, die viel zu mächtig seien, als daß Japan ihnen wirksamen Widerstand leisten könnte.¹⁵⁹

Die Verhandlungen der japanischen Gesandtschaft in Europa waren insofern erfolgreich, als sämtliche Regierungen sich bereit erklärten, die Öffnung weiterer Häfen um fünf Jahre aufzuschieben.¹⁶⁰ Jedoch sollten die Vertragsmächte an ihre Zusage nicht gebunden sein, wenn die japanische Regierung nicht für die genaue Innehaltung der übrigen Vertragsbestimmungen sorgte, d. h. sofern sie nicht alle bisherigen Handelsbeschränkungen beseitigte.

Während dieser Verhandlungen in Europa ging es in Japan weiter drunter und drüber. Der englische Geschäftsträger Neale glaubte die Gesandtschaft wieder nach der Hauptstadt verlegen zu sollen. 14 Tage nach seinem Einzug, am 26. Juni 1862, als sich nach japanischem Kalender der Überfall auf die englische Gesandtschaft jährte, wurde ein neuer Anschlag verübt, dem zwei englische Wachsoldaten zum Opfer fielen. Und das, während 535 Mann japanische und 30 Mann englische Truppen die Wache hielten! Es bestand anscheinend begründeter Verdacht, daß die japanische Regierung um den Anschlag gewußt hatte.¹⁶¹

Von nun an sollte es keine Ruhe mehr geben für die fremden Vertreter in Japan; denn seit Andos Entlassung war alle Zielklarheit aus der Politik der Shôgunatsregierung verschwunden. Sie taumelte und stolperte in Schwierigkeiten, über die sie schließlich stürzen mußte. Darum war Klarheit auf seiten der fremden Diplomaten umso mehr not. Sogar Russell schien das zu erkennen, denn er wies Neale dahingehend an,

daß es besser sei, der Palast des Shôguns werde zerstört, als daß Englands vertragsmäßige Stellung geschwächt oder geschädigt werde.¹⁶²

Zweifelloos war es für die Gestaltung der weiteren Beziehungen der Mächte zu Japan von einschneidender Bedeutung, daß Townsend Harris, durch den überhaupt erst ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen der Yedoer Regierung und den Westmächten hergestellt worden war, Ende April 1862 von seinem Posten zurückgetreten war.¹⁶³ Wenn auch durch den Lauf der Ereignisse die aktivere Rolle im letzten Jahr dem englischen Gesandten zugefallen war, so war doch Harris' Einfluß in Yedo unvermindert stark geblieben, und er war weiter als der befreundetste fremde Vertreter von den Japanern angesehen worden. Gegen Treats Andeutung,¹⁶⁴ daß die Harrispolitik, wenn sie allgemein durchgeführt worden wäre, den Ereignissen in Japan eine andere Wendung hätte geben können, läßt sich aber doch sehr viel einwenden. Der letzte Augenblick, wo durch eine persönliche Auslegung der Vertragsbestimmungen die fremden Gesandten noch einigen Einfluß auf den Lauf der Ereignisse hätten nehmen können, war zur Zeit Iis. Später war die Regierung des Shôguns ja selbst nicht mehr Herr der Lage. So lange das Shôgunat sich nicht an die Spitze der neuen Entwicklung stellen wollte, die eine großzügige und kühne Öffnung des Landes verlangte, so lange konnte es seine eigene Machtstellung nicht verbessern. Hier konnten die besten Palliativmittel nicht mehr helfen. Die chronisch werdende Systemkrise mußte übergehen in die Wehen einer neuen Zeit, die nur unter Schmerzen geboren werden konnte. In der allgemeinen Unklarheit hätten die Gesandten sich schließlich also doch an den Tennô als den einzig ruhenden Pol wenden müssen; sie hätten also das tun müssen, womit schon Harris während seiner Vertragsverhandlungen gedroht hatte. Die Politik, die in Kagoshima und Shimonoseki ihren Ausdruck fand, hat nur beschleunigt, was ohnehin kommen mußte, wofern nicht das Shôgunat bereit war, seine erschütterte Stellung durch Zusammengehen mit den fremden Mächten erneut zu festigen.

Es lohnt sich, an dieser Stelle die innerjapanischen Verhältnisse kurz zu beleuchten. — Nach dem Tode Nariakis von

Mito war Shimazu Saburô, dem Fürstregenten von Satsuma, die Führung der fremdenfeindlichen Partei zugefallen. Er wollte nicht, wie die radikalen Rônin, den Sturz der Shôgunatsregierung, sondern die Herstellung einer Übereinstimmung von Yedo und Kioto. Ein Gesandter des Tennô, den Shimazu nach Yedo begleitete, überbrachte die Forderungen von Kioto. Der Shôgun solle in die Stadt des Tennô kommen, Ando entlassen und den überlebenden Opfern des Tairô Amnestie gewähren. Fast alle Forderungen Kiotos wurden angenommen und gegen die Vertreter der Iischen Politik Zwangsmaßnahmen ergriffen. Besonders hatten die Beamten darunter zu leiden, die mit der Verhandlung der Verträge zu tun gehabt hatten.¹⁶⁵

Die Mission Shimazus sollte die Fremden unmittelbar berühren; denn auf seinem Rückweg wurden drei Engländer von den Samurai des Fürsten von Satsuma auf dem Tôkaidô in der Nähe von Yokohama angegriffen, weil sie nach japanischer Auffassung dem Daimyô nicht die nötige Achtung erwiesen hatten. Einer, Mr. Richardson, wurde fast in Stücke gehauen, zwei andere schwer verletzt, während eine Dame entkommen und die Fremdenniederlassung von Yokohama zu Hilfe rufen konnte.

Neale, der in dieser Angelegenheit zu führen berufen war, ließ es jedoch sehr an der nötigen Tatkraft fehlen. Er war entschieden gegen die sofortige Anwendung von Zwangsmaßnahmen.¹⁶⁶ Er rühmte die neuen Verhütungsmaßregeln der Regierung gegen die Wiederholung eines derartigen Anschlags z. B. die Errichtung zahlreicher Wachthäuser am Tôkaidô, und versprach sich eine Besserung der Lage der Europäer davon, daß 200 000 bis 300 000 Gefolgsleute der Daimyô Yedo verlassen würden, weil die Regierung die Daimyô und ihre Frauen und Kinder weitgehend von ihrer Anwesenheitspflicht in Yedo befreit hatte.¹⁶⁷

Er ahnte nicht, daß dieser Auszug der Daimyô aus Yedo, den das Bakufu unter dem Druck von Kioto zulassen mußte, für die Fremden zu dieser Zeit alles andere als wünschenswert war. Verlor doch die Regierung damit vollkommen die Kontrolle über ihre Gegner, welche gleichzeitig die Feinde der Fremden waren. Der für das Haus Tokugawa so verhängnis-

volle Erlaß vom 17. Oktober 1862 verlagerte das politische Schwergewicht noch mehr nach Kioto. Die bedeutendsten Daimyô errichteten dort schon im Sommer 1863 feste Wohnsitze. In Kioto hatten sich inzwischen die Extremisten mehr und mehr durchgesetzt. Môri von Chôshû stand an der Spitze der Radikalen, die alle Gegner gewaltsam zum Schweigen brachten.

So war die Lage in Kioto, als am 21. April 1863 zum erstenmal seit 1634 der Shôgun mit nur 3000 Mann an den Hof des Tennô kam. Es hätte einiger demütigender Nebenerscheinungen gar nicht bedurft,¹⁶⁸ um den ungeheuren Machtsturz zu zeigen, der in dieser Tatsache zum Ausdruck kam. Der Druck, durch den man eine Politik der Austreibung der Fremden durchsetzen wollte, war so stark, daß der Fürst von Echizen nach erst zehnmonatiger Amtszeit am 8. Mai 1863 schon wieder sein Amt als Ministerpräsident niederlegte, weil er diese Politik für undurchführbar hielt. Der Shôgun aber mußte den Erlaß einer Bekanntmachung an die Daimyô bewilligen, in welcher der 25. Juni 1863 als Tag für den Beginn der Austreibung der Barbaren bezeichnet wurde. Der Fürst von Mito und Hitotsubashi wurden nach Yedo gesandt, um die Schließung der Häfen zu veranlassen. Da das natürlich mißlang, ersuchte auch Hitotsubashi um seine Entlassung. Der Shôgun mußte fast gewaltsam aus Kioto befreit werden durch seine Regierung, die ihm schließlich zwei Dampfer nach Osaka schickte, um ihn zurückzubringen. Seine Anwesenheit in Yedo war dringend erforderlich geworden, denn die auswärtigen Beziehungen hatten sich aufs äußerste gespannt.

So wenig die Gesandten in Japan ein klares Bild der inneren Auseinandersetzungen hatten, so wenig blieb ihnen die Tatsache der Kämpfe verborgen. Bellecourt äußerte bereits im Dezember 1862, er glaube an eine gewaltsame Krisis und die Notwendigkeit europäischen Einschreitens schon im folgenden Jahre.¹⁶⁹ In der Tat kamen im Laufe des Januar 1863 neue Warnungen der Behörden vor Rônin, und am 1. Februar wurden von Chôshûleuten die neu errichteten Gesandtschaftsgebäude in Yedo niedergebrannt.¹⁷⁰ Die Absichten der Regierung wurden dadurch klar, daß sie Pruyn, den letzten Gesandten, der noch in Yedo weilte, zu bewegen suchte, nach Yokohama zu ziehen.

Neale stellte fest, daß diese Bedrohung des Shōgunats durch die Kaiserpartei eine neue Phase der politischen Beziehungen einleitete, die einen Hebel zum Handeln biete, dessen Fehlen bisher jeglichen diplomatischen Einfluß unmöglich gemacht habe. Brandt glaubte nicht recht an die grundsätzliche Fremdenfeindlichkeit der Daimyō, da diese bald ihren Nutzen in der Förderung des Handels sehen würden, wenn erst Osaka, Niigata und die Hauptstädte der bedeutenden Daimyō, die jetzt schon Handel mit den Fremden trieben, geöffnet wären. Jetzt seien sie selbstverständlich einem Handel feindlich gesinnt, der ihnen nicht nur nichts einbringe, sondern ihrem Gegner und Unterdrücker noch die Mittel schaffe, seine Macht zu vergrößern.¹⁷¹ Andererseits war er überzeugt, daß sowohl die Regierung als auch die großen Landesfürsten die Besetzung einzelner Teile Japans durch fremde Truppen ernstlich fürchteten. Selbst eine vorübergehende Besitznahme der Ryūkyū-Inseln durch den englischen Flottenbefehlshaber, Admiral Küper, der am 22. März mit seinem Geschwader nach Japan gekommen war, mußte nach seiner Meinung das Signal zum Angriff auf die Europäer geben.¹⁷²

Das war die Stimmung, als am 6. April 1863 auf Grund soeben erhaltener Instruktionen¹⁷³ der britische Vertreter ein auf 20 Tage befristetes Ultimatum an die japanische Regierung richtete, in dem er für den Richardson-Mord 100 000 Pfund Strafgeld und vom Fürsten von Satsuma die Hinrichtung der Mörder und 25 000 Pfund Sühne für die Hinterbliebenen und Verwundeten forderte. Für den Fall der Ablehnung oder Nichtbeantwortung werde der britische Admiral binnen 24 Stunden die geeigneten Maßnahmen treffen, um die geforderte Wiedergutmachung zu erhalten. Dabei legte Neale allerdings Wert darauf, zu betonen, daß ein Unterschied bestehe in der Anwendung von Zwangsmitteln und offenen Feindseligkeiten, also Krieg, zwischen zwei Nationen.¹⁷⁴

Der Zeitpunkt zu solchen Drohungen konnte kaum ungünstiger gewählt werden. Denn der Krieg, den zu führen die Engländer trotz des großen Geschwaders wenigstens im Augenblick zweifellos nicht imstande waren, konnte jetzt leichter ausbrechen als je, weil der Shōgun gerade nach Kioto unter-

wegs war, wo man nichts lieber wollte als die Vertreibung der Fremden. Wenigstens mußte es dem Shôgun jetzt noch schwerer fallen, für seine Politik der Mäßigung Verständnis zu finden. Da die Yedoer Minister erklärten, es könne während der Abwesenheit des Shôguns nichts geschehen, mußte Neale bald die Frist verlängern. Die Art, wie das geschah und die unsichere Haltung, die der Geschäftsträger dabei zeigte, schadete nicht nur seiner Sache, sondern der Stellung der Fremden überhaupt.¹⁷⁵ Das ließ sich mit Recht auch von einem Beschluß der Flottenbefehlshaber vom 16. April 1863 sagen, in dem festgestellt wurde, daß zurzeit keine hinreichenden Streitkräfte in Japan vorhanden seien, um die Sicherheit der Niederlassung Yokohama für den Fall eines japanischen Angriffes zu gewährleisten. Diese Erklärung wurde unbegreiflicherweise dann auch noch veröffentlicht.¹⁷⁶ Die einseitige englische Interessenpolitik, die erst ultimatив drohte und dann, um die Drohungen ausführen zu können, Yokohama einfach schutzlos ließ, erregte sehr den Ärger Pruyns. Er beschwerte sich, nicht zu der Konferenz zugezogen zu sein, und betonte, daß nach solchem Vorgehen Großbritanniens auch andere Vertragsmächte sich für berechtigt halten müßten, mit ganz unzureichenden Mitteln Forderungen in Gestalt von Ultimaten an die japanische Regierung zu stellen, ohne sich zu Maßregeln für den Schutz der in Japan ansässigen Fremden verpflichtet zu halten.¹⁷⁷

Neale war deshalb sehr verärgert, daß die Japaner sich der Vermittlung Pruyns bedienten, um eine Fristverlängerung zu erreichen. Er ersuchte den preußischen Konsul von Brandt, den Japanern klarzumachen, daß der von ihnen eingeschlagene Verhandlungsweg der unzweckmäßigste sei, den sie hätten wählen können.¹⁷⁸ Wiederholt mußte auch Bellecourt in der nächsten Zeit vermittelnd eingreifen, weil der englische Geschäftsträger sich in eine sehr unangenehme Zwickmühle gebracht hatte und sich immer noch scheute, die Zwangsmaßnahmen anzuwenden, die das Risiko eines Angriffes auf Yokohama einschlossen. Andererseits konnte er aber auch nicht fortwährend die Frist verlängern, ohne dem Ultimatum seinen Charakter zu nehmen. Auch Konteradmiral Jaurès, der am 28. April auf „Semiramis“ ankam, erkannte alsbald, daß die

Engländer fälschlich gemeint hatten, eine Demonstration werde genügen. Solch ein Mann, frei von Vorurteilen, mäßig und rücksichtsvoll bei der schwierigen Lage der Regierung, deshalb aber doch entschieden, habe bisher gefehlt, meinte Brandt.¹⁷⁹ Jaurès, der nur vier Schiffe hatte, erklärte, Yokohama „jusqu'à la dernière extrémité“ verteidigen zu wollen. Was Wunder, daß dies zu einer Spannung mit Küper führte, der sich mit 14 Schiffen dazu nicht imstande erklärt hatte.¹⁸⁰

Die überaus kritische Lage veranlaßte den preußischen, holländischen und portugiesischen Konsul, Schritte für die Neutralisierung von Yokohama¹⁸¹ zu tun. Hatte doch noch am Tag zuvor der Statthalter von Kanagawa gegenüber Brandt erklärt, man könne nicht wissen, ob die Soldaten im Kriegsfall imstande sein würden, die Engländer und Untertanen anderer Mächte zu unterscheiden.¹⁸²

Die Konferenzen des englischen und französischen Vertreters mit dem japanischen Bevollmächtigten um eine zweite Fristverlängerung endeten in einer Weise, die zunächst eigenartig wirken muß. Die Gesandten boten nämlich am 5. Mai der Regierung ihre Unterstützung gegen die feindlichen Landesfürsten an. Das ermöglichte den Vertretern der übrigen Mächte, mit ihnen zusammenzuarbeiten.¹⁸³ Brandt urteilte, „daß unsere Lage nie schwieriger und gefährlicher gewesen ist als jetzt“. Durch die selten gemeinsame und häufig diametral entgegengesetzte Aktion der diplomatischen Vertreter in Japan hätten die Europäer seit ihrem ersten Auftreten immer mehr an Einfluß verloren. Er hielt es für nicht unmöglich, daß bei Ausbruch des englisch-japanischen Krieges alle das Land verlassen und nach China gehen müßten.¹⁸⁴

Mittlerweile war der japanische Ministerpräsident zurückgetreten und das Hilfsangebot der Engländer und Franzosen abgelehnt worden mit dem gleichzeitigen Versprechen, die 100 000 Pfund nach der Rückkehr des Shôguns zu zahlen. Meldungen über die fremdenfeindliche Stimmung in Kioto und von der Ankunft des Fürsten von Mito in Yedo steigerten die Nervosität der Europäer. Pruyn wurde im Juni plötzlich zum Befürworter einer Politik der Kriegsschiffe. Man müsse der Welt erhalten, was Perry ihr gewonnen habe. Er empfahl

Staatssekretär Seward, die Vertragsmächte sollten sich verbinden und eine gemeinsame Flotte in Japan unterhalten.¹⁸⁵ Am 20. Juni erfuhr Bellecourt von dem obenerwähnten Ausweisungsdekret. Pruyn wurde auf seine Frage, warum ihm ein so wichtiger Erlaß nicht mitgeteilt worden sei, erwidert, die Yodoer Minister wüßten sehr wohl, daß der Befehl nicht ausgeführt werden könne, da sie ja weder Kriegsschiffe noch Waffen hätten. Indessen müsse der Shôgun sich in Kioto den Anordnungen des voreingenommenen Tennô fügen, da er sonst Amt und Leben verlieren würde. Sein wirklicher Wunsch aber sei, daß die von ihm geschlossenen Verträge beachtet würden.¹⁸⁶ Das stimmte mit dem überein, was der Statthalter von Kanawaga Bellecourt sagte. Danach wollte der Minister Ogasawara den ihm gewordenen Auftrag nur zum Schein ausführen und bat, daß die Vertreter in den schärfsten Ausdrücken darauf antworten möchten, damit die Erwiderungen dem Tennô vorgelegt werden könnten mit der Erklärung, daß man nicht die Mittel habe, die Fremden mit Gewalt zu vertreiben. Sollte der Tennô dann auf diese Vorstellungen nicht eingehen, so wolle man einen Grund zum Streit suchen und die europäischen Mächte zu Hilfe rufen.¹⁸⁷

Der französische Gesandte hatte sich bereit erklärt, auf diesen Plan einzugehen und seine Kollegen dafür zu gewinnen. Am Morgen des 24. Juni 1863 wurden die 440 000 Dollars bezahlt.¹⁸⁸ Wenige Stunden später war die Note Ogasawaras überreicht, der erklärte, vom Shôgun aus Kioto angewiesen zu sein, die geöffneten Häfen zu schließen und die Untertanen der Vertragsmächte zu entfernen. Er wolle darüber mündlich mit den fremden Vertretern verhandeln.¹⁸⁹ Die Antwortnoten der fremden Vertreter gaben einander an Schärfe nichts nach. Neale z. B. drohte, Großbritannien würde nicht nur für die Aufrechterhaltung der Verträge sorgen, sondern sie dann auch gleich auf eine befriedigendere und sicherere Grundlage stellen als bisher. „... the indiscret communication now made through Your Excellency is unparalleled in the history of all nations, civilized or uncivilized, ... it is, in fact, a declaration of war by Japan itself against the whole of the Treaty Powers, and the consequences of which, if not at once arrested, it will have to expiate by the severest and most merited chastisement.“¹⁹⁰

Am 11. Juli brach Ogasawara mit einer Truppenmacht nach Osaka auf, um endlich den Shôgun zu befreien, der nicht aus Kioto entlassen wurde. Zwar gelang das (siehe Seite 65), aber der Minister mußte für seine Treue und weil er die Entschädigung an Neale bezahlt hatte, vom Shôgun auf Verlangen des Mikado entlassen werden. Auch Hitotsubashi bot seinen Rücktritt an (siehe Seite 65).

Angesichts solcher Verhältnisse zwischen Yedo und Kioto rechnete Brandt mit der Möglichkeit der baldigen Aufrichtung von unabhängigen Fürstentümern; denn, wenn überhaupt der Mikado für die Fürsten und Großen eine politische Idee repräsentiere, so könne diese Idee nur die Verselbständigung der Daimyô — verbunden mit dem Sturz des Shôgunats — sein, wobei sie vielleicht den Mikado als nominellen Oberherren behalten würden. Statt eines Kaiserreichs werde man vielleicht schon bald fünf Königreiche vor sich haben.¹⁹¹ Pruyn regte über seinen letzten Vorschlag hinaus am 27. Juni in Washington eine gemeinsame Flottendemonstration vor Osaka an, um die Ratifikation der Verträge durch den Mikado zu sichern.¹⁹²

Noch ehe der englische Geschäftsträger die formelle Entschuldigung der japanischen Regierung für den Mord entgegengenommen hatte, kam die Nachricht, daß der amerikanische Handelsdampfer „Pembroke“ am 25. Juni 1863 an der Straße von Shimonoseki beschossen worden sei. Ebenso erging es am 8. Juli dem französischen Kriegsschiff „Kienchang“ und am 11. der holländischen Korvette „Medusa“. Die amerikanische Korvette „Woyming“ versenkte am 16. zwar einen Dampfer und eine Brigg, mußte dann aber auch den Kampf aufgeben. Wirksamer war das Unternehmen der Franzosen.¹⁹³ Mit „Semiramis“ und „Tancrède“ zerstörte Jaurès eine Batterie und ein Dorf mit Pulvermagazin.

Die Angriffe Chôshûs auf die fremden Schiffe in der Straße von Shimonoseki einigten die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Hollands so weit, daß sie am 25. Juli 1863 ein Abkommen¹⁹⁴ unterzeichneten, das ein gemeinsames Vorgehen der Streitmächte dieser Staaten zur Wiederherstellung der freien Schifffahrt in der Straße von Shimonoseki vorsah. Da die Engländer jedoch auch

nach dieser Wendung erst gegen Satsuma vorgehen wollten, stach Küper am 6. August mit sieben Schiffen in See.

Nachdem das Geschwader am 12. August vor der Landeshauptstadt Kagoshima angekommen war, eröffnete der Geschäftsträger die Verhandlungen durch eine Note, die mit Gewaltmaßregeln drohte, falls man seine Forderungen nicht annehme. Die Antwort Satsumas wie auch die weiteren Erklärungen der Klanbeamten waren durchaus ungenügend; denn der Geschäftsträger wurde praktisch nach Yedo verwiesen. Der Admiral beschlagnahmte nunmehr drei Kauffahrteidampfer des Fürsten von Satsuma, worauf zu Mittag die Japaner das Feuer eröffneten. Das Gefecht währte zwei Tage. Aber wenn auch einige Batterien zerstört, die Stadt von den Engländern in Brand geschossen¹⁸⁵ und 1500 Menschen getötet wurden, so konnten die Japaner doch mit Recht behaupten, daß sie die Flotte zum Rückzug gezwungen hätten.¹⁸⁶ Satow, der als Dolmetscher an dem Feldzug teilnahm, hat wohl recht, wenn er den geringen Erfolg des Geschwaders Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Diplomaten und dem Seeoffizier zuschreibt.

Dennoch war die Wirkung des Gefechts von Kagoshima anders als man zunächst vermuten könnte. Die Konservativen, die seit dem Tode Nariakiras (1858) in Satsuma wieder die Macht hatten, waren nämlich durch die Furcht vor dem britischen Angriff gezwungen worden, an die weitausschauenden Pläne dieses Fürsten wieder anzuknüpfen und die Küsten zu befestigen. Nun war es ihnen dank dieser Vorsichtsmaßregeln tatsächlich gelungen, einen vollständigen Erfolg der englischen Strafexpedition zu verhindern. Aber sie ließen sich dadurch nicht täuschen und verschlossen sich nicht der Einsicht, daß der Klan sich mit solchen Erfolgen in kurzer Zeit totsiegen würde, weil er den ungleichen Kampf auf die Dauer nicht durchhalten könnte. Trotz des Widerstandes einiger Vertreter des Klans in Yedo bereitete Okubo, der wohl der bedeutendste Berater im Klan war, die Einleitung von Verhandlungen mit dem englischen Geschäftsträger vor. Im November fanden offizielle Verhandlungen statt, in denen sich die Beauftragten des Fürsten von Satsuma zur Zahlung der Entschädigung und zur Suche nach den Mördern verpflichteten,¹⁸⁷ während Neale ver-

sprach, Satsuma den Ankauf eines Kriegsschiffes in England zu erleichtern.¹⁹⁸ Die Schlappe von Kagoshima hatte für England unerwartet gute Früchte getragen.

Satsuma hatte die Zeichen der Zeit verstanden. Auch die Konservativen waren zu der Politik Nariakiras zurückgekehrt. Und das in denselben Monaten, als im Lande das Lob ihres Klans erschallte wegen seines Erfolgs gegen die Barbaren! Während er schon den ersten Schritt zu seiner neuen Politik gegenüber den Fremden getan hatte, mußte Shimazu Saburô aber doch den fremdenfeinlichen Gefühlen in Kioto Rechnung tragen und zum Schein seine Bevollmächtigten bestrafen, weil sie die Ehre des Klans verletzt hätten.¹⁹⁹ Es liegt auf der Hand, daß Shimazu Saburô, der trotz des Richardson-Mordes niemals ein fanatischer Fremdenfeind gewesen war, von nun an seinen Einfluß bestimmt nicht mehr für die Austreibungspolitik einsetzen würde. Der Schaden hatte Satsuma gezeigt, daß die Feindschaft der Fremden sehr gefährlich werden konnte. Die Hoffnung war nicht unberechtigt, daß sich der Verkehr der Fremden mit diesem Klan immer freundschaftlicher gestalten würde, sobald er erst den Nutzen erkannt hätte, der ihm aus dem Handel mit dem Auslande, den er heimlich in beschränktem Maße schon trieb, erwachsen konnte. Es waren bedeutsame Wandlungen, die sich hier anbahnten; denn wenn sich die Entwicklung fortsetzte, daß Landesfürsten sich mit dem Bestehen der Außenhandelsbeziehungen abfanden und sie womöglich gar von sich aus förderten, dann konnte der Augenblick kommen, wo die fremden Mächte aus politischen Gründen sich direkt an sie, statt an die Regierung des Shôguns wenden würden.

Zur großen Freude von Jaurès traf am 8. August 1863 eine unerwartete Verstärkung in Yokohama ein. Der preußische Generalkonsul für China, von Rehfues, kam auf der „Gazelle“, um die Ratifikationen des preußischen Vertrages auszutauschen. Die „Gazelle“ landete sogleich 100 Mann zur Verstärkung der Landtruppen in der Niederlassung.²⁰⁰

Für den Zweck des preußischen Besuches in Japan hätte die Zeit aber kaum ungünstiger gewählt werden können; war doch den Mächten am 24. Juni gerade die bevorstehende Schließung Yokohamas mitgeteilt worden! Die Yedoer Regie-

rung, die fortwährend zwischen Kioto und Yokohama lavierte, konnte unmöglich noch einmal einen Vertrag bekräftigen, dessen Außerkraftsetzung ihr befohlen worden war. Rehfuës zog es unter diesen Umständen vor, der Regierung nur kurz seine Aufgabe mitzuteilen.²⁰¹ Der preußische Generalkonsul, der auf gemeinsames Vorgehen der Mächte in der Frage des Ausschließungsschreibens hinarbeitete, mußte bald die Erfolglosigkeit solcher Bemühungen feststellen, besonders weil die englischen und französischen militärischen und diplomatischen Vertreter fast stets entgegengesetzt vorgingen; dabei zeigten sich die Engländer noch besonders unschlüssig und zaghaft.²⁰² Das änderte sich auch in keiner Weise, als am 14. Oktober in der Person des französischen Leutnants Camus ein neues Opfer unter den japanischen Schwertern zusammensank. „Nichts anderes erfolgte als ein allerdings grandioses Begräbnis“.²⁰³

Am 26. Oktober wurden plötzlich die Vertreter der Vereinigten Staaten und Hollands nach Yedo eingeladen. Schon glaubten sie, ihnen sei die Vermittlerrolle zwischen Japan und den fremden Regierungen zugebracht. Aber die versammelten Minister teilten ihnen lediglich mit, daß Ogasawaras Ausweisungsdekret, dessen Zurücknahme die Gesandten immer wieder gefordert hatten, aufgehoben werde, jedoch machten die inneren Unruhen die Fortdauer des Handels in Yokohama unmöglich, der Hafen müsse geräumt werden. Selbstverständlich lehnten die beiden Vertreter das rundweg ab.²⁰⁴ Der englische und französische Gesandte kamen einer Einladung vom folgenden Tage gar nicht erst nach, weil sie so unerhörte Mitteilungen nicht erörtern wollten.²⁰⁵

Rehfuës glaubte nun nicht mehr an eine friedliche Lösung und stellte am 26. Oktober eine achttägige Frist für die Beantwortung eines Schreibens, das er am 25. September an die Japaner gerichtet hatte. Am 4. November traf die Antwort ein, die höflich gehalten war und Verständigung über die sofortige Zurückziehung des Ausweisungsdekrets anbot. Rehfuës erklärte sich zu einer Zusammenkunft bereit, wenn die Zurücknahme bedingungslos erfolge. Tatsächlich wurde Ogasawaras Schreiben am 12. November zurückgenommen. „So ist die gegenwärtige Wendung gerade in einem Augenblick eingetreten“, schrieb der

preußische Bevollmächtigte an Bismarck, „wo dieselbe nicht erwartet wurde und die fremdenfeindliche Partei allem Anschein nach die Oberhand gewonnen hatte.“ Es sei wahrscheinlich, daß die japanische Regierung, die, wie man allgemein glaube, aus den europäischen Verhältnissen Nutzen zu ziehen wisse, sich der Hoffnung auf einen europäischen Krieg hingegeben hatte, der nun aber nicht mehr zu erwarten sei.²⁰⁶

Die Preußen waren von der Erreichung ihres Zieles allerdings noch weit entfernt. Die japanische Regierung erklärte am 22. November, wenn sie auch nicht beabsichtige, sich der Auswechslung der Ratifikationen zu entziehen und die Audienz des preußischen Bevollmächtigten beim Shôgun zu verhindern, so müsse sie doch die Durchführung dieser Forderungen auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben. Rehfues beschloß, trotzdem in Japan zu bleiben, in der Erwägung, daß „Japan momentan ohne Zweifel das Zentrum der ostasiatischen Politik“ bilde.²⁰⁷ Zur weiteren Beschleunigung seiner Verhandlungen bediente sich der Preuße einer Kriegslist. Er teilte dem Gorôjû am 2. Dezember mit, er sei bereit, in Anbetracht der Volkstimmung noch zu warten, gedenke aber, die Zeit zu einer Fahrt durch die Binnensee zu benutzen, um den Süden des Reiches kennen zu lernen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Antwort der Regierung sprach ihre Besorgnis über die geplante Reise aus und betonte, es sei Hoffnung, daß der Austausch doch beschleunigt werden könne.²⁰⁸

Am 21. Dezember gaben die Japaner die Versuche auf, Rehfues abzuschieben. Die Auswechslung sollte in Yedo stattfinden; die Audienz beim Shôgun wurde aber unmöglich, weil am 25. Dezember sein Palast eingeäschert wurde.²⁰⁹ Darüber hinaus wurde durch den Brand noch einmal alles bisher Erreichte in Frage gestellt. Als Rehfues dabei blieb, daß er Yokohama nach dem 1. Januar verlassen werde, versuchte man, den Gesandten durch Versprechung persönlicher Vorteile zu gewinnen. Die japanische Regierung hatte nach Ablauf des einen Jahres, in dem für sie die oben erwähnte Wechselflicht bestand, als Vorrecht der Diplomaten bestehen lassen, was im ersten Jahr allen Fremden zugute gekommen war. Die Gesandten und Konsuln durften ihre Dollars auch fernerhin nach

Gewicht statt nach ortsüblichem Kurs in Bu umwechseln, erhielten also für 100 Dollars 311 Bu (statt 210 bis 240). Jetzt sollte dem preußischen Gesandten der höchste monatliche Wechselsatz eingeräumt werden für die Monate, in denen er nicht gewechselt hatte. Das hätte ihm für jeden Monat etwa 10 000 Dollars eingebracht, aber der Gesandte verbat sich für die Zukunft solche Angebote, die er als eine persönliche Beleidigung bezeichnete.²¹⁰ Die Preußen hielten nämlich das Bestehen freundschaftlicher Beziehungen zu Japan für die *conditio sine qua non* für die Annahme dieser Vergünstigung und hatten deshalb nach jener Mitteilung der japanischen Regierung vom 26. Oktober 1863, daß der Handel in Yokohama aufhören müsse, sofort darauf verzichtet.²¹¹

Bismarck hielt das einseitige Vorgehen der Preußen in dieser Frage jedoch für nicht unbedenklich und befaßte seine europäischen Missionen mit der Frage. Lord Russell war der Meinung, daß dieses Vorrecht grundsätzlich nicht zu verteidigen sei und wies Alcock an, es nach dem preußischen Verzicht nicht mehr in Anspruch zu nehmen.²¹² Die übrigen Gesandten in Japan hatten sich jedoch durch das preußische Vorgehen in ihrer Ehre verletzt gefühlt und sich bei ihren Regierungen darüber beschwert. Die Stellungnahme des neuen englischen und französischen Gesandten zeigte aber später ebenso deutlich wie die Zeitungsangriffe, die in der Wechselangelegenheit gegen Pruyn gerichtet wurden, daß die Haltung der Preußen untadelig gewesen war.²¹³ Die beste Rechtfertigung des preußischen Verhaltens gibt Satow, der gesteht, er könne nicht ohne Beschämung an jene Wechselgewinne denken.²¹⁴

Der Widerstand, auf den das preußische Vorgehen gestoßen war, veranlaßte zwei Erlasse der Berliner Regierung vom 8. Januar und 8. Mai 1865 an Rehfues, die für die deutsche Politik der nächsten Jahre in Ostasien richtunggebend waren. In demjenigen vom 8. Mai heißt es u. a.: „Die Verhältnisse Preußens gestatten seinen Vertretern in fernen Weltteilen nicht, eine Handlungsweise zu verfolgen, welche von der der Vertreter anderer Großmächte abweicht. Es empfiehlt sich vielmehr, darauf Bedacht zu nehmen, mit diesen Vertretern möglichst Hand in Hand zu gehen und sich mit denselben über vor-

kommende Angelegenheiten zu verständigen, oder, wenn eine Verständigung nicht zu erreichen ist, Verhaltensmaßregeln von hier einzuholen.“²¹⁵

Da die Fahrt in die Binnensee zu gefährvoll war, wollte Rehfuës die „Gazelle“ wenigstens in Yedo als Druckmittel benutzen. Der „Husarenritt“, der dem englischen Geschäftsträger sehr abenteuerlich vorkam, hatte Erfolg. Schon am 6. Januar 1864 war der Gorôjû wieder zu Verhandlungen in Yokohama bereit. Die Preußen ließen sich aber dadurch nicht mehr von der Landung in der Hauptstadt abhalten und nahmen in dem leerstehenden Gebäude der französischen Gesandtschaft Wohnung. Sämtliche Gouverneure der auswärtigen Angelegenheiten sprachen der Reihe nach vor, um darzutun, daß die Würde der japanischen Regierung und die Rücksicht auf die anderen Vertreter, die sich auf den Wunsch der Regierung nach Yokohama zurückgezogen hätten, es nicht erlaube, daß die Verhandlungen in Yedo stattfänden. Zweifellos fürchtete die Regierung einen Präzedenzfall zu schaffen, der die Vertreter der anderen Vertragsmächte veranlassen könnte, die Lösung schwebender Fragen in gleicher Weise zu versuchen.²¹⁶

Als man den letzten Trumpf ausspielte und sagte, der Shôgun begeben sich nach Kioto und werde dort auch die Ratifikation des preußischen Vertrages mit den großen Daimyô erörtern, wodurch sich der Austausch um zwei Monate verzögern würde, erklärte schlagfertig der Generalkonsul, dann könne ja die „Gazelle“ das Geschwader des Shôguns nach Osaka begleiten. Nach diesem unangenehmen preußischen Vorschlag wurde die Einigung schnell erzielt. Am 21. Januar 1864, 1 Uhr nachmittags, fand an Bord der „Gazelle“ der Austausch der Ratifikationen²¹⁷ statt, nachdem Rehfuës den beiden Vizeministern Suwa und Tachibana zuvor das Schreiben des Königs an den Shôgun überreicht hatte. 21 Schuß verkündeten der Bevölkerung von Yedo den preußischen Erfolg, obwohl das den Japanern offensichtlich nicht sehr lieb war. Suwa betonte den Wunsch der japanischen Regierung, freundschaftliche Beziehungen mit Preußen zu pflegen. In Anbetracht der inner-japanischen Opposition solle jedoch eine Gesandtschaft die preußische Regierung um ihre Zustimmung zur Schließung

Yokohamas ersuchen. Rehfues trat dem aber ruhig entgegen und betonte, daß an den gegenwärtigen Verwicklungen lediglich das alte Absperrungssystem der Japaner schuld sei.²¹⁸

Die Preußen hatten allen Grund, auf ihren Erfolg stolz zu sein. Die Japaner erklärten, die Preußen seien „die anständigste und unbequemste von allen ihren fremden Bekanntschaften“.²¹⁹ Auch in Yokohama hatte der schnelle Erfolg Achtung hervorgerufen, sodaß sogar die wenig preußenfreundliche Ortspresse die Leistung anerkannte.²²⁰ Aber das korrekte Verhalten der Deutschen hatte gleichzeitig den Haß der Neider erweckt. Das Verhalten des amerikanischen Gesandten Pruyn war geradezu durch Perfidie gekennzeichnet. Seine fortwährenden Einwirkungen auf die Japaner hatten die Verhandlungen des preußischen Bevollmächtigten außerordentlich erschwert. Rehfues, der nicht darauf verzichtete, seinen amerikanischen Kollegen vor der Abreise wissen zu lassen, daß er vollkommen durchschaut sei, hatte jedoch die Genugtuung, daß jener schon längst — besonders durch seine privaten Geschäftemachereien — nicht nur die Achtung seiner Kollegen, sondern auch die der Japaner verloren hatte.²²¹

Die neue japanische Europagesandtschaft sollte äußerlich in erster Linie dem Kaiser Napoleon Genugtuung bringen für die Beschießung des „Kienchang“ und die Ermordung von Camus. Das war Grund genug für den englischen Geschäftsträger, die Nutzlosigkeit dieser Gesandtschaft zu betonen. Die Franzosen aber wurden durch diese Mission der Notwendigkeit enthoben, in Japan energisch aufzutreten. Das war durchaus im Sinne der Instruktionen des französischen Gesandten, die eine ernstliche Engagierung in Japan nicht wünschten.²²² Admiral Jaurès war ja gerade nach Japan gekommen, um die Besitznahme einzelner Teile des Landes durch die Engländer zu verhindern.²²³ Zwar kam die Gesandtschaft zustande, aber die Verhältnisse in Japan blieben auch nach ihrer Abreise ungeklärt. Sie würden erst eine gewisse Stabilität annehmen, wenn die zivilisierte Welt ihre Überlegenheit mit ganzem Ernst und nötigenfalls durch die ultima ratio der Völker werde zu erkennen gegeben haben, meinte Rehfues.²²⁴ Er sollte Recht behalten.

6. Kapitel.

Straffeldzug gegen Chôshû.

In Kioto hatte sich seit April 1863 eine Wandlung angebahnt. Der Tennô war keineswegs ein Freund der Radikalen, weder in ihrer Feindschaft gegen Yedo, noch in ihrem fanatischen Haß gegen die „Barbaren“. Er wollte deshalb auch die Shôgunatsregierung nicht stürzen, sondern lenken und war durchaus gegen einen übereilten Versuch, die Fremden zu vertreiben. Sein Vertrauter, Prinz In no Miya, hatte Shimazu Saburo zu Hilfe geholt, aber der geplante große Schlag gegen die Extremisten konnte nicht geführt werden, weil Satsuma die dafür erforderlichen Truppen notwendig bei Kagoshima brauchte. Mittlerweile versuchten jedoch die Chôshûextremisten, den Tennô zu scharfem Vorgehen gegen das Bakufu zu treiben. Das veranlaßte In no Miya zu dem Staatsstreich vom 30. September 1863, der Chôshû seines Einflusses in Kioto beraubte. Die Zahl derer wuchs jetzt zusehends, die gleich den Shôgunatsbeamten die Schließung Yokohamas für unmöglich hielten. Dennoch wagten die meisten noch nicht, diese ihre Meinung laut zu sagen. Einer, der es wagt, war Shungaku von Echizen, der ehemalige Ministerpräsident der Yedoer Regierung. Er sandte eine Denkschrift des Inhalts an den Hof, daß sowohl Kioto als auch Yedo eine falsche Politik befolgten, weil es unmöglich sei, die Abschließung des Reiches noch länger aufrecht zu erhalten. Die Beziehungen zu den Westmächten ohne stichhaltige Begründung abzuberechnen, bezeichnete er als Treubruch. Er sei davon überzeugt, daß der Handel Japan ebenso reich machen werde wie andere Länder. Darum würden er und sein Sohn sich vom Hofe fernhalten, bis derselbe seine Einstellung gegenüber den Fremden geändert hätte.

Zwar machte Shungaku seine Drohung nicht wahr; auch handelte es sich hier um die Worte eines ehemaligen Ministers des Shôguns. Dennoch ist es bezeichnend, daß es schon möglich war, eine derartige Denkschrift nach Kioto zu senden. Diese Tatsache allein zeigt, wie sehr alles in der Umwertung begriffen war, wie weit einige Klans schon zu gehen bereit waren auf dem Wege, den Shimazu Saburô schon durch

die Verhandlungen mit den Engländern eingeschlagen hatte. Die Männer, die in Kagoshima das Ruder herumgeworfen hatten, waren sich selbstverständlich darüber klar, daß auch in der gesamtjapanischen Regierung eine Änderung eintreten mußte, die eine klare Staatsführung gewährleistete. Daß der alte Fürstregent von Satsuma, der zu den wenigen Daimyô gehörte, die nicht vollständig in der Hand ihrer Räte sich befanden, dabei schon entschlossen war, auf den vollständigen Sturz des Tokugawashôgunats hinzuzuarbeiten, kann man aber in Anbetracht der von ihm befolgten Politik nicht annehmen. Hierin unterschied er sich von mehreren seiner Berater, die bald viel weiter gehende Pläne verfolgten. Aber auch die Neuregelung der politischen Verhältnisse, wie er sie anstrebte, hätte eine bedeutende Machteinbuße des Shôgunats und ein entsprechendes Anwachsen der Bedeutung der südlichen Klans im allgemeinen und Satsumas im besonderen bedeutet. Shimazu Saburô kam am 13. November 1863 nach Kioto und scheint sich dort mit den Exfürsten von Tosa, Echizen und Uwajima über die Politik geeinigt zu haben, die sie in Kioto befolgen wollten. Mit solchen Bundesgenossen, die sämtlich shôgunatsfreundlich und gegen die Abschließungspolitik nach außen eingestellt waren, mußte diesem mächtigsten der südlichen Daimyô bei den kommenden Ereignissen eine bedeutende, wenn nicht die entscheidende Rolle zufallen.²²⁵

In der klaren Erkenntnis, daß zur Erhaltung der Einheit und des Friedens das Ansehen des Bakufu wiederhergestellt oder seine Macht auf den kaiserlichen Hof übertragen werden müsse, setzte Shimazu es trotz des starken Widerstandes der Shôgunatsbeamten durch, daß der Shôgun im Februar 1864 nochmals Kioto besuchte, wo er sich bis zum Juni aufhielt. Das Ergebnis dieser Reise war für den Shôgun so günstig, wie das des ersten Besuches demütigend gewesen war. Shimazu Saburô sowie der Fürst von Aizu und die Exfürsten von Echizen, Tosa und Uwajima wurden dem Shôgun als Berater beigegeben. Zwar blieb ihm anbefohlen, Yokohama zu schließen, doch erhielt er gleichzeitig freie Hand gegen Chôshû.

Die Stellung des Shôguns als Untergebener des Tennô wurde bei dieser Gelegenheit erneut bestätigt, aber sie war nun

wenigstens klar. Japan war schon jetzt aus einer Dyarchie zur Monarchie geworden, weil die politische Willensbildung nunmehr eindeutig ihren Ursprung in Kioto hatte. Bei geschickter Ausnutzung der Gegensätze unter den Landesfürsten, besonders zwischen Satsuma und Chôshû, hätte Yedo jetzt, wo sich die Erkenntnis Bahn brach, daß man die auswärtigen Beziehungen nicht abstreifen konnte wie ein Hemd, wo somit seinen Gegnern die gefährlichste Waffe stumpf wurde, seine Machtstellung wieder mehr und mehr festigen können, nicht zuletzt mit Hilfe der vielen Neuerungen, welche die Fremden ins Land brachten. Die Unterstützung der vorerwähnten fünf wichtigsten Daimyô zur Niederschlagung Chôshûs, des gefährlichsten Gegners, wäre dem Shôgun gewiß gewesen, da er ja die Vollmacht zur Bestrafung vom Kaiser erhalten hatte. Auch zur Überwindung des Widerstandes von Kioto gegen die fremden Verträge hätte er die Bundesgenossenschaft der genannten Daimyô sich dadurch erwerben können, daß er sie teilhaben ließ an den gewaltigen Gewinnen, die Yedo bisher allein aus dem Handel in den offenen Häfen gezogen hatte, da sie ja alle in den Gebieten der Hausmacht des Shôguns lagen. Genau wie der Shôgun sich hatte entschließen müssen, die monarchische Autorität des Kaisers unbedingt anzuerkennen und jeden auch nur scheinbaren Versuch einer Usurpation fallen zu lassen, genau so hätte seine Regierung sich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zu einem Stellungswechsel entschließen müssen, der die Machtstellung des Shôgunats als oberstes Exekutivorgan des Tennô sicherte und dafür sorgte, daß der Abbröckelungsvorgang, der seit 1853 mit Macht eingesetzt hatte, sich nicht fortsetzte. Das wäre am leichtesten dadurch zu erreichen gewesen, daß Yedo die mit der Aufgabe der Abschließungspolitik verbundene Machteinbuße durch eine entschlossene Reformpolitik im Innern wettzumachen gesucht hätte. Das Shôgunat hätte für seine Truppen nicht nur die neueste militärische Ausrüstung anschaffen, sondern auch fremde Exerziermeister anstellen müssen. Es hätte sich die besten Fabriken und Vorratslager anlegen und mutig den Anfang machen sollen mit der Aufstellung eines modernen Heeres neben den Samuraitruppen. Yedo hätte diese Neuerung zweifellos leichter durchführen können als die

meisten Klans, in denen der Einfluß und das Standesbewußtsein der Samurai eine Ausdehnung der Wehrfähigkeit auf die unteren Volksschichten fast unmöglich machen mußte. Die werbende Kraft, die ein modernes Heer, das zahlenmäßig klein sein konnte, besonders auf das Besitzbürgertum ausgeübt haben würde, das in den offenen Häfen immer wohlhabender und einflußreicher geworden war, hätte dem Shôgunat sogar neue Unterstützung gewonnen. Wenn damit noch gar die Schaffung eines modernen Beamtentums zusammengegangen wäre, das aus den Samurai hervorgehen konnte, wäre die Durchsetzung des ganzen Staates mit tokugawatreuen Beamten so vollständig gewesen, daß für den Shôgun keine Gefahr mehr in dem Gedanken zu liegen brauchte, hinfort nur noch das ausführende Organ, der erbliche „Reichskanzler“ des Tennô zu sein. Man wende nicht dagegen ein, daß das Shôgunat vom Feudalsystem abhängig war. Die kühnen Reformpläne des letzten Shôguns, die leider zu spät kamen, haben gezeigt, daß die neue Entwicklung sehr wohl von Yedo ihren Ausgang hätte nehmen können. Bei der starken Hausmacht der Tokugawa hätte auch eine wirklich fortschrittlich gesinnte Shôgunatsregierung viel sicherer vorgehen können, als es die kaiserliche Regierung in den ersten Jahren nach der Revolution vermochte. Mußte doch die Regierung des Tennô später jahrelang ohne eigene Macht mit, gegen und zwischen den verschiedensten Klans ihre Ziele, die meist sehr von denen der letzteren abwichen, durchsetzen, allein gestützt auf die Legitimität des Kaisers. Allerdings hätte das Shôgunat, wollte es diesen fortschrittlichen Kurs mit Erfolg steuern, beweisen müssen, daß es an Kaiser-treue von keinem Klan übertroffen wurde. Denn mit dem Tennô hätte es seine Stellung in der neuen Reformaera wohl wieder festigen können, aber gegen den Kaiser, der sich stets auf die eigene Legitimität und die Macht der Shôgungegner stützen konnte, war keine Aussicht mehr, das Shôgunat in einem Zeitalter zwischenstaatlicher Beziehungen, allein auf die Waffen der „Soldaten“ gestützt, noch aufrecht zu erhalten.

Die dem Shôgun erteilte Vollmacht, Chôshû zu bestrafen, ließ seine Gegner nicht ruhen. Chôshûs Sturm auf Kioto wurde aber am 20. August vollkommen zurückgeschlagen, weil Sat-

suma den Shôgunatstruppen zu Hilfe eilte. Der Shôgun hatte überall gesiegt, und seit langem hatte sich die Lage nicht so günstig für Yedo gestaltet wie jetzt.²²⁶ Aber es fehlte der Ii, der die Erfolge zu nutzen fähig und entschlossen gewesen wäre.

Ebensowenig verstand Yedo die Vorteile auszunutzen, die ihm durch das Vorgehen der fremden Mächte zufallen sollten. Seitdem Anfang März 1864 Sir Rutherford Alcock aus Europa zurückgekehrt war, und besonders nach dem Eintreffen des neuen französischen Gesandten, Léon Roches, Ende April, wehte nämlich ein anderer Wind in Yokohama. Alcocks Vorgehen war die Politik eines Mannes, der weitgehende Vollmachten in der Tasche hat, und der gewillt ist, davon Gebrauch zu machen.²²⁷ Die Lage, die der Gesandte vorfand, ist treffend gekennzeichnet durch einen Bericht des Geschäftsträgers Neale vom 1. März,²²⁸ daß die Pläne bezüglich der Fremden, ob Freundschaft oder Feindschaft, wohl nicht einmal von der Regierung des Shôguns oder von den wichtigsten Landesfürsten reiflich erwogen oder beschlossen worden seien. Alcock selber nannte als Früchte der Versöhnungspolitik der Westmächte vermehrte Unsicherheit, ein Ausweisungsedikt und eine neue japanische Gesandtschaft, welche die Unfähigkeit des Shôguns zur Aufrechterhaltung der Verträge betonen sollte.²²⁹ Er glaubte, daß man die Japaner durch rasches tatkräftiges Handeln vielleicht noch abbringen könnte von dem gefährlichen Pfad, den sie gewählt zu haben schienen. Er war deshalb dafür, etwas zu wagen, denn die Alternative sei eine baldige Katastrophe und ein lang sich hinziehender Krieg in naher Zukunft.²³⁰

In einer Unterredung mit drei Mitgliedern des Gorôjû gewann Alcock den festen Eindruck, daß sie wüßten, sie würden stehen oder fallen mit der Austreibung der Fremden.²³²

Die nächste Entwicklung der Ereignisse war zweifellos mit bestimmt durch den Umstand, daß die fremden Vertreter wiederholt Falschmeldungen zum Opfer fielen, während sie den richtigen Mitteilungen der Yedoer Regierung keinen Glauben schenkten.²³¹

Angesichts der drohenden Schließung Yokohamas verständigten sich die Gesandten. Am 18. Mai sandte Alcock Pruyn seinen ersten Entwurf einer Vereinbarung der fremden Ver-

treter.²³³ Die Diplomaten einigten sich bis zum 30. Mai 1864, Maßnahmen zum Schutz der Niederlassung zu ergreifen, falls die Regierung auf erneute Aufforderung das Verlangen der Räumung Yokohamas nicht zurücknähme.²³⁴ Eine gleichlautende Note wies die Yedoer Regierung darauf hin, daß sie mit weiterer Nachsicht der fremden Regierungen nicht mehr rechnen könne, Yedo solle deshalb die von Chōshū aufgerichteten Hindernisse der Schifffahrt in der Binnensee beseitigen. Für alle Schäden und Gewalttätigkeiten werde man die Shōgunatsregierung verantwortlich machen.²³⁵ Die Antwort, die erst am 30. Juni erfolgte, war unbefriedigend. Bezüglich Eröffnung der Binnensee erwäge man ein Eingreifen, müsse aber vorsichtig vorgehen. Die Schließung Yokohamas aber halte man zur Beruhigung des Landes nach wie vor für erforderlich.²³⁶

Ein neues Memorandum²³⁷ vom 22. Juli legte den Standpunkt der fremden Vertreter nochmals ausführlich fest. Gegen Chōshū sollte nach Ablauf einer letzten Frist von 20 Tagen gewaltsam vorgegangen werden. Dabei gaben die Diplomaten zu bedenken, daß dieses entschlossene Vorgehen der Fremden dem Shōgun eine letzte Möglichkeit gebe, den Einfluß wiederzugewinnen, der ihm wider Willen entgleite. Im übrigen einigten sich die Vertreter auf die Neutralisierung Japans und Erhaltung der Vertragsrechte, sowie Maßnahmen zum Schutz der Fremden. Außerdem verpflichteten sie sich, besondere Zugeständnisse, besonders Gebietsabtretungen weder zu verlangen noch anzunehmen. Aber ehe die in langen Verhandlungen zustandegekommene Denkschrift abgesandt werden konnte, zeigte sich eine letzte Aussicht auf friedliche Beilegung der Shimono-sekiangelegenheit.

In diesem kritischen Augenblick kehrten nämlich zwei von fünf Chōshūjünglingen, die zu Studienzwecken nach England geschickt worden waren, nach Japan zurück, um ihren Landesherrn vor den schlimmen Folgen eines Widerstandes gegen die fremden Mächte zu warnen. Die Diplomaten nahmen das Angebot der beiden Japaner — es waren Itō (später Premierminister) und Inoue (später Finanz- und Außenminister) — im Sinne einer friedlichen Beilegung zu wirken, an und sandten sie mit zwei Kriegsschiffen nach Shimonoseki. Das Schreiben

Alcocks, das ihnen mitgegeben wurde, betonte, daß die Fremden nur die Erhaltung der Verträge, aber keine Gebietsabtretungen verlangten, daß sie sich auch um die innere Machtverteilung nicht kümmerten. Die spätere Richtung der englischen Politik kennzeichnende Worte finden sich schon hier: „Neither is there any wish to uphold the Tycoon as the rightful or sole possessor of sovereign power. Still less is there any desire to uphold the Tycoon in his present monopoly of trade, restricting it to his own ports and officials. On the contrary, this is directly opposed to the spirit and the object of all treaties.“²³⁸

Am 6. August brachten sie die Antwort des Fürsten. Er handle unter den Befehlen von Mikado und Shôgun und könne auf die fremden Vorstellungen ohne Erlaubnis nicht antworten, man möge die Operationen doch drei Monate verschieben, damit er nach Kioto gehen und seine Ansichten darlegen könne. Diese mündliche Antwort war in der Tat wenig entgegenkommend.²³⁹

Zwei Tage nach der Rückkehr der beiden Schiffe entschlossen sich die Flottenbefehlshaber zum Vorgehen nach den Richtlinien der Denkschrift. Danach sollten sie die Batterien Chôshûs auch dann zerstören, wenn dieselben nicht feuerten, und sich in keine Verhandlungen einlassen, sowie keine Demonstrationen in der Nähe von Osaka veranstalten.²⁴⁰

Als am 13. August Takemoto, ein hoher Beamter des Außenministeriums, die Gesandten ersuchte, während der Abwesenheit der Flotte Yokohama lieber zu räumen, da der Niederlassung Gefahren drohten, glaubte Alcock plötzlich die Verantwortung für die Entfernung der Flotten nicht mehr übernehmen zu können. Aber schon am nächsten Tag meldete derselbe Beamte, daß keinerlei Gefahr mehr für die Niederlassung bestehe; denn Roches, der sich nicht einschüchtern ließ, hatte Takemoto erwidert, nun müßten die Schiffe statt in vier Wochen, schon in acht Tagen nach den Meerengen abgehen. Im übrigen würden sie nun den Befehl mitbekommen, wenn auch nur ein Schuß gegen Yokohama abgefeuert werde, Osaka und Yedo dem Erdboden gleichzumachen.²⁴¹ Der französische Gesandte, der schon am 22. Juli die Neutralisierung Japans durchgesetzt hatte, behielt auch jetzt die Hand mit am Steuer, in dem Bestreben, ein einseitiges Vorgehen der Engländer in Japan zu verhindern.

Als Brandt sein Verwundern über Roches' Drängen zum Vorgehen ausdrückte, gestand dieser ihm, daß er neben den gemessenen Instruktionen Drouyn de L'huis' direkte Befehle des Kaisers habe. In der Abschiedsaudienz habe er Napoleon gefragt, ob er, wenn sich eine Gelegenheit biete, die japanische Frage durch eine andere Macht mit Waffengewalt lösen zu lassen, nicht sein Möglichstes tun solle, um eine solche Lösung herbeizuführen, sofern er nur Frankreich nicht über die augenblicklich in Japan vorhandenen Streitkräfte hinaus engagiere. Der Kaiser habe ihn darauf ausdrücklich ermächtigt, eine solche Politik zu verfolgen.²⁴²

Gerade am 20. August, als die Kriegsschiffe aufbrechen wollten, kehrte die japanische Gesandtschaft aus Paris direkt zurück. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schien sie die junge entente cordiale der Mächte zerstören zu wollen, denn sie brachte ein Abkommen²⁴³ mit, das sie im 20. Juni in Paris abgeschlossen hatte. Danach verpflichtete sich Japan u. a. zur Zahlung von 140 000 mexikanischen Piastern und zur Öffnung der Straße von Shimonoseki binnen drei Monaten nach Rückkehr der Gesandtschaft, nötigenfalls durch Zusammenarbeit des Shôguns mit dem französischen Admiral.

Sofort wurde das Vorgehen gegen Chôshû ausgesetzt, da der französische Gesandte sich keinesfalls daran beteiligen konnte, wenn die japanische Regierung das Abkommen bestätigte. Die Diplomaten drängten das Bakufu, es solle sich entscheiden, ob der Shôgun ratifizieren werde oder nicht.²⁴⁴ Er ratifizierte nicht.²⁴⁵ Die Gefahr einer dreimonatigen Wartezeit war beseitigt.

Am 28. und 29. August 1864 stach eine Flotte von neun englischen, drei französischen und vier holländischen Kriegsschiffen in See, begleitet von einem kleinen bewaffneten Handelsdampfer, der die amerikanische Flagge zeigen sollte.²⁴⁶ Sie traf nur 14 Tage nach Chôshûs Niederlage bei Kioto (vgl. Seite 81) an den Meerengen ein. Es war, als ob der tiefgebeugte Fürst von Chôshû den Kelch der fehlgeschlagenen Sakokupolitik — die Sakôpartei verlangte die Schließung der Häfen — bis zur Neige leeren sollte. Am Nachmittag des 5. September eröffneten die Schiffe das Feuer und am 8. wurden die beiden

letzten Batterien außer Gefecht gesetzt. Weiteren Demütigungen entging der Klan lediglich deshalb, weil Küper meinte, er hätte nicht genügend Kräfte für Landoperationen zur Verfügung.²⁴⁷

Während der Friedensverhandlungen mit den Karô (erbliche Minister) von Chôshû wurde ein Schreiben des Fürsten überreicht, in dem dieser erneut versicherte, die Beschießung im vergangenen Jahr sei auf Befehl von Mikado und Shôgun erfolgt, er selbst hege keine feindseligen Gefühle gegen die Fremden und wolle den Frieden.²⁴⁸ Eine Unterredung mit dem Fürsten, die für den 14. September verabredet worden war, konnte leider nicht stattfinden, weil er sich nach alter japanischer Sitte wegen der Ungnade des Tennô mit seinem Sohn in die Einsamkeit zurückgezogen hatte.

Die weiteren Verhandlungen führten am 16. September zu einem Übereinkommen,²⁴⁹ in dem Chôshû sich verpflichtete, fremde Schiffe freundlich zu behandeln, die Befestigungen nicht wiederherzustellen und keine neuen zu errichten, und schließlich außer den Expeditionskosten ein Lösegeld für Shimonoseki zu zahlen.

Nach diesem Erfolg kehrten die Schiffe, bis auf ein Kommando, das den Versuch einer Wiederbefestigung der Meerengen verhindern sollte,²⁵⁰ am 20. und 21. September nach Yokohama zurück.

Durch die Demütigung seines Hauptgegners war die Stellung des Shôguns nun tatsächlich wieder derart gefestigt, daß jegliches Hinken nach zwei Seiten sich erübrigte. Am 23. September war Takemoto ermächtigt, zu erklären, daß die Regierung hinfort jedes Doppelspiel fallen lassen werde und die Ratifikation und Aufrechterhaltung der Verträge beim Tennô entschieden verlangen wolle.²⁵¹

Wenn es bezüglich des Kurswechsels in der Politik auch vorläufig bei dem Versprechen der Regierung blieb, so wurde wenigstens die Shimonosekiangelegenheit befriedigend geregelt. Ein Abkommen²⁵² vom 22. Oktober sah die Zahlung von insgesamt drei Millionen Dollars in $\frac{1}{4}$ jährlichen Raten von 500 000 Dollars vor, sofern nicht die Regierung statt der Zahlung Shimonoseki oder einen anderen Hafen der Inlandsee

öffnen wolle. Damit war diese schwierige Frage zumindest vorläufig befriedigend geregelt. Nicht erledigt war die Frage nach der Rechtfertigung des Shimonosekiunternehmens überhaupt.

Schon wenige Tage nach dem Aufbruch der Flotte hatte der englische Gesandte Weisungen vom 26. Juli erhalten, die unfehlbar das Ende des Unternehmens gegen Chōshū bedeutet hätten, wenn sie früher gekommen wären. Lord Russell erklärte sich mit Alcocks Theorie, man müsse dem Krieg durch Krieg zuvorkommen, keineswegs einverstanden. Statt dessen solle der Gesandte den fremdenfreundlichen unter den Ministern des Shōguns sowie unter den Daimyō jede mögliche Förderung und Unterstützung zuteil werden lassen.²⁵³ Ein zweiter Erlaß vom selben Tage gab den direkten Befehl, keinerlei militärische Operationen im Innern Japans zu unternehmen, die britische Regierung würde jede feindselige Maßnahme gegen die japanische Regierung oder irgendeinen Daimyō, auch wenn sie sich auf Vorgehen zur See beschränke, bedauern, es sei denn, daß dieselbe als Akt der Notwehr unbedingt erforderlich wäre.²⁵⁴

Alcocks Berichte vom 21. und 25. Mai hatten die Aufregung in London noch gesteigert, und am 8. August forderte Russell den Gesandten auf, zur Beratung der weiteren Maßnahmen in die Heimat zurückzukehren. Das kam einer Abberufung gleich, zumal der Minister betonte, er sehe in Alcocks Berichten keinen Grund zu der Annahme eines unmittelbaren Versuchs, die Fremden aus Japan zu vertreiben,²⁵⁵ und er verstehe nicht, wozu die Durchfahrt durch die Inlandsee überhaupt erforderlich sei, solange Osaka nicht geöffnet wäre.²⁵⁶ Man kann sich eines Lächelns nur schwer erwehren, wenn man Alcocks Antwort²⁵⁷ auf den Erlaß vom 26. Juli liest, die Punkt für Punkt den Nachweis zu erbringen sucht, daß die von den fremden Vertretern befolgte Politik zwar nicht mit dem Buchstaben, umso mehr aber mit dem Geist der Instruktion übereinstimme. Chōshūs Niederlage habe den fremdenfreundlichen Ministern und Landesfürsten Auftrieb gegeben, während sie in Verbindung mit dem ausdrücklichen Widerruf seiner Fremdenfeindlichkeit durch den Fürsten von Chōshū ein entmutigender Schlag für die ganze Sakokupartei sei.

In der Antwort auf die weiteren Erlasse zeigt er sich als der Meister des Wortes, als den ihn seine Kollegen kannten. Eine Politik, die so große Erfolge aufzuzeigen habe wie seine, führt er am 19. November aus, spreche zu sehr für sich selbst. Er wolle lieber die zeitweilige Zurechtweisung für die scheinbare Abweichung von einer Weisung hinnehmen, die in Unkenntnis der Tatsachen diktiert worden sei, als Verdienst beanspruchen für blinden Gehorsam, dessen Ergebnis Mißlingen und Unglück gewesen wäre. „But whatever forbearance or conciliation may be exercised — however carefully sustained the suaviter in modo, my whole experience of twenty years in the East tells me there must be the fortiter in re to fall back upon. . . . If I am mistaken in this, I have the lesson of all my Eastern life and career to unlearn“²⁵⁸

Russell sah sich genötigt, dem Gesandten seine volle Anerkennung auszusprechen.²⁵⁹ Der rasche und durchschlagende Erfolg der Beschießung von Shimonoseki machte ihm das leicht, denn zweifellos war es wieder einmal in erster Linie die Furcht vor der Opposition gewesen, die im entscheidenden Augenblick die englische Regierung die Folgen der von ihr selbst gegebenen Weisungen fürchten ließ.²⁶⁰ Aber welche Erwägungen für die Haltung der britischen Regierung auch maßgebend gewesen sein mögen, sicher ist, daß kaum je eine Regierung so sehr den Frieden gewollt hat wie die englische gerade zu der Zeit, als ihr Vertreter einen Krieg führte, der für die Revolutionierung Japans und damit des Fernen Osten von größter Bedeutung geworden ist.

7. Kapitel.

Ratifikation der Verträge durch den Tennô.

Die Lage in Japan blieb nach wie vor gespannt. Am 21. November wurden zwei englische Offiziere bei Kamakura ermordet. Die Behörden waren diesmal sehr eifrig bei der Suche nach den Tätern. Auf Alcocks Verlangen wurde der Gouverneur von Kanagawa sogar abgesetzt. Zwei indirekt beteiligte Rônin und einer der beiden Mörder wurden noch im Dezember hin-

gerichtet.²⁶¹ Die Regierung fühlte sich wieder stark genug, um tatkräftig durchzugreifen. Darüber hinaus wollte sie jetzt die Schwäche Chôshûs nach der Niederlage von Shimonoseki benutzen, um die bis 1863 verlorene Macht vollends wiederzugewinnen. Statt sich aber zum Fahnenträger einer westlerischen Reformbewegung zu machen, suchte sie ihr Ziel zu erreichen durch die Wiedereinführung der 1862 aufgehobenen Residenzpflicht der Daimyô in Yedo. Das erregte sogar den Unwillen der treuesten Parteigänger des Bakufu, so daß die Streitkräfte der 21 von Yedo gegen Chôshû aufgebotenen Daimyô während des Krieges wirklich nicht mit dem Herzen bei der Sache waren. Der Feldzug wurde deshalb durch ein recht faules Kompromiß vorzeitig beendet. Gegen einige Zugeständnisse des Klans löste der Oberbefehlshaber der Exekutionsarmee — sehr zum Ärger der Yedoer Regierung — sein Heer im Februar 1865 wieder auf.²⁶²

Mit diesem mangelhaften Erfolg gegen ihren stärksten Widersacher hängt es zweifellos zusammen, daß die japanische Regierung Anfang April mitteilte, daß sie die Zahlung der Entschädigung der Öffnung von Shimonoseki vorziehe; denn solange der Hafen, auf dessen Eroberung sie gehofft hatte, zu Chôshû gehörte, würde Yedo die Öffnung nie zulassen, und wenn es die doppelte Summe hätte zahlen müssen. Der englische Geschäftsträger Winchester bedauerte diese Entscheidung sehr, da die Bezahlung lediglich für fünf bis sechs Jahre ein Mühlstein um den Hals des fremden Handels sein werde.²⁶³ Er arbeitete darauf hin, daß die japanische Regierung statt der zweiten Hälfte oder zwei Drittel der Entschädigungszahlung Hyôgo schon am 1. Januar 1866 öffnen sollte, der Kaiser die Verträge bestätigte und die Einfuhrzölle allgemein auf 5 v. H. gesenkt würden.²⁶⁴ Bisher hatte man die Erhaltung der Shôgunatsregierung für dringend wünschenswert gehalten. „Foreign intercourse can rest on no safer foundation than a recognised connexion with the maintenance and development of the power and influence of the „estate“ with which the Treaties now in force were concluded“.²⁶⁵ Diese Auffassung konnte nicht unerschüttert bleiben durch die Berichte, die der Geschäftsträger jetzt aus SüdJapan erhielt. Danach war nämlich der Fürst von Chôshû an den eng-

lischen Konsul Gower herangetreten wegen des Abschlusses eines Handelsabkommens und der Entsendung einer Gesandtschaft nach England.²⁶⁶

In Chôshû hatte sich seit der Niederlage von Shimonoseki eine Wandlung vollzogen, die auch nicht aufgehalten wurde durch die Machtergreifung der konservativen Partei, die nur durch den Druck des vor den Toren stehenden Shôgunatsheeres möglich gewesen war. Kaum war nämlich die Exekutionsarmee des Shôguns im Februar 1865 wieder aufgelöst, da hatte die shôgunatfeindliche Partei in Chôshû unter der Führung des 25jährigen Takasugi Shinsaku schon wieder die Macht an sich gerissen. Das Werk dieses jungen Mannes verdient deshalb die Erwähnung in unserer Darstellung, weil es mehr ist als ein vollständiger Umschwung der Klanpolitik, weil hier schon Anzeichen des Beginns einer neuen Ära sichtbar sind, weil hier Kräfte sich regen, auf deren Wirksamwerdung wir bei der Yedoer Regierung vergeblich gewartet haben. Der Aufstand Takasugis hatte nämlich fast die Bedeutung einer Revolution des tiers état. Die Truppen, die unter seinen Fahnen fochten, hatte Japan seit Jahrhunderten nicht gesehen. Hier kämpften nicht nur Samurai sondern besonders sogenannte irreguläre Truppen, kriegstüchtige Männer aus allen Ständen des Volkes, die Takasugi mit Erlaubnis der Klanbehörden seit 1863 ausgebildet hatte für den Kampf gegen die Barbaren.²⁶⁷ Was ihnen an Samurai-geist fehlte, das wogen sie später auf durch die heilige Begeisterung für die Kaiseridee, sodaß ihre Waffen hervorragenden Anteil haben an dem Erfolg der Revolution, die den göttlichen Kaiser in seine Rechte wiedereinsetzte und so dem Shintôismus wieder Leben und Inhalt gab in einem neuen Japan. Sie siegten in tagelangen Schlachten über die Samurai der reaktionären Partei, das kleine Volksheer über die Ritter. Diese Truppen müssen in dem neuen Feldzug von 1866 gegen das Shôgunatsheer ausgezeichnet gewesen sein, denn der Verfasser der Kinsei shiryaku rühmt ihren ausgezeichneten Drill und schreibt es dem neuen Militärwesen zu, daß die Übermacht des Shôguns niemals Fuß fassen konnte im Gebiet von Chôshû.²⁶⁸ Aber damit sind wir den Ereignissen schon vorausgeeilt.

Da Takasugi seit dem Augenblick seiner Machtergreifung mit einem neuen Angriff Yedos rechnen mußte, legte er Befestigungen an, holte europäische Ausbilder ins Land — nach Brandt²⁶⁹ befanden sich 1865 200 Europäer in Chôshû-diensten —, hob immer mehr Truppen aus und ließ sie mit europäischen Waffen ausbilden, die nun durch einen gewinnbringenden Schleichhandel von fremden Schiffen ins Land gebracht wurden. Dabei taten die Chôshûbeamten alles Mögliche, um sich den Fremden nützlich zu zeigen.

So sah es 1865 in dem Klan aus, der an fremdenfeindlichem Fanatismus wohl nur von zahlreichen weltfernen Höflingen in Kioto übertroffen wurde, die auf Chôshû ihre Hoffnung gesetzt hatten.²⁷⁰ So sah es in dem Klan aus, wo der Fremdenhaß noch vor kurzem so eingewurzelt war, daß ein Klanbeamter später gestand: „Ich kann es jetzt kaum verstehen, daß ich jemals solche Gefühle gegen menschliche Wesen gehabt habe. Aber wie haßten die Fremden von Anfang an und ohne weiteres“.²⁷¹

Dieser vollständige Umschwung konnte zwar angebahnt werden durch die Lehre von Shimonoseki, er mag noch erleichtert worden sein durch das Schreiben Alcocks (siehe S. 84), das betonte, wie wenig die fremden Mächte das gegenwärtige vom Shôgun errichtete Handelssystem verteidigen wollten, erklärt ist er dadurch noch nicht. Diese Aufschließungspolitik ist nur verständlich durch die Tatsache, daß Chôshû um sein nacktes Sein kämpfte; denn hatte Yedo schon vor dem letzten Chôshûfeldzug mit dem Gedanken einer Aufteilung des Gebietes dieses feindlichen Klans gespielt, so war dieses Schicksal jetzt unabwendbar, wenn das Shôgunat siegte. Es durfte nicht siegen! Die Waffen Europas mußten dem kleinen Klan gegen die Zentralregierung helfen! Wenn man sich diese Zwangslage Chôshûs klargemacht hat, dann verfällt man nicht in den Fehler, die südlichen Daimyô als fremdenfreundlich einer grundsätzlich fremdenfeindlichen Zentralregierung gegenüberzustellen, denn auch sie — und besonders die beiden bedeutendsten — gingen nur unter dem Druck der Ereignisse den Weg der neuen Zeit, die Yedo schon 1853 in die neue Bahn gezwungen hatte. Aber seine Sympathie kann der Historiker dieser kraftvollen jungen Bewegung nicht versagen, die von Chô-

shû ausging als Bahnbrecher für die Wiedererrichtung des alten Kaiserthrones.

Für die Bereitschaft Chôshûs zur Verständigung mit Satsuma war der Wunsch sehr gewichtig, Waffen- und Munitionsgeschäfte durch Vermittlung Satsumas in Nagasaki tätigen zu lassen, wo die scharfen Augen der Shôgunatsbeamten jede Tätigkeit der Chôshûagenten unmöglich machten.²⁷² Wie wichtig dieser Handel war, das geht aus einem Bericht Brandts²⁷³ vom 17. Januar 1866 hervor, wonach „in der letzten Zeit“ durch Kaufleute, die als Agenten von Landesfürsten bekannt waren, Waffenaufkäufe für 150 000 Dollar getätigt worden waren. Brandt glaubte zu wissen, daß die Partei, die „den Fremden als Fremden feindselig“ war, sehr unbedeutend sei. Die Mehrzahl der großen Landesfürsten wolle jetzt den direkten Verkehr mit den Ausländern, sei aber entschieden gegen die bisherige Monopolisierung des Handels in Häfen, die der Botmäßigkeit des Tokugawashôguns direkt unterständen, da dieses System der Regierung bedeutende Vorteile verschaffe, während die Preissteigerung und andere aus dem erweiterten Außenhandel sich ergebenden Nachteile ausschließlich diejenigen drückten, die von der Teilnahme am Verkehr ausgeschlossen seien.

Nachdem die Ansichten der südlichen Daimyô sich so gründlich geändert hatten und Chôshû auf ein Auskommen mit Yedo durchaus nicht mehr rechnen konnte, ist es nicht verwunderlich, daß es sogar den Abschluß zwischenstaatlicher Verträge mit den fremden Mächten anstrebte.

Am 11. Mai konnte der englische Geschäftsträger nach London berichten, daß Chôshû beabsichtige, sich den Handel mit den Fremden umso weniger verbieten zu lassen, als der Shôgun dazu gar nicht berechtigt sei, solange er selbst die Sanktion des Tennô für seine Verträge nicht habe.²⁷⁴ Gegenüber japanischen Regierungsbeamten äußerte Winchester, seine Regierung hätte gewünscht, das Ansehen des Shôgunats vermehrt zu sehen, aber unter der Voraussetzung, daß es eine fremdenfreundliche Politik treibe.²⁷⁵ Er versuchte, ihnen klar zu machen, daß es durchaus in ihrem Interesse liege, den Mikado und die Daimyô an den Vorteilen des Außenhandels teilhaben zu lassen, weil sie dadurch den inneren Frieden wiederherstellen könnten. Yedo

könne seine Herrschaft ja auch mit ganz anderen Mitteln sichern, als bisher geschehen sei. Der Geschäftsträger empfahl ihnen die Errichtung eines stehenden Heeres und Schaffung eines Mittelstandes, zumal diese Politik sich schon vor Jahrhunderten in England und Frankreich zur Überwindung der Herrschaft des Feudaladels und halb unabhängiger Fürsten bewährt habe.²⁷⁶ Im übrigen erklärte er sich bereit, die Sympathien und das Wohlwollen, das die britische Regierung für die des Shôguns hege, unter Beweis zu stellen.²⁷⁷

Dazu war bald Gelegenheit; denn Ende Mai rief der Shôgun erneut zum Kampf gegen Chôshû auf. Yedo war nämlich beunruhigt durch die Verständigung, die sich zwischen Satsuma und Chôshû anbahnte, und die das Werk Saigô Takamoris, des genialen Ratgebers Shimazu Narikiras, war. Schon 1858 war Saigô in geheimem Auftrag für seinen Fürsten in Kioto gewesen. Sein Wirken in Satsuma war aber unmöglich geworden — er war Loyalist —, sobald die shôgunatfeindliche konservative Regierung des Regenten Shimazu Saburô nach Nariakiras Tod 1858 die Macht übernommen hatte. Er hatte in die Verbannung gehen müssen. Nur ungern gab Shimazu Saburô nach der Schlacht von Kagoshima dem Drängen der zahlreichen Freunde Saigôs nach und gestattete seine Rückkehr.

Tatsächlich brachte Saigôs Wiederauftreten eine Wende in der Politik mit sich, indem Okubo und Komatsu, die beiden Hauptberater Saburôs, nun auch an der Richtigkeit der bisher von ihnen vertretenen Politik der Aussöhnung von Yedo und Kioto zu zweifeln begannen.²⁷⁸ Saigô hielt es für hoffnungslos, daß die Regierung des Shôguns die Fremdenfrage befriedigend regeln und die Unabhängigkeit oder gar das Ansehen des Reiches aufrecht erhalten würde. Immer mehr nahm er, der Loyalist, gemeinsam mit Okubo und Komatsu die Zügel der Regierung in die Hand, während der Einfluß Shimazu Saburôs im gleichen Maße sank.

Die Anbahnung guter Beziehungen zu Chôshû stieß auf fast unüberwindliche Hindernisse. Der Haß zwischen den beiden Klans war zu groß. Achtmonatige Vermittlungsverhandlungen des Tosamannes Sakamoto waren erforderlich, bis der Vertrag endlich am 9. März 1866 von Kido für Chôshû und von Saigô und Komatsu

für Satsuma unterzeichnet werden konnte. Das Abkommen sah die Zusammenarbeit der beiden Klans vor für das Wohl des ganzen Reiches und zur Wiederherstellung der kaiserlichen Macht und ihres Ansehens.²⁷⁹

Die umstürzende Wirkung, die dieses Bündnis der entscheidenden Männer der beiden mächtigsten Klans für die Umgestaltung Japans gehabt hat, kann schwerlich überschätzt werden. Yedo konnte nicht nur nicht mehr auf die Unterstützung Satsumas rechnen, das sich weigerte, auch nur einen Mann gegen Chôshû zu stellen,²⁸⁰ sondern auch andere Klans, darunter Owari und Echizen waren gegen das Unternehmen. Yedo blieb somit ohne die Unterstützung, der es seinen letzten Erfolg in Kioto allein zu verdanken gehabt.

Damit wurde der bevorstehende Kampf noch mehr das, was Saigô schon aus einer Aufteilung Chôshûs allein befürchtet hatte: die Entscheidung über die innere Gestaltung Japans. Denn der Sieg des Shôguns, urteilte Brandt, werde die großen, bisher „reichsunmittelbaren“ Daimyô in ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis zu Yedo bringen, während ein Sieg der Fürsten neue Dynastien auf Kiushiu und im Westen des Reiches erstehen lassen würde, die nur noch in einem nominellen Lehensverhältnis zum Mikado stehen würden.²⁸¹

Am 21. Juni einigten sich die Diplomaten auf Verhinderung der Wiederbewaffnung der Befestigungen in den Meerengen, Nichteinmischung in die militärischen Maßnahmen der Japaner und Unterstützung des Shôguns bei der Unterdrückung des unerlaubten Handels, besonders mit Kriegskonterbande.²⁸² Besonders die letzte Bestimmung sollte eine moralische Unterstützung des Shôguns sein.²⁸³ Brandt, der unbeteiligte Außenseiter, verurteilte die Denkschrift, weil sie die Grenzen überschreite, innerhalb der sich Neutrale zu bewegen hätten. Sie bezeichne den Fürsten von Chôshû als Rebellen — das war er durch die Edikte des Tennô — und Vasallen des Shôguns, während er nur Vasall des Mikado sei. Außerdem hindere sie den Fürsten, Verteidigungsmaßregeln in der Straße von Shimonoseki zu treffen. Brandt fürchtete, daß lediglich ein erneutes Anwachsen der fremdenfeindlichen Stimmung unter den Landesfürsten die Folge sein werde.²⁸⁴

So war die Lage, als der Mann nach Japan kam, der einen so großen Einfluß auf die Politik des Landes ausgeübt hat, wie kein fremder Diplomat nach ihm: Sir Harry Parkes. Die Weisungen, die er erhalten hatte, waren so unbestimmt wie nur möglich: Erhaltung der von seinem Amtsvorgänger errungenen Vorteile.²⁸⁵ Die ersten Besprechungen, die er mit Japanern hatte, fanden mit Chôshûoffizieren statt.²⁸⁶ Er war der erste Diplomat, dessen politische Erfahrungen nicht in der Atmosphäre von Yedo begannen. Das sollte sich bald auswirken, zumal auch die englische Regierung aus den Berichten der beiden Expeditionen den Eindruck gewonnen hatte, daß der Widerstand der Daimyô, über den Yedo klagte, und dem man immer wieder Rechnung getragen hatte, nicht mehr dem fremden Handel überhaupt, sondern nur den Monopolen des Shôguns galt. Unter diesen Umständen wollte die britische Regierung nicht mehr zulassen, daß ihre Untertanen von einem Handel ausgeschlossen blieben, der den betreffenden Daimyô selbst erwünscht war.²⁸⁷

Am 26. Oktober einigten sich die fremden Vertreter, der Regierung die Rückgabe von zwei Drittel der Entschädigung gegen sofortige Öffnung von Hyôgo und Osaka, Ratifikation der Verträge durch den Tennô, sowie Festsetzung der Zölle bei 5 v. H. anzubieten. Da der Shôgun mit vier der fünf Reichsräte in Osaka weilte, entschlossen sich die Vertreter, dort die nötigen Verhandlungen zu führen.²⁸⁸ Vergeblich kam der einzige Minister des Gorôjû, der in Yedo geblieben war, nach Yokohama, um ihnen den Plan auszureden.

Am 1. November verließ eine Flotte von fünf englischen, drei französischen und einem holländischen Schiff Yokohama und kam am 4. November vor Hyôgo an. Am 11. hatte der Minister Abe Bungo no kami an Bord des englischen Flaggschiffes mit dem englischen, amerikanischen und holländischen Vertreter, und an Bord des französischen Flaggschiffes mit Roches eine Unterredung. Nachdem die Gesandten ihm ihre Wünsche eindringlich dargelegt hatten, sagte ihnen der Minister, daß der Widerstand gegen den Verkehr mit dem Ausland immer noch sehr groß sei, weshalb auch die Bestätigung der Verträge bisher nicht durchzusetzen gewesen und an eine Öffnung von Hyôgo und Osaka noch nicht zu denken sei. In-

dessen könne man insofern einen Fortschritt verzeichnen, als die Daimyô nicht mehr aktiven Widerstand verlangten, sodaß alle Schwierigkeiten aufhören würden, wenn nur erst die Zustimmung des Mikado zu den Verträgen erreicht wäre.²⁸⁹ Die Gesandten wiederum betonten, daß die Erleichterungen des Londoner Protokolls von 1862 an gewisse Bedingungen geknüpft gewesen seien, denen die Japaner nicht nachgekommen wären, sodaß man nun die sofortige Öffnung verlangen könne, wobei Japan die 2 Millionen Dollar noch obendrein zu zahlen hätte.

Die klare Sprache der Gesandten überzeugte den Shôgun und seine Minister, daß die Bestätigung der Verträge durch den Kaiser unentbehrlich geworden war. Abe ließ sich am 14. wegen Krankheit entschuldigen und die fremden Vertreter ersuchen, 14 Tage zu warten, da die Verhandlungen des Shôguns in Kioto längere Zeit in Anspruch nehmen würden. Sie bewilligten 10 Tage.²⁹⁰

Am Abend des 19. November erfuhren die Gesandten, daß die Verhandlungen in Kioto eine so unglückliche Wendung genommen hätten, daß Abe und Matsumae, die Leiter der Außenpolitik des Shôguns, vom Mikado abgesetzt worden wären.²⁹¹ Dem war folgendes vorhergegangen: Hitotsubashi, der „Beschützer des kaiserlichen Palastes“ und Fürst Aizu, der Militärgouverneur von Kioto, verbündet mit In no Miya, dem Vertrauten des Kaisers, waren seit einiger Zeit in Kioto bemüht gewesen, die Zustimmung des Hofes für ihre Chôshûpolitik zu erhalten. Durch die nun von Hyôgo aus vorgebrachte Forderung der beschleunigten Öffnung von Osaka und Hyôgo drohte sich die Zahl ihrer Widersacher noch zu vergrößern. Hitotsubashi erklärte deshalb, man könne die Öffnung noch verschieben und eilte nach Osaka, wo er am 14. November den Ministern Abe und Matsumae die Vornahme von Amtshandlungen untersagte, weil sie durch ihr Entgegenkommen die Diplomaten in ihren Forderungen nur noch ermutigt hätten. Bei seiner Rückkehr nach Kioto erhielt er einen kaiserlichen Erlaß, der sie ihres Ranges und Amtes entkleidete. Diese Absetzung von Ministern des Shôguns durch den Tennô war so unerhört, daß der Shôgun sofort sein Amt niederlegte und gleichzeitig in einer Denkschrift die Notwendigkeit der Öffnung des Reiches für den

Weltverkehr betonte.²⁹² Die fremden Vertreter, die von der Absetzung gehört hatten, richteten am 21. noch eine gleichlautende Note an den Shôgun, in der sie feststellten, daß sie das Ausbleiben einer Antwort innerhalb der festgesetzten Frist als Ablehnung ansehen würden, die ihnen freie Hand gäbe.²⁹³

Diese Note kam erst am 23., einen Tag, nachdem der Kaiser die Bestätigung der Verträge vollzogen hatte, in die Hände des Shôguns.²⁹⁴ Die Entscheidung war in der Nacht des 21. gefallen. Die Wirkung des Rücktrittsangebots des Shôguns Iemôchi war nämlich noch verstärkt worden durch gleiche Denkschriften²⁹⁵ Hitotsubashis, Aizus, Kuwanas und des Shôgunministers Ogasawara, die betonten, daß sie nicht so sehr aus Sorge um die Erhaltung des Bakufu als um der Sicherheit des Thrones willen sich für die Ratifikation der Verträge durch den Mikado einsetzten. Sie betonten, daß es für Japan ganz unmöglich sei, den vereinigten Heeren der Welt erfolgreichen Widerstand zu leisten. Als sich dann sogar eine große Mehrheit der Vertreter von 15 führenden Klans dafür ausgesprochen, hatte der Kaiser die Verträge mit folgenden Worten gutgeheißen: „Die kaiserliche Genehmigung wird den Verträgen erteilt. Ihr sollt darum die nötigen Maßregeln mit Bezug hierauf treffen“. ²⁹⁶ Ein Zusatzartikel stellte jedoch fest, daß der Tennô mit gewissen Bestimmungen nicht einverstanden sei. Es solle nach sorgfältiger Prüfung darüber ein Bericht gemacht werden. Der Kaiser wolle erst entscheiden, nachdem auch die Klans die Frage erörtert hätten. Die Frage der Öffnung Hyôgos müsse fallen gelassen werden.²⁹⁷

Die Schwierigkeiten, unter denen der Shôgun die Bestätigung des Kaisers erhalten hatte, waren groß genug gewesen. Bis zum letzten Augenblick hatte sein Minister Ogasawara erregte Erörterungen mit den Vertretern zahlreicher Klans gehabt, hatte aber endlich doch eine Mehrheit für die Bestätigung gefunden.²⁹⁸ Die führenden Männer in den großen Klans des Südens, die sich selbst den Vorteil europäischer Waffen zunutze machten, waren selbstverständlich keine grundsätzlichen Gegner der Fremden mehr. Da ihre Gegnerschaft gegen das Shôgunat sich aber inzwischen noch verstärkt hatte, gingen sie in Kioto

im allgemeinen doch noch mit den grundsätzlich fremdenfeindlichen Landesfürsten zusammen und bestärkten die bornierten Hofadligen in ihren fremdenfeindlichen Gedankengängen, mit der Absicht, dem Shôgun dadurch bei den Fremden Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn sie auch einsahen, daß die Lage zu kritisch war, um einen weiteren Aufschub der Ratifikationen durch den Tennô zu gestatten, so änderten sie deshalb nicht die Stellung, die sie gegen Yedo bezogen hatten. Sie ist klar gekennzeichnet durch einen Brief der Satsumavertreter, die sich dem Kaiser als Avantgarde gegen die Fremden anboten und besonders vor der Öffnung Hyôgos warnten,²⁹⁹ wozu sie aber wohl weniger die Sorge um Kioto — wie sie vorgaben — als um den eigenen Handelsnutzen veranlaßt hatte. Denn sie mußten in Hyôgo einen unangenehmen Wettbewerber mit Kago-shima sehen, dessen baldige Öffnung sie erhofften.

Am Nachmittag des 24. November wurde den Gesandten von zwei Ministern des Shôguns die Bestätigung der Verträge mitgeteilt, bezeichnenderweise ohne die Zusatzartikel, die eine Revision der Verträge verlangten und die Öffnung von Hyôgo verboten. Die japanischen Bevollmächtigten sagten außerdem die Herabsetzung der Zölle auf im allgemeinen 5 Prozent zu, jedoch ziehe die Regierung des Shôguns die Zahlung der Entschädigung der Öffnung von Hyôgo und Osaka vor.³⁰⁰

Mit diesem Erlaß war endlich erreicht, daß die Daimyô nicht mehr die fremdenfreundliche Politik des Shôguns als Vorwand für ihre Abneigung gegen das Tokugawasystem verwenden konnten. Die Vertragsmächte waren andererseits nicht mehr von der Erhaltung der Shôgunatsregierung abhängig, denn mit dem gleichen Widerstreben, wie vor gut einem Jahrzehnt der Shôgun, hatte jetzt auch der Tennô zu der neuen Entwicklung ja sagen müssen. Aber 1853/1854 wie 1865 hatte es des Druckes der Kanonen eines stattlichen Geschwaders bedurft, um die Wandlung zu bewirken. Perrys Werk wurde durch Parkes vollendet. In beiden Fällen wurde die Wende gemarkt durch den Tod des Leiters des japanischen Staatswesens. Zu Perrys Zeit starb der Shôgun, nicht sehr lange nach Parkes' Erfolg sank der alte Mikado ins Grab.³⁰¹

8. Kapitel.

Japan im Umbruch.

Der englische Gesandte, der nach seiner Abfahrt von Hyôgo auch Shimonoseki und Nagasaki berührte, konnte sich bald überzeugen, daß die Daimyô hinfort ihren Kampf gegen die Verträge, auch wo er nur Vorwand gewesen war, aufgeben würden. Einige Chôshûoffiziere gaben zu, daß die ihnen gezeigte Bestätigung des Kaisers von den Daimyô geachtet werden würde.³⁰² Hier machte er wohl auch zum erstenmal die Erfahrung, die ihn in den beiden folgenden Jahren niemals zu weit gehen ließ in der Freundschaft mit den Landesfürsten des Südens. Dieselben Chôshûoffiziere, die dem Konsul Gower die überraschenden Eröffnungen gemacht hatten (s. S. 89/90), stellten das plötzlich als ihre Privatmeinung hin. Sein Gesamteindruck war, daß die Daimyô sich zum großen Teil noch gar nicht bewußt waren, wozu internationale Verträge verpflichteten, sodaß direkte Beziehungen der Mächte zu den Landesfürsten dem Gesamthandel leicht schädlich werden könnten, indem die verschiedenen Daimyô dem Einfluß einzelner Mächte erlügen.³⁰³ Der kluge Parkes setzte keineswegs so vorbehaltlos auf die Karte des Südens, wie die „jungen Leute“ es bald taten, die er als Werkzeuge benutzte.³⁰⁴ Bis zum letzten Augenblick vermied er den Fehler seines Gegenspielers Roches. Erst als das Shôgunat gestürzt war, bekannte er sich ganz zu der Richtung seiner Politik, welche die Fühlung zum Süden hielt.

Obwohl die Ratifikation der Verträge die Stellung der Yedoer Regierung erheblich verbessert hatte, war ihre Lage noch schwierig genug. Immer noch stand Chôshû unbesiegt, und die Fürsten von Kiushiu erklärten unverhohlen, sie würden sich am direkten Verkehr mit den Fremden nicht mehr hindern lassen. Satsuma hatte auf den Ryûkyû-Inseln Zuckerfabriken unter europäischen Aufsehern errichtet, und fortwährend verbesserten die südlichen Daimyô ihre Kriegsrüstung, während es dem Shôgun an Geld mangelte. Letzterer hatte zwar große Mengen Gewehre und Kanonen gekauft und sein Heer zum großen Teil in europäische Hosen gesteckt, aber all diese Truppen hat-

ten sich gegen Chôshû als unbrauchbar erwiesen, weil es an der gehörigen Ausbildung fehlte. Brandt meinte, selbst eine Veränderung in der Person des Shôguns könne die Krise nur aufschieben, nicht mehr verhindern. Er hielt den Einfluß, den Roches durch seine persönliche Politik auf die japanische Regierung gewonnen hatte, für den wahren Interessen Japans höchst gefährlich, weil diese Politik nicht wenig dazu beigetragen habe, die Regierung in eine falsche Bahn zu drängen und ihr die Sympathien der anderen, besonders des englischen Vertreters, zu nehmen. Auf der anderen Seite könnte der Versuch der Fürsten, ihre Unabhängigkeit wieder zu erlangen, sich für den Handel nur vorteilhaft auswirken.³⁰⁵ Auch Parkes berichtete von großer Aktivität der shôgunfeindlichen Daimyô, war zu dieser Zeit aber über ihre Ziele noch keineswegs im klaren.³⁰⁶

Das waren die Auspizien, unter denen im Januar 1866 die Verhandlungen um den Zolltarif begannen. Die Yedoeer Regierung war sehr entgegenkommend, da sie sich der Fremden jetzt zur Stützung ihrer Macht bedienen wollte. Aber vorerst waren sich die fremden Vertreter untereinander noch nicht einmal einig.³⁰⁷ Dennoch wurden die Verhandlungen, in denen Parkes wieder die Führung übernahm, im unverhältnismäßig kurzer Zeit erfolgreich beendet.³⁰⁸ Der allgemeine Zollsatz wurde auf 5 v. H. herabgesetzt und für 89 aufgezählte Gegenstände der Einfuhr und 53 der Ausfuhr ein fester Zollsatz vereinbart. Die Japaner willigten außerdem in die Errichtung von Lagerhäusern für unverzollte Waren. Eine freie Münze sollte vom 1. Januar 1868 an errichtet werden. Damit wurden die von der preußischen Gesandtschaft schon 1863 mit Recht so scharf verurteilten Mißstände endgültig beseitigt. Fremde Münzen konnten jetzt mit einem Umprägediscount gegen japanische umgewechselt werden. Außerdem wurden alle Handelsbeschränkungen aufgehoben und freier Handel mit den Fremden allen Japanern gestattet.

Über diesem Abkommen lagert schon schattenhaft der Geist der neuen Ära Nippons, denn bezeichnenderweise kommt das Wort Taikun oder Shôgun hier nicht mehr und das Wort Kaiser noch nicht vor. Es ist nur von der Regierung von Japan die

Rede, ein zutreffender Ausdruck in jedem Fall, wer auch als Souverän regieren möchte. Der Zollvertrag,³⁰⁹ der am 25. Juni 1866 unterzeichnet wurde, löste die Harriskonvention mit allen späteren Änderungen ab und bildete infolgedessen einen Teil der Verträge. Er sollte am 1. Juli 1872 den erforderlichen Abänderungen unterworfen werden.³¹⁰ Es ist hier nicht der Ort, einzugehen auf die Unzulänglichkeiten dieses Vertrages, der in seiner Auswirkung die Japaner sehr benachteiligt hat. Ihm kommt aber deshalb besondere Bedeutung zu, weil hier rein wirtschaftliche Abmachungen mit den politischen Verträgen so verkoppelt wurden, daß sie fast drei Jahrzehnte lang eine Quelle unerfreulicher politischer Spannungen wurden.

Da Chôshû sich dem Schiedsspruch seiner Tokugawarichter nicht beugte, wurden im Juli 1866 die Feindseligkeiten eröffnet. Dabei zeigte sich, daß die Chôshûtruppen ihren Gegnern trotz ihrer Minderzahl überall erfolgreich widerstanden. Der Tod des Shôguns im September rettete deshalb sein Heer aus einer schwierigen Lage, indem er den Tennô veranlaßte, die vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten zu befehlen.³¹¹ Im Februar 1867 wurden schließlich wegen der Landestrauer um den Tod des Kaisers Kômei sämtliche Truppenverbände aufgelöst.

Während Parkes in diesem Streit neutral geblieben war, hatte Roches sich immer wieder um eine Vermittlung zwischen Yedo und Chôshû bemüht. Ein gemeinsamer Besuch der beiden Diplomaten bei Chôshû unterblieb nur deshalb, weil Chôshû mit der Begründung abwinkte, daß die Zeit der Verhandlungen schon vorbei sei.³¹² Roches ging dann so weit, wie Parkes bald aus „guter eingeborener Quelle“ erfuhr,³¹³ dem Shôgun Unterstützung anzubieten.³¹⁴ Der französische Druck auf Chôshû hatte wohl besonders deshalb nicht den erhofften Erfolg, weil seit längerer Zeit bekannt war, daß England sich nicht in die innerjapanischen Verhältnisse einmischen wollte. Seitdem Parkes sogar der Einladung nach Satsuma gefolgt war, rechnete Chôshû wohl sogar mit dem Wohlwollen der Briten; denn der Besuch des englischen Gesandten zu dieser Zeit bei dem Klan, der es abgelehnt hatte, auch nur einen Mann für das Heer gegen Chôshû zu stellen, war in der Tat das Äußerste, was ein fremder Diplomat noch tun konnte, um zu zeigen, wie wenig er sich an die derzeitige Regierung binde.

In Anbetracht der Sympathien, welche die jüngeren englischen Gesandtschaftsmitglieder der Sache des Südens entgegenbrachten, ist es interessant, zu beobachten, daß auch in London ein Umschwung in der Betrachtung der japanischen Angelegenheiten sich durchsetzte. Sobald Parkes' Bericht Nr. 72 aus Shanghai (siehe S. 99) in London eingegangen war, teilte das Foreign Office ihm mit, daß Sonderverhandlungen mit den Daimyô nicht erwünscht seien. Der Gesandte wurde an den Shôgun verwiesen, dem er die Schaffung einer Mittelklasse empfehlen sollte.³¹⁵ Die erstere Mahnung wird zwar am 9. April wiederholt, aber gleichzeitig wird der Gesandte angewiesen, sich weder für den Shôgun noch für Satsuma-Chôshû zu entscheiden, da die englische Regierung nicht politischen Einfluß in Japan suche, sondern die Entwicklung des Handels wünsche. Er solle die Daimyô ermutigen, gemeinsam mit Mikado und Shôgun die Ursache des inneren und äußeren Streites zu beseitigen, indem sie das Abschließungssystem aufgäben, das sonst leicht zu innerem und äußerem Krieg führen könnte.³¹⁶

Die Nuance, durch die sich beide Erlasse unterscheiden, wird gewichtig, wenn man einen Brief des Unterstaatssekretärs Hammond an Parkes hinzuzieht, der zwischen beiden Erlassen liegt.³¹⁷ Danach wünschte man in London Parkes' Gutachten zu den Äußerungen eines Japaners, der von dem Fürsten von Satsuma beauftragt sein wollte, den Weg für einen ausgedehnten Handel freizumachen. Aber ehe Parkes dazu Stellung nehmen konnte, hatte Lord Clarendon, der englische Außenminister, sich durch den Japaner von den guten Absichten der Daimyô überzeugen lassen. Lord Clarendon ließ Parkes anweisen, daß die japanische Regierung, die zwischen der Feindschaft der Fremden und der Daimyô stehe, beiden Gefahren entgehen könne, wenn sie den Landesfürsten zubillige, was nur ihr moralisches Recht sei. Dies festzustellen, sei möglich im Wege einer freien Erörterung zwischen Mikado, Shôgun und den Daimyô. Wenn Parkes' Ratschläge zur Herbeiführung einer solchen Einigung dem Einwand begegnen sollten, daß auf Seiten der Daimyô eine Verständigungsbereitschaft, die den Shôgun zu einer derartigen Politik ermutigen könnte, nicht bestehe, solle er anraten, die Richtigkeit des Einwandes durch eine direkte

Eröffnung an den Fürsten von Satsuma und andere einflußreiche Daimyô zu beweisen. Jedoch solle er keinesfalls die Quelle seiner Wissenschaft angeben, denn „the change of system, if change can be brought about, must appear to originate with the Japanese alone“.³¹⁸

Während London sich mehr und mehr von der Politik der unbedingten Stützung des Shôgunats zu lösen begann, zeigten Parkes' letzte Berichte aus der Zeit der Zollverhandlungen wieder Vertrauen zu der Ehrlichkeit des Shôguns.³¹⁹ Aber dieser war immer mehr von Kioto abhängig geworden, das selbst auf keine eigene reale Macht sich stützen konnte. Unter solchen Umständen wurde die Frage entscheidend, ob es gelingen würde, eine starke Zentralregierung zu schaffen, die das Land tatsächlich beherrsche. Parkes fühlte, daß das Veränderungen bedingte, die kaum ohne einen scharfen Kampf denkbar waren. Mitte Mai nahm er durch einen Besuch in der Yedoer Residenz des Fürsten von Satsuma direkte Beziehungen zu diesem mächtigen Daimyô auf. Er glaubte nämlich, daß so etwas wie eine Daimyôkammer entstehen müsse, mahnte seine Regierung aber schon am 29. Mai dringend, die Eröffnungen des Satsumaagenten vorsichtig aufzunehmen.³²⁰ Er sei zwar auch für die Anbahnung direkter Beziehungen zu den Landesfürsten, wisse aber noch nicht, ob die Daimyô solche überhaupt wünschten. Man müsse ihnen noch zeigen, daß die fremden Sympathien denjenigen gehörten, die die Verträge beachteten.

Wie gern Parkes' Fühlungnahme mit den südlichen Daimyô in London gesehen wurde, zeigt ein Erlaß vom 7. Mai.³²¹ Obwohl sie veranlaßt war durch die Mitteilung des französischen Auswärtigen Amts, daß der kaiserliche Gesandte in Japan, Roches, sich über seine Kollegen beschwert habe, die in Widerspruch zu Geist und Buchstaben der Verträge sich mit den Daimyô einließen, beschränkte diese Weisung sich darauf, Parkes zu ermahnen, vorsichtig vorzugehen bei jedem Versuch, eine Verständigung zwischen Mikado, Shôgun und den Daimyô herbeizuführen.

Seit seinem Besuch im Süden wußte der englische Gesandte, daß der Tennô jetzt der unbestrittene Souverän in Japan war und der Shôgun nur noch sein Berater.³²² Um auch fernerhin

über alle Vorgänge gut unterrichtet zu bleiben, schickte er seine Dolmetscher auf Reisen; „denn“ — schreibt Satow — „in Yedo waren wir zu weit entfernt vom politischen Mittelpunkt“.³²³

Es war allgemein bekannt, daß Hitotsubashi nur unter gewissen Bedingungen sich bereit erklärt hatte, das Shôgunat zu übernehmen. Er hatte vor allem vom Kaiser freie Hand in inneren und äußeren Angelegenheiten verlangt. Schon ehe er formell zum Shôgun ernannt worden war, sammelte er die Männer der Regierung um sich, die in Europa gewesen waren und nahm die europäische Ausrüstung seiner Truppen in Angriff.³²⁴ Die Bedingungen, die er dem Tennô stellte, zeigen, daß es wohl niemand in Japan gegeben hat, der die Verhältnisse besser übersehen hätte, als der angehende Shôgun. Unglücklicherweise hatte kürzlich sein Zusammengehen mit Satsuma, das ebenso reformfreudig war wie er selbst, ein Ende gefunden, als er festgestellt hatte, daß dieser Klan nicht nur eine Regierungsreform, sondern auch einen Dynastiewechsel im Shôgunat anstrebte. Vor einer Versammlung der Daimyô in Osaka erklärte er, daß er als Shôgun ihre Hilfe und Ergebenheit für sich als den rechtmäßigen Verwalter der Regierung erwarten werde. Hier schon äußerte er, daß man den Fremden zeigen müsse, daß Japan ebenso bereit und entschlossen sei, die Vertragsbedingungen zu erfüllen wie jene.³²⁵ Scharen von Japanern bevölkerten jetzt die Hauptstädte Europas, um die Kenntnisse des Abendlandes in ihre Heimat zu bringen. In kurzer Zeit konnte das Heer des Shôguns durch die neuzeitliche Ausbildung wieder stärker sein als die Truppen aller Klans. Es war vorauszusehen, daß die Zeiten bald vorbei sein würden, wo die Regierung über 300 000 Gewehre, aber nur über 10 000 Mann halbeuropäisch bewaffneter Truppen verfügte, weil die meisten Shôgunatstruppen auf das Gewehr als eine Waffe der Feiglinge verzichteten.³²⁶ Die großen Planungen Hitotsubashis entsprangen nicht etwa dem Wunsch, Kioto zurückzuerringen und mit unüberwindlichen Waffen die alte Macht des Tokugawashôgunats wieder herzustellen. Vielmehr lag die Anerkennung der Macht des Tennô durchaus in seiner Absicht. Er war Realpolitiker genug, das Vergangene nicht aus den Gräbern holen zu wollen. Der Prinz des Hauses Mito, als der Hitotsubashi aufgewachsen war, hatte den Gedanken unbe-

dingter Treue zum Thron seit frühester Jugend in sich aufgesogen. Sein späteres Verhalten hat klar genug gezeigt, wie sehr das Grundgesetz des Mitohauses sein Handeln bestimmte, das besagt: „Wenn das Shôgunat unglücklicherweise die Waffen gegen den Kaiser erheben sollte, dann müssen unsere Nachkommen den Wahlspruch befolgen „Ergebenheit (Loyalität) kennt keine Blutsverwandtschaft“.³²⁷ Für den letzten Shôgun gab es nicht mehr die Frage: mit oder gegen Kioto. Er sah sich als Regenten im Auftrage des Tennô, dem Rechenschaft für jede Handlung abzulegen er jederzeit bereit sein mußte. Ebenso wenig wollte er ohne oder gegen die Klans regieren. Durch ein D a i m y ô - P a r l a m e n t wollte er ihnen eine Einflußnahme auf die Zentralregierung ermöglichen, diesen selben Einfluß dadurch aber auch begrenzen.

Kaum war er im Januar 1867 in sein Amt eingesetzt, da wurde durch den Tod des alten Kaisers eine ganz neue Lage geschaffen. Zwar war mit dem Tod des Kaisers Kômei ein bedeutendes Hindernis gegen jegliche fortschrittliche Außenpolitik beseitigt, für Hitotsubashi und seine gewaltigen Reformpläne war der Tod des Tennô in diesem entscheidenden Augenblick dennoch ein furchtbarer Schlag; denn der 14½ jährige neue Kaiser stand vollkommen unter dem Einfluß der erbittertsten Feinde Yedos am Hofe von Kioto. Es gelang dem Shôgun nicht, der Schwierigkeiten Herr zu werden, weil der Versuch einer Verständigung mit den Daimyô scheiterte. Es war neuen Männern eines neuen Staates vorbehalten, die neue Aera im Land der aufgehenden Sonne heraufzuführen; das Ansehen des Shôgunats reichte dazu nicht mehr aus.

Um die schwebenden Fragen mit den fremden Mächten zu klären, hatte Hitotsubashi die Diplomaten nach Osaka eingeladen. Wegen des plötzlichen Todes des Kaisers mußte der Besuch aufgeschoben werden. Da die Einladung dann aber nicht wiederholt wurde, meldeten sich die Diplomaten selbst in Osaka an. Sie erhielten dort die Zusage der Öffnung Osakas und eines Hafens an der Westküste. Auch ihr Empfang war überaus befriedigend. In ihren Berichten wetteifern sie geradezu mit Lobeserklärungen für den neuen 31 jährigen Shôgun.³²⁸

Selbst Satow, der geschworene Gegner des Shôgunats, erkennt an, daß der neue Shôgun eine ganz neue Richtung einschlage und ernstlich versuche, den Freundschaftsvertrag in die Wirklichkeit umzusetzen.³²⁹ Die Minister und Beamten erhielten neue Anweisungen³³⁰ über den Verkehr mit den Fremden. Der Shôgun setzte sie in Kenntnis, daß die Zeit da sei, wo Zurückhaltung und Mißtrauen abgelegt werden sollten.³³¹

Das Gute, das der letzte Shôgun gewollt hat, kann nicht treffender gekennzeichnet werden als durch ein Zitat aus dem zusammenfassenden Bericht, den Parkes am 12. Juni aus Yedo an Lord Stanley sandte: „The old temporizing policy . . . has been abandoned for that of an honest adherence to the treaties“.³³²

Die Gesandten waren so fest davon überzeugt, daß der Shôgun die Verträge ausführen werde, daß sie Osaka um den 20. Mai verließen, ohne daß die Zustimmung des Kaisers schon gegeben worden wäre. Zum besseren Verständnis sei die Lage, wie sie sich für den Shôgun gab, kurz skizziert. Hitotsubashi hatte am 9. April 1867 eine Denkschrift nach Kioto gerichtet, in der er gestand, daß 1865 der Befehl des Tennô, die Öffnung von Hyôgo aufzugeben, von seinem Vorgänger aus Furcht vor Verwicklungen den fremden Vertretern nicht mitgeteilt worden sei. Er sei aber überzeugt, daß die Verträge ehrlich ausgeführt werden müßten, damit Japan erst einmal in Ruhe seine natürlichen Hilfsquellen entwickeln könne. Außerdem seien die zwischenstaatlichen Verträge ein Schutz der Schwachen gegen die Unterdrückung durch die Starken. Eine Aufrechterhaltung der Abschließung aber sei vollends unmöglich. Erst am 26. Juni 1867 wurde endlich auf Drängen des Shôguns durch einen kaiserlichen Erlaß der zweite und dritte Absatz des Dekretes vom 22. November 1865 außer Kraft gesetzt.³³³

Brandt, der im April 1867 als preußischer Geschäftsträger aus der Heimat nach Japan zurückgekehrt war, nahm an der Fahrt nach Osaka nicht teil. Wie Satow unter dem Eindruck der Erlebnisse die augenblickliche Stärke des Shôguns überschätzte, wenn er von einem Triumph des Shôguns über seine Gegner redet,³³⁴ so unterschätzte Brandt die Bedeutung der Kundgebung von Osaka, wenn er sie lediglich als eine Demon-

stration des guten Einvernehmens zwischen Hitotsubashi und den Vertragsmächten bezeichnete, die ihre Wirkung verfehlt habe, weil Satsuma, Chôshû, Tosa und Hizen ihren Widerstand nicht aufgegeben hätten. Brandt berichtete, daß höchste Beamte mächtiger Fürsten ihm hätten sagen lassen, sie freuten sich, daß die Preußen und Russen sich nicht nach Osaka begeben und von dem Taikun nicht hätten irreführen lassen. Er fährt dann fort: „Da es nicht in der Absicht der königlichen Regierung liegt, hier in Japan eine selbständige Politik zu treiben, so kann ich den mir aus meinem Fortbleiben von Osaka erwachsenen Vorteil nicht so ausnutzen, wie ich es wohl könnte und wünschte.“ Indessen werde die ihm dadurch gewordene Stellung ihm gestatten, gegen die Shôgunatsregierung entschiedener und freier aufzutreten, als das ohne Kriegsschiffe in Osaka möglich gewesen wäre.³³⁵

Die japanische Regierung ging in ihrer Fremdenfreundlichkeit so weit, daß sie den Vereinigten Staaten am 10. Mai anbot, zwischen ihnen und Korea freundschaftlich zu vermitteln. Während des Feldzuges der Franzosen gegen Korea war nämlich auch ein amerikanisches Handelsschiff von den Koreanern grausam behandelt worden. Der Shôgun wolle nichts unversucht lassen, um den Frieden „in diesem Teil der Welt“ zu erhalten.³³⁶ Bei Korea war jedoch nichts zu erreichen. Die von der japanischen Regierung angekündigte Gesandtschaft wurde nicht einmal empfangen.

1867 hatten sich die Diplomaten auch zum erstenmal mit der Frage der eingeborenen Christen zu beschäftigen. Trotz der grausamen Unterdrückung des Christentums im 17. Jahrhundert gab es nämlich in Japan nach Berichten französischer Missionare noch fast 20000 Christen. Das Wirken einiger Missionare in und um Nagasaki hatte scheinbar die Aufmerksamkeit der Behörden erregt. Eine Anzahl japanischer Christen war eingesperrt und gemartert worden, um sie zur Abschwörung zu bewegen. Die fremden Vertreter waren sich darüber klar, daß sie in dieser Frage vorsichtig vorgehen mußten, um nicht durch Einmischung in innere Angelegenheiten erneut fremdenfeindliche Gefühle zu erwecken. Nur schwer konnte Roches beim Shôgun durchsetzen, daß wenigstens nicht versucht

werden sollte, die Christen zur Abschwörung zu zwingen. Aber die Beamten der Daimyô widersetzten sich allen Versuchen der Shôgunatsregierung, auch nur die Verleugner freizulassen. Sie forderten sogar auf Grund eines alten Gesetzes bei der Yedoer Regierung die Hinrichtung der Christen und beklagten sich über die Milde der Shôgunatsbeamten, was natürlich als Kundgebung gegen das Shôgunat wirken sollte.³³⁷ Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine gewisse christenfeindliche Strömung den Japanern ebensowohl überkommen war wie der Fremdenhaß. Zweifellos haben die Daimyô diese Stimmung aber noch aufgepeitscht und stellenweise überhaupt erst entfacht, um die Beziehungen zwischen der Yedoer Regierung und den fremden Diplomaten weiter zu verschlechtern.

Aber die Yedoer Regierung zeigte trotz dieses inneren Drucks gegenüber den fremden Mächten eine so entgegenkommende Haltung wie nur möglich. Gegen ein Versprechen von Roches, daß die katholischen Missionare sich in Zukunft jeder Tätigkeit enthalten würden, durch die Eingeborene veranlaßt werden könnten, den Landesgesetzen zuwider zu handeln, wurden die verhafteten Christen auf Anordnung Yedos freigelassen. Bei dieser friedlichen Regelung gingen die Shôgunatsregierung und die fremden Gesandten von der Erkenntnis aus, daß man die Duldsamkeit, die sich im Laufe der Zeit durchsetzen müsse, nicht durch unzeitige Maßnahmen gefährden dürfe.³³⁸

Die Lage des Shôguns hatte sich mittlerweile noch schwieriger gestaltet. Brandt, der in Erwägung gezogen hatte, mit der „Vineta“ einen Druck auf die Regierung auszuüben, um die angemessene Bestrafung eines Mordversuchs an dem deutschen Dolmetscher durchzusetzen, unterließ die geplante Fahrt nach Osaka, weil sie das Signal zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Shôgun und Daimyô hätte werden können.³³⁹ Er verschob auf dringendes Ersuchen der Yedoer Regierung hin sogar eine Reise in die Inlandsee, weil, wie ihm mitgeteilt wurde, der Shôgun den Fürsten von Chôshû zur Unterwerfung in Kioto erwartete. Dieser Augenblick, wo er Mikado und Daimyô in ihre frühere Stellung zurückzudrängen suche, sei für den Shôgun besonders wichtig; fremde Kriegsschiffe könnten in Hyôgo seinen Verhandlungen jedoch hinderlich sein, äußerte ein hoher

japanischer Regierungsbeamter gegenüber dem preußischen Geschäftsträger.³⁴⁰

Die Entscheidung fiel bald. Am 16. November 1867 erfuhr die Vertreter, daß der Shôgun sein Amt in die Hände des Tennô zurückgelegt hätte. Diese Nachricht kam ihnen umso überraschender, als der Außenminister Ogasawara Parkes gegenüber noch am 14. Oktober erklärt hatte, die Ähnlichkeit der Lage Englands und Japans lege nahe, englische Einrichtungen für Japan zu übernehmen.³⁴¹

Die Lage war für das Shôgunat unhaltbar geworden, seitdem Satsuma die Sache Chôshûs zu seiner eigenen gemacht hatte. Der Fürst von Tosa, der eine vermittelnde Stellung einnehmen wollte, hatte im Oktober dem Shôgun eine Denkschrift zugesandt, die ihm riet, nicht zuletzt um Japans Einheit nach außen wiederherzustellen, sein Amt dem Tennô zurückzugeben. Hitotsubashi, der nie am Amt geklebt hatte, kam dem Rat erstaunlich schnell nach. In seinem Aufruf vom 8. November heißt es u. a.: „Nun der Verkehr mit fremden Ländern sich immer mehr ausdehnt, sind die Grundlagen des Staates gefährdet, wenn nicht die Regierung von einem Mittelpunkt geleitet wird. Wenn daher die alte Regierungsform geändert und die Regierungsgewalt dem Kaiserhofe zurückgegeben wird, wenn nationale Beratungen in weitem Umfange stattfinden und die kaiserliche Entscheidung eingeholt wird, und wenn wir alle unsere Herzen und Kräfte vereinigen, um das Reich zu schützen und zu erhalten, dann wird es seinen Rang unter den Nationen der Erde behalten. Das ist unsere einzige Pflicht gegen unser Reich.“³⁴²

Die Rückgabe der Regierungsgewalt durch den Shôgun wurde am 10. November angenommen und Hitotsubashi mit der Führung der Geschäfte beauftragt, bis nach dem Zusammentritt eines Daimyôparlaments die zukünftige Stellung des Shôguns bestimmt wäre. In einer Denkschrift³⁴³ der japanischen Minister in Yedo wurde den fremden Vertretern versichert, daß die auswärtigen Beziehungen durch die Ereignisse nicht ungünstig beeinflußt werden würden. Gleichzeitig beweist die Denkschrift auch, daß das Shôgunat entschlossen war, gerade in dem Daimyôparlament eine Stütze sich zu schaffen. Aber Yedo hatte 1864 die letzte Gelegenheit verpaßt, um seine Macht zu festi-

gen, nachdem es jahrelang die große Chance nicht zu nutzen gewagt, die sich ihm bot in einem kühnen Zusammengehen mit den fremden Mächten für ein neues Japan. Die Reformpläne des letzten Shôguns kamen zu spät. Es wäre dafür wahrscheinlich auch zu spät gewesen, wenn Hitotsubashi die Härte und Stärke eines Ii gehabt hätte.

9. Kapitel.

Der Sieg des Südens.

Hitotsubashis freiwilliger Rücktritt drohte den weitgehenden Plan der tokugawafeindlichen Parteiführer unter den Samurai des Südens — denn sie, nicht die Daimyô waren die treibenden Kräfte — zu zerstören. Hatten sie doch an demselben Tage, als das Rücktrittsgesuch dem Hofe vorgelegt wurde, heimlich durch den Oheim des jungen Tennô einen Erlaß des Herrschers erhalten, der Satsuma und Chôshû beauftragte, das Bakufu zu bestrafen. Aber Saigô arbeitete jetzt darauf hin, die gewaltige Hausmacht des Tokugawahauptes zu zerschlagen. Niemals trat die für den 15. Dezember 1867 angesetzte Daimyô-Versammlung zusammen, die Yedos letzte Hoffnung war. Statt dessen besetzten am 3. Januar 1868 Truppen von Satsuma, Aki, Tosa, Echizen und Owari überraschend die Tore des kaiserlichen Palastes, und durch einen Erlaß des Tennô wurde in Anwesenheit der fünf verbündeten Daimyô feierlich das bisherige Regierungssystem beseitigt und eine provisorische kaiserliche Regierung an die Stelle gesetzt. Da die Verschwörer dem Exshôgun die Übergabe seines Landes und seiner Einnahmen zumuteten, wollte Tosa, dem auch Owari und Echizen zuneigten, sich schon von den beiden anderen Klans trennen. Er bezeichnete es als empörend, daß man den Exshôgun als Vertreter des mächtigen Hauses Tokugawa in der neuen Regierung gänzlich übergangen habe. Aber Hitotsubashi, statt die in der Minderzahl befindlichen und noch dazu uneinigen Gegner im Straßenkampf zu vernichten, entwich aus Kioto bei Nacht und Nebel.³⁴⁴ Für den Prinzen des Hauses Mito — der letzte Shôgun, der

eigentlich Keiki hieß, war erst zehnjährig ins Haus Hitotsubashi adoptiert worden — war Auflehnung gegen den Kaiser ein unmöglicher Gedanke. Hitotsubashi war Idealist und hätte das Shōgunat vielleicht als eine Art Reichskanzlerschaft des Tennō aufrecht erhalten, wenn er sein Amt einige Jahre früher hätte übernehmen können. Aber als letzter Vertreter des Hauses Tokugawa war er trotz seiner weitschauenden Pläne eine traurige Erscheinung.³⁴⁵ Ja, es liegt eine tiefe Tragik darin, daß dem ruhmreichen, einst kriegsgewohnten Shōgunhause nicht einmal vergönnt war, in Ehren unterzugehen, weil ein schwankender Agnat, Schritt für Schritt zurückweichend, noch zuletzt vergeblich einen Mittelweg suchte.

Über Hitotsubashis Protest³⁴⁶ ging die Geschichte hinweg wie über viele Fetzen Papier, und die Waffen konnten trotz seiner Friedensliebe nicht ruhen; über seinem Handeln schwebte das Zu spät, das die Handlungen der Shōgunatsregierung seit der Öffnung des Landes gekennzeichnet hatte. Der Exshōgun wollte seine weiteren Entschlüsse in Osaka fassen, wohin ihm seine Truppen folgten und wo er auch mit den Diplomaten zusammentraf, die sich zu der am 1. Januar mit großem Gepränge gefeierten Öffnung von Hyōgo dort eingefunden hatten. Kaum, daß die Beziehungen zu Japan eine erfreuliche Wendung genommen hatten, fand man sich neuen Schwierigkeiten gegenüber, und es war nicht abzusehen, wie eine Regierung sich in Japan ohne oder gar gegen das Haus Tokugawa halten wollte.³⁴⁷

Am 8. Januar gewährte der Exshōgun dem französischen Gesandten eine Audienz, in die sich der englische hineindrängte. Bezüglich der neuen Regierung äußerte Hitotsubashi, während der Tennō dem Namen nach regiere, befinde sich Kioto in der Hand einiger Männer, die sich fortwährend zankten und alles andere täten als regierten.³⁴⁸ Er selbst wolle einen Protest des Inhalts an den Kaiser richten, daß eine solche Regierung überhaupt keine Regierung sei.³⁴⁹ Brandt, der am folgenden Tage empfangen wurde und den Exshōgun zum erstenmal sah, gewann den Eindruck, daß dieses nicht der Mann sei, eine verlorene Sache wiederherzustellen. Bei der „Unbedeutenheit“ der Hauptperson müsse man mit der Niederlage Hitotsubashis

rechnen.³⁵⁰ In einer Audienz am 10. Januar 1868 erklärten die Vertreter ihre Neutralität in den inneren Zwistigkeiten und wollten wissen, an welche Regierung sie sich zu wenden hätten. Hitotsubashi nahm die Betreuung der auswärtigen Angelegenheiten für sich in Anspruch, bis durch eine Erörterung im ganzen Lande die neue Form der Regierung bestimmt sei.³⁵¹

In Osaka setzte sich endlich die Kriegspartei durch, und am 26. Januar marschierten Yedos Truppen auf Kioto. Vom 27.—30. Januar 1868 währte die Schlacht zwischen dem Heer des Shôguns und den Satsuma-Chôshû-Truppen, welche die Straße nach Kioto verbarrikadiert hatten. Trotz ihrer Übermacht wurden die Shôgunatstruppen, deren strategische Lage ungünstig war,³⁵² schließlich geschlagen, wobei der verräterische Übergang zweier Landesfürsten den Ausschlag gab zugunsten der besser bewaffneten Satsumatruppen.³⁵³ Hitotsubashi ließ die fremden Vertreter benachrichtigen, daß er sie nicht mehr hinreichend schützen könne, sie müßten deshalb selbst Maßregeln für den Schutz ihrer Flaggen ergreifen. Dann floh er am 31. Januar auf ein amerikanisches Kriegsschiff, von wo er durch ein Schiff der Shôgunatsregierung abgeholt und nach Yedo gebracht wurde.

Die Diplomaten begaben sich nach Hyôgo, um dort den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten. Sie kamen noch früh genug, um sich von dem Gouverneur das neuerrichtete Zollhaus und die Lagerspeicher übergeben zu lassen, an welche die flüchtenden Shôgunatsbeamten gerade die Brandfackel legen wollten. Am 3. Februar räumten die letzteren Hyôgo, und schon am 4. trat der erste Zwischenfall mit den Kaiserlichen ein, der ein schlechtes Vorzeichen für die kommenden Ereignisse zu sein schien. Eine Bande von Bizentruppen eröffnete bei ihrem Durchmarsch durch Hyôgo plötzlich ein Gewehrfeuer auf zahlreiche ahnungslose Fremde, wurde aber sofort von europäischen Soldaten in die Flucht geschlagen.

Als Gegenmaßnahme beschlagnahmten die fremden Kriegsschiffe vier japanische Dampfer und verhängten über die Niederlassung Kôbe den Belagerungszustand. Die Gesandten machten diese Maßnahmen durch Anschläge in Osaka bekannt. Außerdem ließen sie dort wissen, daß sie im Falle des Ausbleibens

hinreichender Genugtuung selbst die nötigen Maßnahmen ergreifen und sich dabei nicht nur an den Bizenklan halten, sondern die Sache als Streit mit ganz Japan ansehen würden.³⁵⁴

Da sie sich nun eigentlich keiner Regierung gegenüber befanden, versuchte Brandt am 6. Februar eine Vereinbarung der Diplomaten herbeizuführen auf folgender Grundlage: Strenge Neutralität gegenüber den streitenden Parteien. Unterhaltung von Verbindung nur mit dem Kaiser oder solchen de facto-Regierungen, die einen der offenen Häfen halten. Keine Annahme von Mitteilungen streitender Parteien, die nicht an alle fremden Vertreter gerichtet sind. Als Unterhandlungsgrundlage sollten in jedem Falle gelten: 1. Uneingeschränkte Anerkennung aller Verträge und Abmachungen. 2. Sicherstellung der Ausführung der Vertragsbestimmungen. 3. Genugtuung für den 4. Februar und hinreichender Schutz gegen Wiederholung derartiger Ausschreitungen. Wenn diese Vereinbarung auch nicht unterzeichnet wurde, so erhielt der Inhalt doch allgemeine Zustimmung und diente hinfort als Richtschnur.³⁵⁵

Am 7. Februar traf als Abgesandter des Tennô Higashi Kuze in Hyôgo ein — nicht ohne daß Parkes den Wink dazu gegeben hätte.³⁵⁶ Er übergab jedem der Gesandten ein Schreiben des Tennô, worin den fremden Mächten mitgeteilt wurde, daß dem Shôgun Tokugawa Yoshinobu (d. i. Hitotsubashi) gestattet worden sei, die Regierungsgewalt an den Kaiser zurückzugeben, der in Zukunft die höchste Gewalt ausüben werde. Darum müsse überall in den Verträgen der Name des Kaisers für den des Shôguns gesetzt werden.³⁵⁷ Der letzte Satz des Schreibens war insofern besonders geschickt, als er die bindende Kraft der Verträge für den Tennô als selbstverständlich voraussetzte. Den Sühneforderungen der Gesandten für den Bizenüberfall — sie forderten die Todesstrafe für den Offizier, der den Befehl zum Feuern gegeben hatte — wurde stattgegeben. Gleichzeitig ersuchte die kaiserliche Regierung die Vertreter um ihre Neutralität.³⁵⁸

Roches hatte Kôbe unter Hinterlassung eines Chargé d'affaires kurz vorher unter dem Vorwand verlassen, seiner Regierung selbst Vortrag über die Lage der Dinge halten zu wollen. In Wirklichkeit begab er sich nur nach Yedo, nicht ohne

daß er gegenüber seinen Kollegen nochmals betont hatte, daß alle Vertragsverletzungen bisher von den südlichen Fürsten ausgegangen seien.³⁵⁹ Wie später bekannt wurde, hat er in Yedo seinen Einfluß für eine Politik des Widerstandes eingesetzt.³⁶⁰ Inzwischen veröffentlichten seine Kollegen Neutralitätserklärungen. Außerdem kamen die Gesandten überein, die Aushändigung von Kriegsschiffen, die im Ausland bestellt oder gekauft waren und noch nicht unter einer japanischen Flagge fuhren, an eine der kriegführenden Parteien zu verhindern. Sie wollten dadurch nicht nur einen Bruch ihrer Neutralität vermeiden, sondern auch verhindern, daß einer Partei ermöglicht würde, einen Hafen zu blockieren oder gar den Schiffen der Vertragsmächte gefährlich zu werden.³⁶¹

Roches, der sich in Yedo überzeugt hatte, daß die Lage des Shôgunats hoffnungslos war, kehrte am 27. Februar nach Kobe zurück.³⁶² Kurze Zeit später fanden die Gesandten die französische Gesandtschaft in Osaka stark beschädigt und die englische abgebrannt vor. Die unbewohnten Gebäude waren wohl Opfer der Sympathiekundgebungen des Pöbels für die siegreiche „fremdenfeindliche“ Partei Chôshû-Kioto geworden. Am 7. März fand eine Begegnung der Diplomaten mit den wichtigsten Persönlichkeiten der Mikadobewegung statt.³⁶³ Einer Audienz beim Tennô waren die meisten Gesandten jedoch noch nicht geneigt,³⁶⁴ zumal die Einladung nach Kioto von einer Nachricht begleitet war, die so kurz nach dem Bizenfall nur gut geeignet war, das Vertrauen in die neue Regierung aufs schwerste zu erschüttern. Sieben Meilen von Osaka waren am 8. März 11 der 16 Mann starken Besatzung eines französischen Bootes von Samurai ermordet worden. Alle fremden Vertreter unterstützten den französischen Gesandten, der u. a. die Hinrichtung aller Beteiligten innerhalb von 3 Tagen und Zahlung einer Entschädigung von 150 000 Dollars verlangte. Alle Forderungen — mit Ausnahme der ersten — wurden erfüllt. Aber nicht die Japaner waren schuld, daß nicht alle Bedingungen restlos erfüllt wurden; denn nachdem 11 von 20 Japanern das Seppuku (Harakiri) vollzogen hatten, verzichtete der französische Capitaine auf die Fortdauer der schrecklichen Sitzung.³⁶⁵ Das tatkräftige Vorgehen der Kiotoer Regierung in dieser Angelegenheit erleichterte Roches einen

Stellungswechsel, von dessen Notwendigkeit er sich in Yedo überzeugt hatte. Er entschloß sich plötzlich zur Teilnahme an der Audienz in Kioto.

Am 23. März hatten Roches und Polsbroek eine Audienz beim Kaiser, während Parkes auf diesem seinem Triumphzug überfallen wurde, so daß er erst am 26. empfangen werden konnte.³⁶⁶ Die Wirkung des Anschlags war umso schlechter, als Iwakura, einer der bedeutendsten Hofadligen, der seit langem mit den Männern des Südens zusammengearbeitet hatte, dem Gesandten am Tage zuvor noch mit großer Freimut gestanden hatte, daß Kioto bisher für Austreibung der Fremden und Yedo für Öffnung des Landes gewesen sei, daß hier aber inzwischen eine vollständige Wandlung eingetreten sei. Er hatte es als Hauptwunsch der Regierung bezeichnet, nunmehr den fremden Nationen Beweise für ihre freundliche Gesinnung zu geben.³⁶⁷ Kioto gab die Beweise. Die neue Regierung rückte unmißverständlich von dem Geist ab, der noch die große Mehrheit der Klans beherrschte, und der sich jetzt wieder, wie erst kürzlich bei den Zwischenfällen mit den Bizen- und Tosaleuten, offenbart hatte. Der ergriffene Samurai wurde seiner Schwerter verlustig erklärt und enthauptet. Am 28. März erließ die Regierung eine Bekanntmachung,³⁶⁸ die für Samurai u. a. die Degradierung als Strafe für Angriffe auf Fremde vorsah, so daß ihnen ein ehrenvoller Tod durch Harakiri nicht mehr gestattet wurde.

In Yokohama war die Lage sehr verworren. Da die Anhänger des Shôguns sich an seinem widerstandslosen Verhalten kein Beispiel nahmen, sahen die Gesandten, die wieder dorthin zurückgekehrt waren, sich genötigt, am 2. April 1868 Yokohama militärisch besetzen und bald auch das Landen japanischer Truppen durch die Kriegsschiffe verhindern zu lassen. Gleichzeitig ersuchten sie die Regierung des Tennô, Yokohama durch einen höheren Beamten übernehmen zu lassen, da der bisherige Statthalter zur Übergabe der Gewalt an einen kaiserlichen Beauftragten bereit sei.³⁶⁹

Obwohl die kaiserlichen Forderungen in Yedo vollständig angenommen wurden und der Shôgun am 6. Mai sein Heer und

seine Flotte zur Übergabe aufforderte, verließen die Truppen die Stadt und vereinigten sich im Norden mit den mikadofeindlichen Klans. Der Bund der 25 Daimyô des Nordens hatte anfänglich gute Erfolge, und nicht ohne Rückschläge gelang es den Truppen des Südens, nach hartem Kampfe durch die Niederwerfung von Aizu, der Seele des Widerstandes, den Sieg an ihre Fahnen zu heften. Die Schwere des Kampfes läßt ahnen, daß die Revolution, so wie die südlichen Klans sie sich dachten, doch leicht hätte zusammenbrechen können, wenn die Tokugawapartei einen großen und legalen Führer gehabt hätte.³⁷⁰

Diese Auffassung ist nicht so ketzerisch, wie es im ersten Augenblick scheinen mag. Zwar hatte im Süden und besonders in Chôshû, über die Kreise der Gelehrten hinaus, die Idee der Wiederherstellung des göttlichen Kaisertums die Politiker ergriffen und war durch sie als Schlachtruf Jô-i Sonnô (vertreibt die Fremden und verehrt den Kaiser) in die Massen der Samurai gedrungen. Aber die Tatsache, daß Satsuma sich erst 1866 endgültig auf die Seite der Feinde Yedos geschlagen hatte, beweist, daß hier von einem heiligen Krieg gegen das Shôgunat noch nicht die Rede sein konnte. Der Tennô selbst hatte Chôshû, den eigentlichen Träger der shôgunatfeindlichen Bewegung, zum Rebellen erklärt und bis zum Beginn des Jahres 1867 die Heere des Shôguns als ausführende Organe seines eigenen Beauftragten angesehen. (Es sei hier auch daran erinnert, daß die Mörder Iis es noch für nötig gehalten hatten, Shôgunatfeindlichkeit weit von sich zu weisen). Dabei bleibe die Frage noch dahingestellt, ob der erste oder der zweite Teil des Schlachtrufes Jô-i Sonnô die Samurai mehr in Wallung gebracht hat.

Wie notwendig der Ruf: „Verehrt den Kaiser“ war, um dessen Vorhandensein dem Volk überhaupt erst wieder einzuprägen, dafür gibt Matsumoto einige Zitate³⁷¹ und bezeichnet es als wahrscheinlich, daß das Volk nur noch sehr wenig oder gar nichts mehr von dem Vorhandensein des Mikado in Kioto gewußt habe.³⁷² Wie schwer diese Zitate wiegen, dafür ist bezeichnend, daß Matsumoto den Gedanken, England könnte das allmächtige Kaisertum aus politischen Gründen überhaupt erst erfunden haben, auch nur erwähnt.³⁷³ Man wird demnach schwerlich leugnen können, daß der Sieg der Kaiseridee 1868

noch keineswegs zwingend gewesen ist. Wenn es sich also um einen von Yedo beabsichtigten Kampf des Shôgunats gegen das Kaisertum gehandelt hätte, so würde die reale Macht des Shôguns 1868 sich im Kampf gegen die Kaiseridee wohl wenigstens vorübergehend noch behauptet haben. Wahrscheinlich wäre aber ein Zerfall Japans in mehrere Teilreiche die Folge gewesen, wobei die tokugawaergebenen Klans sich unbedingt zum Shôgun bekannt hätten, während die Teilreiche des Südens den Tennô noch nicht als ausschließlichen Souverän anerkannt hätten. Darüber kann heute, wo wir wissen, welche Nebenabsichten einige südliche Klans und besonders Satsuma während der Revolution verfolgt haben, wohl kein ernstlicher Zweifel bestehen. Wahrscheinlich hätte sich die Kaiseridee dennoch allmählich ganz durchgesetzt, obwohl nicht verkannt werden darf, daß bei einem Zerfall Japans in mehrere Reiche die verschiedenen japanischen Staaten zu den verschiedenen Mächten Beziehungen angeknüpft hätten, so daß schon die Gegensätzlichkeit der großen Mächte eine Wiedervereinigung der Teilreiche sehr erschwert hätte. Auch hätte der nicht minder göttliche Kaiser des Nordreiches, das dann wohl als der bei weitem bedeutendste Teilstaat unter der unbeschränkten Herrschaft des ehemaligen Shôguns gestanden hätte, die Vereinigung sehr erschwert.

Aber es ging dank der kaisertreuen Einstellung des letzten Shôguns 1868/69 gar nicht um die Herrschaft von Tennô oder Shôgun — die war seit 1864 und endgültig seit der Einsetzung Hitotsubashis zugunsten des Tennô entschieden. In der ersten Phase der Revolutionierung Japans hatte sich der Kaiser immer weiter durchgesetzt, sobald durch die Öffnung des Landes das Feudalsystem der Tokugawa den schwersten Stoß erlitten hatte, der ihm je versetzt worden war. Die zweite Phase der Revolution war aber nichts anderes als der Kampf des Südens gegen das Haus Tokugawa um die tatsächliche Macht im Reich, ein Kampf, der seit Jahrzehnten schon mehr oder minder versteckt geführt worden war, der aber durch die halb gewaltsame Öffnung des Landes eine ungeahnte Ausdehnung erhalten hatte. Wie sehr die Ziele der Kaiserbewegung den Wünschen Chôshû-Satsumas

zunächst untergeordnet wurden, das zeigt sich besonders klar in der Art der Ausrufung der provisorischen kaiserlichen Regierung nach dem Staatsstreich der 5 Daimyô in Kioto, dessen Erfolg — wie wir gesehen haben — zuerst keineswegs feststand, an dem der Kaiser auch durchaus kein unmittelbares Interesse hatte.

In diesem Kampf, der in Wirklichkeit also nicht mehr für oder gegen den Kaiser ausgetragen wurde — obwohl sein Name eine große Rolle für den Erfolg des Südens gespielt hat —, sondern der um die tatsächliche Macht in der Regierung der Monarchie geführt wurde, war die Sache des ehemaligen Shôguns noch lange nicht verloren. Dieser hätte bei seinen guten Handelsbeziehungen in den offenen Häfen und wegen seiner einzigartigen Machtstellung in kürzester Frist ein neues Heer aus dem Boden stampfen können, dem es nicht an europäischen Waffen gefehlt hätte. Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik des Tokugawahauses wäre aber gewesen, daß die Staatsstreichregierung sofort unterdrückt worden wäre, statt daß ihr Zeit gegeben wurde, sich selbst durch den Tennô legalisieren und den Shôgun zum Rebellen erklären zu lassen. Aber dem Shôgunat, dem ancien régime, fehlte es nach all den Schwankungen der letzten Jahre auch in der Entscheidungsstunde am Lebenswillen, und auch der kluge und edle Hitotsubashi erwies sich unter diesem Gesichtspunkt bei allen seinen guten Absichten als ein Louis XVI. Darum war es gut, daß die Okubo und Saigô, die Kido, Itô und Inoue, die Iwakura und Sanjô kamen und die Aufschließungspolitik fortsetzten, welche die Achse der Politik des letzten Shôguns hatte werden sollen.

Im Hinblick auf die großen Reformen und Neuerungen der Meiji-Aera hat man in dem Sturz des Tokugawashôgunats gern den Sieg einer grundsätzlich fremdenfreundlichen Reformpartei gesehen. Eine solche Darstellung wird der Wirklichkeit aber nicht gerecht; denn, wie wir schon dargelegt haben, ist es nicht so, daß der Süden fremdenfreundlich und der Norden bzw. der Shôgun fremdenfeindlich gewesen wäre. Wie wenig das stimmt, zeigen noch die Schwierigkeiten, welche die neue Ära nicht nur mit den partikularistischen Machtstrebungen südlicher Klans, sondern auch mit den fanatischen Fremdenfeinden gehabt hat,

von denen sie einst auf den Schild gehoben worden war. Auch Brandt weist mit Recht darauf hin, daß der Samuraistand im Süden viel fremdenfeindlicher gesinnt war als im Norden.³⁷⁴ Mit der Anwendung der Begriffe fremdenfreundlich und fremdenfeindlich auf die Parteien der japanischen Revolution sollte man deshalb sehr vorsichtig sein und sich immer vor Augen halten, daß drei verschiedene Gruppen zusammengewirkt haben für den Erfolg der restaurierenden Revolution: die Rufer für Kioto, die Feinde des Tokugawashôgunats und die fanatischen Hassler der Fremden. Dabei gab es in jeder der drei Gruppen Männer, die zugleich die Ziele wenigstens einer der beiden anderen Parteien verfochten. Aber vergeblich sucht man unter den Aktivisten nach Männern, die den Verkehr mit dem Ausland so verlangt hätten wie irgend ein anderes politisches Ziel. Denn auch diejenigen Führer, die nicht, wie die Mehrheit ihrer Anhänger, ohne weiteres fremdenfeindlich voreingenommen waren, wollten die fremden Mächte möglichst nur zur Erreichung ihrer innerjapanischen Ziele benutzen.

Japans Angleichung an den Westen ist mit hin nicht das Verdienst dieser oder jener Partei. Sie mußte erfolgen, wenn Japan nicht seine Selbständigkeit verlieren wollte. Darum hatten die neuen Männer auch nur die Wahl, dem Druck einer schicksalhaften Entwicklung nachzugeben, oder sich an ihre Spitze zu stellen. Sie taten das letztere, aber nur unter dem Zwang unausweichlicher Notwendigkeit. Die neue Entwicklung hätte, nachdem seit 1864 die Führung des Kaisers unbestritten war, ebenso gut unter einem Shôgun stattfinden können, der allerdings nur noch das Amt eines „Reichskanzlers“ gehabt hätte. Sie wäre dann vielleicht etwas langsamer verlaufen, dafür in der ersten Zeit wohl auch weniger sprunghaft und vielleicht ohne Revolutionskrieg, Saga- und Satsumaaufland.³⁷⁵ Okakura Kakuzo macht einmal folgende Bemerkung: „Hätten die Tokugawa ihre eigene Lage besser erfaßt, so hätten sie bei diesem neuen Stand der Dinge ihre Macht für unbegrenzte Zeit sich erhalten können...“³⁷⁶ Aber die Vorbedingung für ein dauerndes Fortbestehen des Tokugawashôgunats, das seit Hitotsubashi einen ganz neuen Inhalt erhalten haben würde,

wäre gewesen, daß niemals ein offener Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler entstand; denn von nun an arbeitete die Zeit für den Kaiser. Und die Bedeutung dieser Kaiseridee kann wohl gar nicht besser gezeigt werden als durch die Tatsache, daß zu der Zeit, als sie in großen Teilen des Reiches die Ritter noch nicht, und in den übrigen fast immer nur durch das scheinbare Übereinstimmen mit den Partikularinteressen der Klans die Samurai begeistert hatte, daß zu derselben Zeit der Shôgun schon wieder mit einer loyalen Gesinnung erfüllt war, die von keinem anderen Fürsten übertroffen wurde.

Wie beschränkt vorerst die Macht der neuen Regierung war, das zeigte sich bald in der Christenfrage. Denn in dieser aufregenden Zeit setzte auch die Christenverfolgung wieder ein. In der amtlichen Kiotozeitung, sowie durch öffentliche Anschläge war seit Ende März 1868 folgender Erlaß des Tennô bekannt gemacht worden: „Die schlechte, Christen genannte Sekte ist streng verboten. Verdächtige Personen müssen den Behörden angezeigt werden. Der Angeber soll eine Belohnung erhalten.“³⁷⁷ Die Vorstellungen der fremden Vertreter, die darauf hinwiesen, daß religiöse Duldsamkeit ein Zeichen von Kultur sei, vermochten nichts. Die Diplomaten mußten einsehen, daß die Regierung auf diesem Gebiet wegen ihrer Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung, also im wesentlichen von den Samurai, nicht weit entgegenkommen konnte. Lediglich im Wortlaut des Erlasses war sie zu Milderungen bereit.

Im Juni wurde die Christenfrage geradezu eine Belastung der auswärtigen Beziehungen. Es zeigte sich nämlich immer deutlicher, daß hinter diesem innerjapanischen Kampfe gegen die eingeborenen Christen die fremdenfeindliche Partei steckte,³⁷⁸ die aus den Bekehrungen Kapital zu schlagen suchte. Dieser Umstand erschwerte das Einschreiten der Diplomaten außerordentlich. Auf der anderen Seite wäre vollständige Untätigkeit in dieser Angelegenheit als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden.³⁷⁹ Am 8. Juni wurden etwa 4000 Nagasakichristen zur Zwangsarbeit verurteilt und sollten an verschiedene Daimyô verteilt werden. Kido erklärte im Juni — und die Gesandten wußten nur zu gut, daß er recht hatte —, wenn die Regierung dem Drängen zum Vorgehen gegen die Christen nicht nach-

geben würde, so liefe sie Gefahr, gestürzt zu werden. Es war genau dasselbe Versteckspiel wie zur Zeit des Shōgunats. Man sagte öffentliche Meinung und meinte Hofpartei, Landesfürsten und Samurai.³⁸⁰

Von den 4000 Christen hatte man im Juli 120 in die Verbannung geschafft. Weitere derartige Maßnahmen wurden auf die fortwährenden Vorstellungen der Gesandten hin wenigstens vorläufig ausgesetzt. Die Diplomaten hofften, daß die Zeit für eine Milderung der Gegensätze arbeiten würde. Diese Haltung der fremden Vertreter wurde von ihren Regierungen im großen und ganzen gebilligt. Lord Stanley wies Parkes aber doch an, er solle darauf hinweisen, daß es eine Grenze gebe, wo die Nachsicht der Regierungen zu Ende sei, weil die Nationen ihr Eingreifen verlangen würden.³⁸¹

Vorläufig konnte man mit einer Beruhigung der Leidenenschaften nicht rechnen;³⁸² denn es sah wieder sehr wenig nach einer Endentscheidung aus, seitdem die Truppen des Nordens noch im Oktober eine bedeutende Verstärkung durch die Flotte erhalten hatten, die sich ihnen unter Admiral Enomoto Kama-jirō anschloß. Auch als der Norden sich nach Aizus Niederlage im folgenden Monat unterwerfen mußte, gab Enomoto den Kampf nicht auf. Er zog sich lediglich auf Yeso zurück, um von dieser Insel, die er mit seiner Flotte leicht glaubte verteidigen zu können, weiter zu kämpfen für die Sache der Tokugawa und des Nordens. Aber das eigentliche Japan befand sich jetzt vollständig in der Hand der Führer der südlichen Klans.

Am 26. November 1868 hielt der Tennō seinen Einzug in die Stadt der Shōgune. Sein Reich war zwar noch kein Einheitsstaat, aber es unterstand wieder einer einheitlichen Führung. Diese einheitliche Führung, über die es von nun an keine Erörterungen mehr gab, war die Vorbedingung für die Errichtung des neuen Staatswesens. Diese Führung war es, die ermöglichte, daß eine kleine Gruppe tatkräftiger Staatsmänner ein Jahrzehnt hindurch alle Versuche und Versuchungen überwand, alte Gegensätze zu verschärfen oder zu erhalten. Nur die Berufung auf den alleinigen Herrscher des Landes gab diesen unbekannten neuen Männern das Ansehen, dessen sie bedurften, um die Grundlagen des neuen Japan zu schaffen.

Erklärung japanischer Wörter.

(Aussprache der Selbstlaute wie im Deutschen, der Zeitlaute wie im Englischen).

Aizu	Klan-Name, Gebiet in der alten Provinz Iwashiro.
Bakufu	Die Regierung der Shôgun in der Neuzeit.
Chôshû	Klan, der die Provinzen Nagato und Suwo an der Südwestspitze der Hauptinsel bewohnt.
Daimyô	= großer Name. Bezeichnung aller Landesfürsten, die ein Einkommen von mindestens 10 000 Koku Reis jährlich hatten. Es gab drei Klassen von Daimyô.
Fudai	Bezeichnung derjenigen Daimyô, die sich vor der Schlacht bei Sekigahara (1600) dem Shôgun unterworfen hatten.
Gosanke	Die fürstliche Dreifamilie Tokugawa, bestehend aus den Häusern Kishû, Owari und Mito.
Gosankyô	Die zweite Dreifamilie Tokugawa, bestehend aus den Häusern Hitotsubashi, Tayasu und Shimidzu. Die Gosankyô war hinter der Gosanke nachfolgeberechtigt für das Amt des Shôguns.
Gorôjû	Staatsrat bzw. Regierung des Shôguns in Yedo.
Harakiri	Selbsttod durch Bauchaufschlitzen mit dem Schwert. (Seppuku)
Hatamoto	Vasallen der Familie Tokugawa, geschaffen durch Ieyasu.
Hizen	Name von Provinz und Klan auf Kiushiu.
Jô-i	„vertreibt die Fremden“ (Kampfruf der fremdenfeindlichen Partei).
Kami	wörtlich, Fürst von ... Bei Hofämtern bedeutete es so viel wie oberster ..., bzw. Haupt- (in Verbindung mit einer Würde).
Karô	erblicher Minister eines Daimyô.
Kii	= Kishiu.
Kishiu	Name von Provinz und Klan im Süden der Hauptinsel.
Koku	Mengenmaß, etwa 180 Liter.
Kuge	Hofadel von Kioto.
Kuwana	Name einer Burgstadt in der Provinz Ise, sowie Hauptstadt des gleichnamigen Klans.
Kwambaku	Premierminister der Regierung von Kioto bis 1868.
Matsudaira	Beiname der Abkommen der Tokugawahäuser und von 9 der 18 größten Daimyô.

Mikado	= „erhabene Pforte“, Titel für den Kaiser von Japan (von Japanern kaum angewandt).
Mito	Klan und Hauptstadt der Provinz Hitachi.
Ri	1 Ri = 2½ engl. Meilen = 3927 m.
Rônin	Samurai, der die Verbindung zu seinem Klan gelöst hat.
Sakoku-Partei	verlangte die Schließung der Häfen und Austreibung der Fremden. (In den Berichten der Diplomaten ist zumeist von der Sakô-Partei die Rede).
Samurai	Gefolgsmann eines Landesfürsten. Die Samurai hatten das Vorrecht, zwei Schwerter zu tragen.
Satsuma	Name von Provinz und Klan, der die Provinzen Satsuma, Osumi und einen Teil von Hiuga auf der Insel Kiushiu bewohnt.
Shimoda	Hafen in der Provinz Izu.
Shôgun	bedeutet ursprünglich etwa „Der große General“, ist der eigentliche Titel des Exekutivherrschers von Japan bis 1867 (vgl. Taikun).
Shoshidai	Der Vertreter des Shôguns in Kioto.
Seppuku	vgl. Harakiri.
Sonnô	„verehrt den Kaiser“! (Ruf der loyalistischen Partei, meistens nur im Zusammenhang mit dem Kampfruf Jô-i).
Taikun	eigentlich „Großer Fürst“. Titel, den die Yedoer Regierung gegenüber den Fremden (zuerst gegenüber Korea) für den Militärherrscher von Japan anwandte, um seine Souveränität zum Ausdruck zu bringen. (Die Diplomaten sprachen in ihren Berichten fast nur vom Taikun. Um den europäischen Leser nicht zu verwirren, wurde — abgesehen von Zitaten — in der Darstellung immer das Wort Shôgun angewandt).
Tairô	Regent, Titel des Ministerpräsidenten der Yedoer Regierung mit diktatorischen Vollmachten.
Tennô	d. i. Himmelskaiser
Tokugawa	Die Dynastie der letzten Shôgune (regierte 1603—1867)
Tosa	Provinz und Klan auf der Insel Shikoku.
Tozama	„äußerer Adel“. Bezeichnung Ieyasus für die großen Daimyô, die sich ihm nach der Schlacht von Sekigahara, bezw. nach dem Fall d. Schlosses von Osaka (1615) unterwarfen. Sie waren unabhängiger als die Fudai-Daimyô, aber nicht berechtigt, in den Dienst der Yedoer Regierung zu treten.
Tycoon	andere (englische) Schreibweise für „Taikun“.

Erklärung der wichtigsten Abkürzungen.

For. Rel. = Foreign Relations (Papers relating to Foreign Affairs of the United States).

G.St.A. = (Preußisches) Geheimes Staatsarchiv in Berlin-Dahlem.

M.G.O.A. = Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Tokio.

M.S.O.S. = Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen, Berlin.

P.R.O. = Public Record Office, London.

T.A.S.J. = Transactions of the Asiatic Society of Japan, Tokio.

In den übrigen Fällen wurden die Werke lediglich mit dem Namen des Verfassers, bzw. nach demjenigen Stichwort zitiert, unter dem man den vollen Titel des Werkes im Literaturverzeichnis findet. Die römischen Ziffern bezeichnen im allgemeinen den betreffenden Band des Werkes, die arabischen geben die Seitenzahl an. (z. B. Treat I, 324 heißt Treat, Band I, Seite 324).

Anmerkungen.

Zur Einleitung. (S. 11—14).

1. Siebold, Nippon II, S. 168. — 2. Sakuya Yoshida S. 36. — 3. Sakuya Yoshida S. 39/40.

1. Kapitel. (S. 15—26).

4. Treat I, S. 8. — 5. Hildreth S. 508. — 6. Wirth-Dirr S. 34/35. (Wegen der leichteren Greifbarkeit des Werkes wird im folgenden Wirth-Dirr zitiert, jedoch empfiehlt es sich, gleichzeitig Hawks zu benutzen.) — 7. Nitobe S. 46. — 8. Wirth-Dirr S. 111. — 9. Wirth-Dirr S. 112/13. — 10. Wirth-Dirr S. 115; Murdoch III, S. 580. — 11. Murdoch III, S. 588. — 12. Murdoch III, 530/31. — 13. Murdoch III, 534. — 14. Murdoch III, 535/36. — 15. Wirth-Dirr S. 119. — 16. Perry sah fälschlich — wie damals die meisten Europäer und Amerikaner — den Shôgun als Kaiser von Japan an. — 17. Williams S. 62. — 18. Zit. Nitobe S. 49/50 — 19. Ramming hat festgestellt, daß das von Siebold veröffentlichte Schreiben nicht übereinstimmt mit dem wirklich geschriebenen. (Ramming S. 14.) — 20. Ramming S. 16: Tronson S. 41. — 21. Wirth-Dirr S. 205. — 22. Diary S. 101. — 23. Wirth-Dirr S. 216/17. — 24. Williams S. 129. Wenn Treat (I, S. 20) Williams als „the outspoken critic“ bezeichnet, so trifft das u. E. nicht zu. Das Tagebuch läßt schließen, daß Williams den Kritikastern gerade sehr oft entgegentrat. Für den Quellenwert dieses Tagebuches ist es bemerkenswert, daß es wahrscheinlich das einzige der Expedition war, das der Commodore nicht persönlich überprüfte (Williams S. VI). Für die Überprüfung aller Aufzeichnungen vgl. Wirth-Dirr S. 38/39. — 25. Williams S. VII. — 26. Nitobe S. 54. — 27. Ramming S. 30. — 28. Nr. I in Blaubuch 1856 (2014) Tronson S. 51/52. — 29. Christliche soll heißen katholische. — 30. „The policy of Commodore Perry was much broader and far more aggressive than is indicated by the terms of the treaty“ (Dennett S. 270). — 31. Besonders die amerikanische Geschichtsschreibung hat den Ruhmesstern Perrys oft dadurch heller strahlen lassen, daß sie die Russen und Holländer als nicht zur Öffnung Japans imstande erscheinen ließ. Aber der Hinweis auf eine besondere Russenfeindlichkeit der Japaner, der dabei eine Rolle spielt, ist nicht berechtigt, wie die Zitate erkennen lassen, die Ramming S. 21/22) bringt. Die von ihm angeführten Stimmen lassen sich auch durch den Einwand nicht abtun, sie seien nur darauf berechnet gewesen, die Annahme der Forderungen Perrys zu verhindern; das umso weniger, als sich auch die Beamten in Nagasaki für Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen hatten. Siebold bezeichnet ebenfalls in seinem Archiv die Aussichten für russische Kaufleute als erheblich günstiger als für Amerikaner und Engländer (Nippon II, 164).

2. Kapitel. (S. 27—39).

32. Cosenza S. 196. — 33. Cosenza S. 209. — 34. Dennett S. 350. — 35. Cosenza S. 300. — 36. Cosenza S. 266; 278, Anm. 340; 222. — 37. Heuskens Tagebuch gibt wohl fälschlich den 25. September an (Wagener S. 376). — 38. Cosenza S. 247. — 39. Cosenza S. 325. — 40. Nicht ohne daß man Harris unterrichtet hätte, daß die richtige Bezeichnung des Herrschers nicht Shōgun, sondern Taikun sei (Cosenza S. 406). Harris, der noch nicht übersehen kann, daß es den Japanern hierbei darauf ankommt, die völkerrechtliche Stellung des Shōguns in Erscheinung treten zu lassen, drückt lediglich sein Verwundern aus, daß man ihn ein Jahr lang den Herrscher falsch habe bezeichnen lassen und ihm erst jetzt, am Vorabend der Reise nach Yedo, den richtigen Titel gebe (vgl. auch, was er noch am 2. Juni in sein Tagebuch schreibt, a. a. O. S. 370). Zur Ergänzung der verdienstlichen Schrift Matsumotos scheint mir die Heranziehung der Tagebücher von Harris und Heusken wichtig zu sein, die Matsumoto leider nicht benutzen konnte (vgl. Matsumoto S. 13, Anm. 16). Heusken meinte, Shōgun sei der Titel des Taikuns in Kriegszeiten (Wagener S. 380). — 41. Cosenza S. 475. — 42. Wagener S. 382; Cosenza S. 463; neben S. 474 (japanischer Text). — 43. Cosenza S. 576/77. — 44. Siebold, Nippon I, 189/201. — 45. Vgl. Cosenza S. 479; Wagener S. 382. "Simplicity and frugality is the great maxim of this country" (Cosenza S. 360). Ähnlich a. a. O. S. 428/29. — 46. Cosenza S. 485/86. — 47. For. Rel. 1879, S. 627/31. — 48. Dabei dachte er wohl daran, daß die Vorschläge Perrys, Formosa zu besetzen, ebenso abgelehnt worden waren wie sein eigener, die Insel zu kaufen (vgl. Dennett S. 349; 356/57). — 49. Cosenza S. 486/87. — 50. Cosenza S. 496. Für die überaus schwierigen Kulissenverhandlungen vgl. Gubbins S. 289/91. — 51. Cosenza S. 498, vgl. auch Gubbins S. 289/91. — 52. Cosenza S. 508, 517; Wagener S. 384. — 53. Wagener S. 385. — 54. Wagener S. 385. — 55. Die Landesfürsten haben deshalb die geheimen Sorgen der leitenden Staatsmänner seit Abe Masahiro auch nie geahnt. Sie wußten nicht, daß eine Politik des Widerstandes gegen die Fremden schon wegen der schlechten Finanzverhältnisse aussichtslos war. — 56. Wagener S. 386; Cosenza 533. — 57. Wagener S. 387. — 58. Cosenza S. 548/49. — 59. Cosenza S. 544. — 60. Wagener S. 388. Der Brief ist zitiert bei Cosenza S. 546, Anm. 617. — 61. Vgl. Gubbins S. 71/72; Satoh S. 50/52. — 62. Murdoch S. 652. — 63. Vgl. Cosenza S. 518, 549. — 64. Satoh S. 71. — 65. Harris schätzte es besonders wichtig, daß dieser Artikel die Entfernung der US-amerikanischen Vorratslager aus dem Machtbereich Englands in Hongkong ermöglichte (Cosenza 529 f.). — 66. Dickens S. 20/21. Der Parkes-Biograph hat sich in seinem Urteil offenbar viel zu sehr von der Japanpolitik späterer amerikanischer Vertreter leiten lassen, die allerdings oft ihre eigennützige Politik hinter dem Deckmantel der Menschenfreundlichkeit verbargen. — 67. Alcock S. 213/15. — 68. Durch die Unterscheidung Staatssekretär Marcy's zwischen der amerikanischen und britischen Politik, die England selbst als eine Macht des Ostens erscheinen ließ, ist auch Harris' politisches Weltbild bezeichnet. Der Haß der Siamesen gegen England, der so groß war, daß sie sich unter amerikanischen

Schutz stellen wollten, bestärkte ihn noch in seiner Auffassung (Den-
nett S. 251/52). — 69. 1860 (2589). — 70. Chassiron S. 165/75. —
71. Lord Elgin glaubte herzliche Beziehungen zu den Mächten vor-
aussehen zu dürfen (Nr. 199 in 1859 (2571)). Ähnliche Urteile findet
man bei Oliphant, Band II.).

3. Kapitel. (S. 39—46).

72. Vgl. Murdoch III, S. 686; Satoh S. 93/94. — 73. Murdoch III,
S. 689/90. — 74. Satoh S. 115/16; Murdoch III, S. 691; Gubbins S. 115.
— 75. Gubbins S. 116. — 76. Murdoch S. 660/61. — 77. Alcock I,
S. 137 und 144. — 78. Alcock I, S. 138. — 79. Nr. 22 in 1860 (2648). —
80. Alcock I, S. 146. — 81. Nr. 14 in 1860 (2648). — 82. Vgl. Alcock
am 23. November 1859 in 1860 (2617). — 83. Alcock I, 281/84 gibt ein
aufschlußreiches Bild der Jagd nach dem Golde. — 84. Alcock I,
S. 342. — 85. Nr. 28 und 43 in 1860 (2648). — 86. Nr. 37 in 1860
(2648). — 87. Alcock hatte am 11. Juli die Ratifikationen des bri-
tischen Vertrages ausgetauscht. — 88. Nr. 41 in 1860 (2648). — 89.
Inclosure in Nr. 42 in 1860 (2648). — 90. Die Engländer verloren bei
den Taku-Forts drei von 9 Kanonenbooten. Hinzukommt noch, daß
auch die Franzosen in Cochinchina scheiterten. — 91. Nr. 45 in 1860
(2648). — 92. Nr. 44 vom 28. Februar 1860 in 1860 (2648). — 93.
(Nr. 2 in 1860 [2694]). — 94. Satoh S. 140. — 95. Murdoch III,
S. 701/02; 711. — 96. Treat I, S. 100. — 97. Nr. 45 in 1860 (2648).

4. Kapitel. (S. 46—59).

98. Später wurde Eulenburg Innenminister. — 99. Die Bedeutung
Chinas für das Ausfuhrgeschäft hatte Friedrich Wilhelm IV. schon am
4. April 1843 veranlaßt, in die Entsendung eines „Commissarius“ zu
willigen, der die ostasiatischen Verhältnisse studieren sollte, aber
unterwegs verstarb (G.St.A.). Seit dem Abschluß des Perry-Vertrages
hatte man in Berlin die Vorgänge in Ostasien genau verfolgt. Der Ge-
schäftsträger in Washington, Frhr. von Gerolt, hatte Unterredungen
mit Perry über die Möglichkeit einer preußischen Expedition, die Perry
als erfolgversprechend bezeichnete, wenn ein kleines Geschwader mit
einem Kriegsschiff entsandt werde (Gerolt an Manteuffel am 19. Fe-
bruar 1855, Nr. 79; G.St.A.). Nachdem ein paar Jahre keine weiteren
Schritte getan worden waren, kam 1858 der Minister von der Heydt
auf die Frage zurück (am 29. September 1858 an Manteuffel; G.St.A.).
Die Admiralität erklärte sich bereit, Schiffe unter der Voraussetzung
zu stellen, daß in den beiden folgenden Jahren kein Krieg mit Däne-
mark drohe (an das Außenministerium am 6. November 1858; G.St.A.).
Die Dampfkorvette „Arkona“ (2320 t), Segelfregatte „Thetis“ (1533 t),
Schoner „Frauenlob“ (95 t) und Transportschiff „Elbe“ verließen im
März 1860 Europa. Der Gesandte schiffte sich mit seinem Stabe in
Singapore ein. — 100. Immediatbericht an den Prinzregenten, Singa-
pore, den 11. August 1860; G.St.A. — 101. Alcock in Nr. 39 in 1860
(2648). — 102. Gildemeister an den Senat von Bremen; eine Abschrift
des Briefes befindet sich im G.St.A. Die Preußen waren später erstaunt
über die Kenntnisse einiger japanischen Beamten in preußischen Din-

gen; z. B. war Friedrich der Große bekannt, sogar eine japanische Übersetzung eines taktischen Werkes des Generals von Brandt fanden sie vor. — 103. Eulenburg Nr. 11 vom 7. September 1860; G.St.A. — 104. Eulenburg Nr. 12 vom 12. September 1860; G.St.A., z. T. Expedition I, S. 288. — 105. Eulenburg Nr. 14 vom 19. September 1860; G.St.A., z. T. Expedition S. 291 f. — 106. Eulenburg an den Prinzregenten am 19. September 1860; G.St.A. — 107. Eulenburg, Briefe S. 77. — 108. Eulenburg Nr. 17 vom 30. September 1860; G.St.A. — 109. Eulenburg Nr. 18 vom 3. Oktober 1860; G.St.A. — 110. Vgl. Gubbins S. 265. — 111. Die Abschrift einer Note vom 23. Okt. befindet sich im G. St. A. — 112. Eulenburg Nr. 26 v. 3. Nov. 1860; G. St. A. Expedition II, S. 57 f.; 106. — 113. Eulenburg Nr. 37 v. 25. Nov. 1860; G. St. A. — 114. Vgl. Eulenburg Nr. 21 v. 10. Okt. 1860; G. St. A. — 115. Eulenburg Nr. 41 v. 7. Dez. 1860; G. St. A. Expedition II, S. 108 f. — 116. Eulenburg Nr. 43 v. 13. Dez. 1860; G. St. A. Expedition II, S. 124 f. — 117. Eulenburg Nr. 46 v. 23. Dez. 1860; G. St. A. — 118. Den Angehörigen der Nichtvertragsmächte war seit einiger Zeit der Aufenthalt im Lande verboten. Brandt schreibt noch in seinen Erinnerungen, die Mitteilung der Regierung an die Diplomaten, welche die Ausweisung der Staatsangehörigen von Nichtvertragsmächten forderte, solle erst auf Drängen des englischen Gesandten erfolgt sein. — 119. Eulenburg Nr. 48 v. 25. Dez. 1860; G. St. A. Expedition II, S. 129/34. — 120. Eulenburg Nr. 52 vom 31. Dez. 1860; G. St. A. Briefe S. 136. — 121. Eulenburg Nr. 56 v. 4. Jan. 1860; G. St. A. Expedition II, 143. — 122. Eulenburg, Briefe S. 142. — 123. Ein letzter Versuch Eulenburgs, die anderen Vereinsstaaten in den Vertrag einzubeziehen, war am 11. Jan. 1861 nochmals abgelehnt worden. Eulenburg Nr. 60 v. 13. Jan. 1861; G.St.A. — 124. Eulenburg Nr. 59 v. 9. Jan. 1861; G.St.A. — 125. Eulenburg, Briefe S. 142. — 126. Eulenburg Nr. 64 v. 19. Jan. 1861; G.St.A. Der Umstand, daß ein Gesandter des Tennō schon monatelang vergeblich auf den Empfang beim Shōgun hatte warten müssen, erleichterte Eulenburg den Entschluß, seinen Aufenthalt in Yedo nicht noch länger auszudehnen. — 127. Erlaß vom 7. April 1861; G.St.A. 128. Eulenburg Nr. 54 vom 2. Januar 1861, G.St.A. Vgl. auch Nr. 1 in 1861 (2829). — 129. Eulenburg Nr. 57 v. 7. Jan. 1861. G.St.A.; Alcock II, 38. — 130. Inclosure in Nr. 7 in 1861 (2829). — 131. Inclosure in Nr. 7 in 1861 (2829), Annex I. — 132. Harris fürchtete zweifellos, die Engländer würden die Gelegenheit zu Gebietserwerbungen benutzen. — 133. Eulenburg Nr. 66 v. 24. Jan. 1861; G.St.A. — 134. Incl. in Nr. 9 in 1861 (2829). — 135. Incl. 2 in Nr. 9 in 1861 (2829). In Wirklichkeit hatte gerade Alcock von seiner Regierung einen Verweis erhalten wegen seiner drohenden Sprache. — 136. Der holländische Generalkonsul war schon vorher aufgebrochen. — 137. Incl. I in Nr. 4 in 1861 (2829). Incl. 4 in Nr. 7 in 1861 (2829) — 138. Incl. 2 in Nr. 11 in 1861 (2829). Alcock II, 62. — 139. Treat II, 108. — 140. Russell am 8. April 1861, Nr. 5 in 1861 (2829). — 141. Anlage zu Washington Nr. 167; G.St.A. Vgl. auch Us-Diplomatic Correspondence 1862/63 S. 547/48. — 142. Gerolt an Schleinitz am 18. Mai 1861; G.St.A. Die Wilhelmstraße war über Seward's Vorschlag sehr überrascht, da man dort schon von der „befriedigenden Wendung in Japan“ unterrichtet war. Man ließ in London anfragen, ob dort auch eine solche Note eingegangen sei. Lord Russels Antwort war: „Yes, but

we laughed at it.“ Seward scheine entsetzlich wenig Kenntnis von diplomatischen Bräuchen zu haben und mache allerhand unpraktische und unangenehme Vorschläge. Diese Überheblichkeit läßt darauf schließen, wie wenig Downing Street erfaßte, daß es sich dabei um ein geschicktes Ablenkungsmanöver Washingtons handelte, das England und Frankreich vom Eingreifen in den amerikanischen Bürgerkrieg abhalten sollte. (Für die fesselnden Hintergründe dieses Vorschlags vgl. Treat I, 114). — 143. Gerolt an Schleinitz am 7. Aug. 1861, G.St.A. — 144. Eulenburg Nr. 21 v. 10. Okt. 1860, G.St.A. — 145. Schon die erste Instruktion an den ersten englischen Vertreter in Japan wies diesen an: „...and You will endeavour to dissuade the Japanese Government from making any cession of territory to Russia.“ P. R. O. — 146. Cambr. Mod. Hist. XI, 843/44. — 147. Alcock II, 219.

5. Kapitel. (S. 59—77).

148. Alcock II, Kap. VIII Nr. 1 in 1862 (2929). — 149. Alcock II, 104/05; 136/38. — 150. Nr. 2 in 1862 (2929). — 151. Der Regierung wurde diese Abweichung vom alten Brauch von der Opposition schwer verdacht (Alcock II, 190, Anm.). — 152. Nr. 9 in 1862 (2929). — 153. Nr. 9 in 1862 (2929). — 154. Alcock II, 218. — 155. Alcock II, 222 und 225. — 156. Nr. 13 in 1862 (2929). — 157. Nr. 15 in 1863 (3079). — 158. Nr. 15 in 1863 (3079). — 159. Nr. 15 in 1863 (3079), Inclosure 3. — 160. Nr. 8 in 1863 (3079), Inclosure 2. — 161. Nr. 32 in 1863 (3079). Der Verdacht war trotz seiner äußerlichen Wahrscheinlichkeit unzutreffend. — 162. Nr. 35 in 1863 (3079). — 163. Er hatte bei der Wahl Lincolns zum Präsidenten aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten, die ihm nur ungern gegeben wurde (Cosenza S. 15, Diplomatic Correspondence 1862 S. 816). — 164. Treat I, 127. — 165. Murdoch III, 711/23. — 166. Vgl. Nr. 41—43 in 1863 (3079). Neale wurde durch Presseangriffe und durch die Beschwerdeschrift von 86 Einwohnern an Russell stark belastet. Russell billigte jedoch Neales Haltung. Vgl. auch die späteren Urteile von Brandt (II, S. 4) und Satow (S. 54). — 167. Nr. 56 in 1863 (3079). — 168. „This step marked the beginning of the end of the Tokugawa Shogunate“ (Treat I, 143). Vgl. auch Murdoch III, 726. — 169. Brandt Nr. 15 v. 29. Dez. 1862, G.St.A. — 170. Satow S. 71; Brandt, II, 23. Unter den Brandstiftern befanden sich auch die späteren Minister Itô und Inoue. — 171. Brandt Nr. 17 v. 19. Febr. 1863; G.St.A. — 172. Brandt Nr. 22 v. 28. März 1863; G.St.A. — 173. Nr. 1 in 1864 (3242). — 174. Nr. 28 in 1864 (3242), Incl. 1 und 6. — 175. So urteilt auch Brandt in seinen Berichten (G.St.A.) und Erinnerungen (II, 34/35). Vgl. auch Satow S. 29/30. — 176. Brandt Nr. 31 v. 17. April 1863; G.St.A. — 177. Brandt Nr. 32 v. 17. April 1863; G.St.A. — 178. Brandt Nr. 34 v. 22. April 1863; G.St.A. — 179. Brandt Nr. 41 v. 28. April 1863; G.St.A. — 180. Radowitz S. 75. — 181. Brandt Nr. 46 v. 5. Mai 1863; G.St.A. — 182. Brandt Nr. 45 v. 4. Mai 1863; G.St.A. — 183. Brandt Nr. 47 v. 6. Mai 1863; G.St.A. — 184. Brandt Nr. 52 v. 16. Mai 1863; G.St.A. — 185. Treat I, 178. Pruyn hatte am 31. Mai als letzter Fremder Yedo Hals über Kopf verlassen müssen, da die Regierung einer Verschwörung gegen ihn auf die Spur gekommen war.

Brandt meinte zu diesem Ereignis: „Soviel ich die Verhältnisse beurteilen kann, werden sie (die Fremden) nicht dorthin zurückkehren“ (Brandt Nr. 59; G.St.A.). — 186. Treat I, 179. — 187. Brandt Nr. 62 v. 23. Juni 1863; G.St.A. — 188. Brandt betont, daß die Engländer die schließliche Lösung der Entschädigungsfrage lediglich Bellecourt und Jaurès zu verdanken hätten (Nr. 65). — 189. Nr. 49 in 1864 (3242), Incl. I — 190. Nr. 49 in 1864 (3242), Incl. 2. — 191. Brandt Nr. 65 v. 10. Juli 1863; G.St.A. — 192. Treat I, 183. — 193. Der englische Admiral, der 12 Schiffe auf der Reede hatte, bot Jaurès, der sich so sehr für die Engländer eingesetzt hatte, ein ganzes Kanonenboot zur Unterstützung an, das dieser mit dem Bemerkten ablehnte, es werde nur hindern. (Brandt Nr. 67). — 194. Nr. 61 in 1864 (3242), Incl. 3. — 195. Satow widerlegt die Berichterstattung Neale-Küpers, daß der Brand zufällig entstanden sei. (Satow S. 89/90). — 196. Satow S. 85/89. Nr. 63 in 1864 (3242) mit Inclosures. Vgl. auch Nr. 66 a. a. O. — 197. Nr. 75 in 1864 (3242); Nr. 1—3 in 1864 (3303). — 198. Murdoch III, 735. — 199. Murdoch III, 735/36. — 200. Radowitz S. 74/75. Rehfués an Bismarck am 27. Aug. 1863; G.St.A. — 201. Rehfués Nr. 57, vom 9. Sept. 1863; G.St.A. — 202. Rehfués Nr. 57 vom 9. Sept. 1863; G.St.A. Nr. 59 vom 10. Okt. 1863; G.St.A. Nr. 60 vom 12. Okt. 1863; G.St.A. — 203. Radowitz S. 83. — 204. Rehfués Nr. 63 vom 30. Okt. 1863; G.St.A. — 205. Nr. 72 in 1864 (3242), Incl. 2. — 206. Rehfués Nr. 65 vom 15. Nov. 1863 G.St.A. Radowitz S. 88. Nr. 74 in 1864 (3242), Incl. 2. — 207. Rehfués Nr. 69 vom 28. Nov. 1863; G.St.A. — 208. Rehfués Nr. 73 vom 17. Dez. 1863; G.St.A. — 209. Rehfués Nr. 75 vom 28. Dez. 1863; G.St.A. 210. Rehfués Nr. 79 vom 31. Dez. 1863; G.St.A. Radowitz S. 89/90. — 211. Brandt Nr. 75 vom 3. Okt. 1863; G.St.A. Brandt Nr. 78 vom 16. Nov. 1863; G.St.A. Rehfués Nr. 67 vom 25. Nov. 1863; G.St.A. — 212. Erlaß Nr. 83 vom 19. Juli 1864; PRO. — 213. Brandt Nr. 21 vom 23. April 1865; G.St.A. Brandt Nr. 14 vom 15. Febr. 1863; G.St.A. — 214. Satow S. 26. — 215. G. St. A. — 216. Rehfués Nr. 3. vom 14. Jan. 1864; G.St.A. Radowitz S. 96. — 217. Urkunde im G.St.A. Faksimile in der Propyläen-Weltgeschichte IX, 488. — 218. Rehfués Nr. 5 vom 26. Jan. 1864; G.St.A. Radowitz S. 96/100. — 219. Radowitz S. 96. — 220. Radowitz S. 100. Die japanischen Europagesandten betonten später noch in Shanghai die besondere Hochachtung, die man in Japan für die Preußen hege (Radowitz an Bismarck am 21. Febr. 1864; G.St.A.). — 221. Zahlreiche Berichte Rehfués' und Brandts (enthalten vertrauliche Mitteilungen von den anderen Gesandten und japanischen Beamten) G. St. A. Ein vertrauliches Memorandum Winchesters für Parkes vom 23. Juni 1865. P. R. O. Vgl. auch Brandt II, 98. Wenn ein so verdienstvoller Gelehrter wie Treat Pruyn „genial“ (I, 135) nennt, so kann man das nur als sein persönliches Urteil zur Kenntnis nehmen, wenn er aber dessen high principles betont (S. 251), so muß das bei der Einhelligkeit des Urteils von Pruyns Kollegen Befremden erregen. Wenn er Pruyn sogar in einem Atemzuge mit Perry und Harris nennt, als würdigen Vertreter seiner Nation, „in whose record there is scarcely a line which, after half a century, one would erase“ (I, 268), so hebt er dadurch nicht Pruyn zu den Harris und Perry hinauf, sondern zieht diese zu ihm hinab, gibt einer unberechtigten Kritik an diesen beiden

bedeutenden Männern nur ein unnötiges Gewicht. Pruyn ist übrigens auch von Amerikanern stark kritisiert worden (Vgl. z. B. Dennett S. 397). — 222. Rehfuës Nr. 52 vom 12. August 1863; G.St.A. Rehfuës Nr. 72 vom 16. Dez. 1863; G.St.A. — 223. Rehfuës Nr. 65 vom 15. Nov. 1863; G.St.A. Eulenburg berichtet eine Aeußerung von Jaurès. — 224. Rehfuës Nr. 13 vom 20. März 1864; G.St.A.

6. Kapitel. (S. 78—88).

225. Murdoch III, S. 736/38 — 226. Murdoch III, 732/33; 736/44. — 227. Nr. 1 in 1865, Japan Nr. 1. — 228. Nr. 15 in 1865, Japan Nr. 1. — 229. Nr. 20 in 1865, Japan Nr. 1. — 230. Nr. 34 in 1865, Japan Nr. 1. — 231. Hier sei bemerkt, daß Alcock in einer Private instruction vom 14. Dez. 1863 die für den Anfang recht beträchtliche Summe von 300 £ für Einholung geheimer Nachrichten bewilligt wurde (P. R. O.). — 232. Nr. 43 in 1865, Japan Nr. 1. — 233. Treat I, 220 gibt Alcocks Absichten kund. Noch am selben Tage ersuchte Pruyn in Washington um eine Verstärkung des amerikanischen Geschwaders (Treat I, 219). — 234. Nr. 44 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 1. — 235. Nr. 44 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 2. Nr. 55 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 4. Auch Brandt II, 77/78. — 236. Nr. 55 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 5. — 237. Nr. 55 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 3. — 238. Nr. 57 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 6. — 239. Nr. 57 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 7. Satow S. 99. — 240. Nr. 57 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 9—10. — 241. Brandt Nr. 21 vom 25. Aug. 1864; G.St.A. — 242. Brandt Nr. 21 vom 25. Aug. 1864; G.St.A. — 243. Nr. 31 in 1865, Japan Nr. 1. — 244. Nr. 57 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 15. Satows Aeußerung, man habe die Regierung gedrängt, nicht zu ratifizieren, klingt wahrscheinlich. — 245. Nr. 57 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 17. — 246. Nr. 57 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 18. — 247. Nr. 60 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 1. Vgl. dazu Satow 105/15. — 248. Nr. 66 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 4. — 249. Nr. 66 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 10. Satow 116/26. — 250. Satow, der mit in Shimonoseki blieb, betont, daß aus dieser Zeit seine Sympathien für die Daimyôpartei herrühren. (S. 128/29). — 251. Brandt II, 88. — 252. Nr. 80 in 1865, Japan Nr. 1, Incl. 1. — 253. Nr. 40 in 1865, Japan Nr. 1. Auch Seward machte sich Russells Grundsätze zu eigen (Treat I, 213). — 254. Nr. 41 in 1865, Japan Nr. 1. — 255. Diese Annahme Russells wird bis zu einem gewissen Grad gestützt durch Dickens (S. 33/34). Aber allein darauf läßt sich eine Verurteilung von Alcocks Politik nicht begründen. — 256. Nr. 45 in 1865, Japan Nr. 1. — 257. Nr. 67 in 1865, Japan Nr. 1. — 258. Nr. 88 in 1865, Japan Nr. 1. — 259. Nr. 71 und 89 in 1865, Japan Nr. 1. — 260. Brandt nimmt wohl mit Recht an, daß die schleswig-holsteinische Frage für diese Stellungnahme der britischen Regierung nicht ausschlaggebend war. Die Abberufung Alcocks wurde von den anderen Gesandten sehr bedauert, da sie geeignet war, die Festigung der gerade gebesserten Verhältnisse zu verhindern. (Brandt Nr. 28 v. 25. Okt. 64 und Brandt II, S. 89/90). Auch der Shôgun ließ den Wunsch aussprechen, Alcock möge zurückkehren (Nr. 81 in 1865, Japan Nr. 1). Alcock, der nicht nach Japan zurück wollte, wurde Gesandter in Peking.

7. Kapitel. (S. 88—98).

261. Den anderen traf dasselbe Schicksal am 30. Oktober 1865. Für diese Vorgänge vgl. 1865, Japan Nr. 2 und 3; Brandt II, 91—95; Satow Kap. XII. — 262. Murdoch III, 748—49. — 263. Winchester Nr. 59 vom 12. April 1865. PRO. — 264. Nr. 22 in 1866, Japan Nr. 1. — 265. Winchester Nr. 16 v. 15. Febr. 1865. PRO. In einer Denkschrift für das Foreign Office, London, vom 20. März 1865, betont Alcock, der sich zu der Zeit in London aufhielt, man sollte bis zu einem gewissen Grade den Shōgun unterstützen, da dieser in seiner gegenwärtigen Lage notwendig eine liberale Politik gegen die Fremden sowohl wie gegen die Landesfürsten treiben müsse. (Denkschrift im PRO.). — 266. Winchester Nr. 78, confidential, v. 27. April 65, PRO. — 267. Yamaguchi S. 58/60. — 268. Yamaguchi S. 73/74. — 269. Brandt Nr. 31 vom 25. Mai 1865, G.St.A. — 270. Black I, 272/73. — 271. Black I, 299/300. — 272. Murdoch III, 753. — 273. Brandt Nr. 3; G.St.A. — 274. Nr. 28 in 1866, Japan Nr. 1. — 275. Nr. 28 in 1866, Japan Nr. 1, Incl. 3. — 276. Nr. 28 in 1866, Japan Nr. 1, Incl. 4. — 277. Nr. 36 in 1866, Japan Nr. 1. — 278. Murdoch III, 744. — 279. Murdoch III, 752/54. Erst 1868 wurde die Zusammenarbeit öffentlich bekannt gegeben. — 280. Murdoch III, 751. — 281. Brandt Nr. 31 v. 25. Mai 1865; G.St.A. — 282. Nr. 39 in 1866, Japan Nr. 1, Incl. 2. — 283. Nr. 39 in 1866, Japan Nr. 1, Incl. 5. — 284. Brandt Nr. 34 v. 26. Juni 1865; G.St.A. — 285. Nr. 8 in 1866, Japan Nr. 1. Eine Denkschrift Winchesters sollte Parkes in die politischen Ziele der Mächte in Japan einweihen. Danach drohte von Rußland weiterer Vormarsch nach Süden, wobei es immer seine Zeit abwartete und sich mit kleinen Fortschritten begnüge. Bedrohlich würde vor allem die Schaffung eines Malta des fernen Ostens durch die Russen auf der Insel Tsushima sein. Rußland sei wegen dieser Ziele einer Ausdehnung des fremden Handels nicht geneigt. Frankreich sei uninteressiert an der Öffnung weiterer Häfen, wünsche japanische Neutralität, um einen Flottenstützpunkt für mexikanische Eventualfälle zu haben. Die Vereinigten Staaten seien im allgemeinen friedlich, betrachteten aber Frankreichs wachsenden Einfluß besonders mißtrauisch, weil sie glaubten, Japan solle bei einem mexikanischen Streit unter der bequemen Maske der Neutralität Frankreichs Werk tun. Holland sei friedlich, Preußens Haltung „in any given conjuncture“ noch nicht vorausszusehen. — 286. Nr. 42 u. 44 in 1866, Japan Nr. 1. — 287. Nr. 38 in 1866, Japan Nr. 1. — 288. Nr. 66 in 1866, Japan Nr. 1, Incl. 1 u. 4. — 289. Nr. 72 u. 74 in 1866, Japan Nr. 1. — 290. Nr. 74 in 1866, Japan Nr. 1. — 291. Nr. 79 in 1866, Japan Nr. 1. — 292. Murdoch III, 758/59; Yamaguchi S. 65. — 293. Nr. 79 in 1866, Japan Nr. 1. — 294. Infolgedessen kann diese Note den raschen Erfolg nicht herbeigeführt haben, wie Treat (I, 265) meint. Die Hauptwirkung dürfte das Rücktrittsgesuch des Shōguns getan haben. — 295. Yamaguchi, Kinse shiriaku S. 64/65. — 296. Nr. 79 in 1866, Japan Nr. 1, Incl. 3. — 297. Murdoch III, 759, Cambr. Mod. History XI, 854. — 298. Black I, 393. — 299. Black I, 394/95. — 300. Nr. 79 in 1866, Japan Nr. 1. — **301.** Die Gerüchte, daß sowohl der Tennō als auch der Shōgun keines natürlichen Todes gestorben seien, sind unerwiesene Annahmen. Der Tennō starb an den Blattern.

8. Kapitel. (S. 99—110).

302. Nr. 80 in 1866, Japan Nr. 1. — 303. Parkes Nr. 72 v. 15. Dez. 1865, PRO. — 304. Vgl. Satow A diplomat in Japan. Einige treffliche Bemerkungen dazu macht Treat (I, S. 302/04). — 305. Brandt Nr. 3 v. 17. Jan. 1866; G.St.A. — 306. Nr. 29 v. 14. Februar 1866; PRO. — 307. Brandt Nr. 12, 15, 16; G.St.A. Treat I, 275; Dickins S. 68. — 308. Satow 157. — 309. Nr. I in 1867, Japan Nr. I, Incl. Gubbins 298/304. — 310. Brandt, der auf Urlaub in der Heimat weilte, empfahl, daß Preußen die Anwendung des neuen Vertrages unter dem Meistbegünstigungsartikel verlangen solle, statt ihn einfach anzunehmen. Dadurch behalte es sich sein vertragsmäßiges Recht zur Kündigung zum 1. Januar 1868 vor und könne etwaige Mängel beseitigen. (Brandt an Bismarck, Schwalbach, den 17. Sept. 1866; G.St.A.). — 311. Murdoch III, 754/56. — 312. Parkes Nr. 131 v. 13. Aug. 1866; PRO. — 313. Satow rühmt die guten sources of information der Engländer (S. 142). — 314. Parkes Nr. 141 v. 2. Sept. 1866; PRO. Vgl. auch Satow S. 173. Daß Brandt diese Politik mitmachte, trifft nicht zu. — 315. Erlaß Nr. 30 v. 20. Februar 1866; PRO. — 316. Erlaß Nr. 60 v. 9. April 1866; PRO. — 317. Private and confidential v. 26. März 1866; PRO. — 318. Hammond an Parkes, private and confidential, am 26. April 1866; PRO. Dickins (II, 61/62) veröffentlicht nicht den zweiten, interessanteren Teil. — 319. Private an Hammond am 28. Febr. 1866; PRO. — 320. Private an Hammond; PRO. — 321. Nr. 82; PRO. — 322. Dickins II, 69. — 323. Satow S. 167. — 324. Parkes Nr. 209, conf., v. 15. Dez. 1866; PRO. Parkes Nr. 78, v. 4. Mai 1867; PRO. — 325. Black II, 303. — 326. Black II, 32/33. — 327. Okuma I, 63. — 328. Treat I, 290; Black II, 40/42; Satow 200; Redesdale I, 389/96. — 329. Satow 198, 228. — 330. Brandt erhielt das fesselnde Schriftstück durch die Indiskretion eines japanischen Beamten (Anlage zu Bericht Nr. 24; G.St.A.). — 331. Parkes Nr. 78; PRO. — 332. Nr. 92; PRO. — 333. Brandt Nr. 34 v. 11. Juli 1867; G.St.A. Murdoch III, 766/67; Cambr. Mod. History XI, 855/56. — 334. Satow 198. — 335. Brandt Nr. 18 v. 29. Mai 1867; G.St.A. — 336. Parkes Nr. 84, secret and confidential, vom 12. Mai 1867; PRO. Treat I, 291/92. Seward konnte die Vermittlung deshalb nicht annehmen, weil er auf Grund von Chinaberichten Frankreich schon einen gemeinsamen Straffeldzug gegen Korea vorgeschlagen hatte, der aber nicht zustande kam (Dennett 417/21). — 337. Satow 275/76. — 338. Brandt II, 155/56; Treat I, 294/97. Parkes Nr. 140, 155, 170, 183, 191; PRO. — 339. Brandt Nr. 60 v. 10. Okt. 1867; G.St.A. — 340. Brandt Nr. 61 v. 14. Okt. 1867; G.St.A. — 341. Parkes Nr. 192, confidential; PRO. Satow 282/83. — 342. Gubbins 305; Murdoch III, 769. — 343. Gubbins 306/11.

9. Kapitel. (S. 110—121).

344. Murdoch III, 771/73. Gubbins Kap. V. — 345. Vgl. hierzu Satow S. 300 u. 302. Mitford urteilt: „He was a great noble, if ever there was one. The pity of it was, that he was an anachronism“ (Redesdale I, 394). — 346. Gubbins 312. — 347. Satow 300. — 348. Satow 302. — 349. Brandt II, 168. — 350. Brandt II, 169. — 351. Brandt II, 172; Satow 304; Treat I, 308. In einer Daimyöversammlung hätte der Exshōgun durch seine

Vasallen zweifellos eine bedeutende Mehrheit gehabt. — 352. „Moreover the drilled infantry were useless; if one man ran the rest followed like a flock of sheep“ (Satow 314). Vgl. auch S. 322. — 353. Murdoch III, 778/79. Brandt II, 173. — 354. Brandt II, 185; 188. Satow 319, 320. — 355. Brandt II, 189/90; Treat I, 313, Anm. 27. — 356. Satow 321. — 357. Satow 324; Brandt II, 190/91. — 358. Satow 325; 330/31. Brandt II, 191/92. — 359. Satow 326; Brandt II, 192. Vgl. auch Dickins S. 75, Anm.; Parkes Nr. 33 v. 15. Febr. 1868; PRO. — 360. Satow 366. — 361. Satow 332; Brandt II, 193/94. Infolge dieses Beschlusses verhinderte van Valkenburg am 24. April die Übergabe des Panzerschiffes „Stonewall“ an die Tokugawaflotte. Dieses Schiff hätte die seestrategische Lage wahrscheinlich entschieden. Sein Vorgehen wurde von Seward zuerst nicht gebilligt (Treat I, 321/22). Der Staatssekretär änderte aber später sein Urteil (Treat I, 329). — 362. Brandt hat wohl recht, wenn er meint, daß der Franzose sich nur über die Pläne der Shōgunatsregierung hatte vergewissern wollen, um seine eigene Haltung danach einzurichten (Brandt II, 192. Vgl. auch Satow 344). — 363. Brandt kannte die meisten schon (Brandt II, 204). — 364. Satow 348/50, Parkes Nr. 62 vom 19. März 1868, confidential; PRO. — 365. Brandt II, 205/08. Satow Kap. 29. — 366. Dickins II, 87/95. Satow 359/63. Adams II, 119/21. Redesdale II, 449/61. — 367. Parkes Nr. 64 v. 25. März 68; PRO. Vgl. auch Satow 357. — 368. Brandt II, 210/11. — 369. Brandt II, 211/12. — 370. Auch Brandt sieht in der Haltung des Shōguns den entscheidenden Grund für die Niederlage des Nordens (II, 220). — 371. Matsumoto S. 96/97. — 372. Matsumoto S. 26. — 373. Matsumoto S. 72. — 374. Brandt II, 160. — 375. Hierzu ist besonders lesenswert, was der Zeitgenosse Black sagt (Black I, 42/43). Auch bei den Diplomaten erregten später zahlreiche überstürzte oder schlecht durchdachte Reformmaßnahmen der neuen Regierung Kopfschütteln und ernste Sorge. — 376. Okakura Kakuzo S. 96. — 377. Brandt II, 269; Treat I, 323. — 378. Parkes Nr. 150 v. 27. Juni 1868; PRO. — 379. Die Bedeutung, die man in Japan der Christenfrage beimaß, erhellt aus den zahlreichen Denkschriften und zeitgenössischen Aufsätzen, von denen man zahlreiche bei den Gesandtschaftsberichten in deutschen und englischen Archiven findet. Die Beweisführungen sind zumeist recht freundlich. — 380. Brandt II, 269. — 381. Erlaß Nr. 135 v. 9. Sept. 1868; Erlaß Nr. 109 v. 30. Juli 1868; PRO. — 382. Noch am 25. August holten Samurai Brandts japanischen Kutscher vom Bock, weil er dem Zuge Higashi Kuzes nicht die schuldige Achtung erwiesen habe.

Quellen- und Literaturverzeichnis.

Quellen.

I. Ungedruckte:

- a) Japan- und Chinaakten des Auswärtigen Amts im Preußischen Geheimen Staatsarchiv, Berlin.
- b) Japanakten des Foreign Office im Public Record Office, London.

II. Gedruckte:

- a) Papers relating to the Foreign Relations of the United States (der Titel ist in verschiedenen Jahren verschieden), veröffentlicht in den Executive Documents.
Jahrgänge 1861—1868, 1870—1879. Washington.
- b) British Parliamentary Papers (erschieden in London):
 - “Convention between Her Majesty and the Emperor of Japan, Nagasaki, October 14, 1854,” 1856 (2014).
 - “Correspondence Relating to the Late Negotiations with Japan” 1856 (2077).
 - “Correspondence Relating to the Earl of Elgin’s Special Mission to China and Japan,” 1859 (2571).
 - “Treaty of Peace, Friendship and Commerce between Her Majesty and the Tycoon of Japan, August 26, 1858,” 1860 (2589).
 - “Correspondence with Her Majesty’s Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Japan,” 1860 (2648).
 - “Correspondence Respecting Stoppage of Trade by the Japanese Authorities,” 1860 (2617).
 - “Despatches from Mr. Alcock, Her Majesty’s Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Japan,” 1860 (2694).
 - “Correspondence Respecting Affairs in Japan, March and April, 1861,” 1861 (2829).
 - “Correspondence Respecting Affairs in Japan, July to September, 1861,” 1862 (2929).
 - “Correspondence Respecting Affairs in Japan,” 1863 (3079).
 - “Correspondence Respecting Affairs in Japan,” 1864 (3242).
 - Japan No. 2 (1864), “Correspondence Respecting Affairs in Japan” 1864 (3303).
 - Japan No. 1 (1865), “Correspondence Respecting Affairs in Japan” 1865 (3428).
 - Japan No. 2 (1865), “Despatch from Sir R. Alcock Respecting the Murder of Major Baldwin and Lieutenant Bird at Kamakura in Japan,” 1865 (3429).

Japan No. 5 (1865), "Further Papers Respecting the Murder of Major Baldwin and Lieutenant Bird at Kamakura in Japan," 1865 (3459).
Japan No. 1 (1866), "Correspondence Respecting Affairs in Japan, 1865—66," 1866 (3625).

Japan No. 1 (1867), "Correspondence Respecting the Revision of the Japanese Commercial Tariff," 1867 (3758).

"Correspondence with Her Majesty's Minister in Japan Respecting British Troops in That Country," 1867 (3831).

Japan No. 3 (1870), "Correspondence Respecting Affairs in Japan: 1868—70," Commons 70, 1870 (129).

China No. 2 (1875) "Correspondence Respecting the Settlement of the Difficulty between China and Japan in Regard to the Island of Formosa," 1875 (1164).

China No. 6 (1875), "Further Correspondence," 1875 (1289).

Japan No. 1 (1876), "Correspondence Respecting the Treaty between Japan and Corea." 1876 (1530).

Sonstige Quellen und Darstellungen.

- Adams, F. O.: The History of Japan, 2 vols, London 1874/75.
- Alcock, Sir Rutherford: The Capital of the Tycoon, London 1863.
- Asiaticus: Die staatliche und soziale Entwicklung Japans 1868—1878 in „Nord und Süd“ Jg. 1879.
- Aston, W. C.: H. M. S. „Phaeton“ at Nagasaki 1808 in TASJ Vol. 7. (Baba, Bunyei): Japan 1853—1864 or Genji Yume Monogatari (übersetzt von Sir Ernest M. Satow) Tokyo 1905.
- Ballard, S.: Sketch of the Life of Watanabe Noboru in TASJ Vol. 32.
- Black, John R.: Young Japan, 2 Bde, London 1880/81.
- Brandt, Max von: Dreiunddreißig Jahre in Ostasien, 3 Bde., Leipzig 1901.
- Cambridge, The... Modern History Vols XI und XII, Cambridge 1909/10.
- Chamberlain, B. H.: Allerlei Japanisches, Berlin 1912.
- Chassiron, Charles de: Notes sur le Japon, la China et l'Inde, Paris 1861.
- Clement, E. W.: The Mito Civil War in TASJ Vol. 19, Part 2.
- Cosenza, M. E. The Complete Journal of Townsend Harris, New York 1930.
- Courant, M.: Okoubo, Paris 1904.
- Dennett, Tyler: Americans in Eastern Asia, New York 1922.
- Diary, The... of an Official of the Bakufu in TASJ 2nd Series Vol. 7.
- Dickins, F. V. (and Lane-Poole): The Life of Sir Harry Parkes, 2 Bde., London 1894.
- Doebelhoff, J. von: Tagebuchblätter einer Reise nach Ostasien 1873/74, 2 Bde., Wien 1874/75.
- Eulenburg, Graf Fritz zu: Ostasien 1862 in Briefen (herausgegeben von Graf Philipp zu Eulenburg-Hertefeld), Berlin 1900.
- Expedition, Die preußische... nach Ostasien, 4 Bde., Berlin 1864 ff.
- Foster, John W.: American Diplomacy in the Orient, Boston 1904.
- Fraissinet, E.: Le Japon, 2 Bde., Paris 1860.
- Gowen, H. H.: An Outline History of Japan, London-New York 1927.
- Gubbins, J. H.: The Feudal System in Japan under the Tokugawa Shoguns in TASJ Vol. 15, Part. 2.
- The Making of Modern Japan, London 1922 (zitiert Gubbins, The Making).
- The Progress of Japan 1853/71, Oxford 1911 (zitiert Gubbins).
- Gundert, W.: Japanische Religionsgeschichte, Stuttgart und Tokyo 1935.
- Griffis, W. E.: The Mikado's Empire, New York.
- Hara, Katsuro: Histoire du Japon, Paris 1926.
- Hashagen, Justus: Die Japanpolitik der Vereinigten Staaten in ihren Anfängen in „Weltwirtschaftliches Archiv“, 22. Band, Jena 1925.
- Haushofer, Karl: Japan und die Japaner. Berlin-Leipzig 1933.
- Mutsuhito, Lübeck 1933.

- Hawks, F. L.: Narrative of the Expedition of an American Squadron to the China Seas and Japan 1852, 1853 and 1854, Washington 1856.
- Heco, Josef: Erinnerungen eines Japaners, Stuttgart 1898. The Narrative of a Japanese, 2 Vols.
- Heine, Wilhelm: Die Expedition in die Seen von China, Japan und Ochotsk, 2 Bde., Leipzig 1858/59.
- Reise um die Erde nach Japan, Leipzig 1856.
- Hildreth, R.: Japan as it was and is, Boston 1855.
- History of the Empire of Japan (zusammengestellt unter Leitung des Department of Education, übersetzt von Brinkley), Tokyo 1893.
- Jones, F. C.: Extraterritoriality in Japan... 1853/99, New Haven 1931.
- Koch, W.: Japan, Geschichte nach japanischen Quellen, Dresden 1904.
- Krause, F. E. A.: Geschichte Ostasiens, 2 Bde., Göttingen 1925.
- Kreyher, J.: Die preußische Expedition nach Ostasien 1859/62, Hamburg.
- Kühner, N. V.: Die Beziehungen Rußlands zum Fernen Osten während der Regierungszeit des Hauses Romanow (russisch), Wladiwostok 1914.
- Lange: Der Kampf um Ueno in MGOA Band 2, S. 96 ff.
- Latourette, K. S.: The Development of Japan, New York 1926.
- McLaren, W. W.: A Political History of Japan during the Meiji Era 1867—1912, London 1916.
- Japanese Government Documents 1867/69 in TASJ Vol. 42, Part. I.
- McLean, M.: Echoes from Japan, London 1899.
- Matsumoto, Kaoru: Die Beziehungen zwischen Mikado und Schogun vor 1868 im Spiegel der europäischen Schriftsteller (Diss.) Heidelberg 1933.
- Mitford, A. B.: Geschichten aus Altjapan, Leipzig 1875.
- Mounsey, Augustus: The Satsuma Rebellion, London 1879.
- Murdoch, James: A History of Japan, 3 Vols, I. Bd. London 1925 (2. Aufl.); 2. Bd. Kobe 1903; 3. Bd. London 1926. — Zitate beziehen sich auf den 3. Band.
- Nitobe, Inazo: The Intercourse between the United States and Japan, Baltimore 1891.
- Ohr: Die preußische Expedition nach Ostasien 1860/61 in MGOA XIII, S. 199—236.
- Okakura-Kakuzo: The Awakening of Japan, London 1922.
- Okuma, Count Shigenobu: Fifty Years of New Japan, 2 Vols, New York 1909.
- Oliphant, Laurence: Narrative of the Earl of Elgin's Mission to China and Japan, 2 Vols, London 1859.
- Pflugk-Hartungs Weltgeschichte, Band: „Geschichte des Orients“, Berlin 1910.
- Posdnejew, Dimitrij: Japan, Land, Bevölkerung, Geschichte und Politik (russisch), Moskau 1925.
- Propyläen Weltgeschichte, Band 9, Berlin.
- Radowitz, Joseph M. von: Briefe aus Ostasien, Berlin und Leipzig 1926.
- Ramming, Martin: Die wirtschaftliche Lage der Samurai am Ende der Tokugawaperiode in MGOA XXII, Teil A; Tokyo 1928.

- Über den Anteil der Russen an der Eröffnung Japans für den Verkehr mit den westlichen Mächten, in MGOA XXI, B, Tokyo 1926 (zitiert Ramming).
- Rathgen, Karl: Japan und die Japaner, Leipzig 1907.
- Die Entstehung des modernen Japan (Rede), Dresden 1896.
- Ratzeburg, J. A. H. C.: Skizzen aus dem Privattagebuche eines Seeoffiziers, Berlin 1864.
- Redesdale, Lord: Memories, 2 Vols, London 1915.
- Rein, J. J.: Japan nach Reisen und Studien, 2 Bde., Leipzig 1881/86.
- Rieß, Ludwig: Geschichte der Insel Formosa in MGOA VI, S. 405/48.
- Rösler: Japans Außenhandel seit 1868 in MGOA III.
- Rose, H.: Meine Erlebnisse auf der preußischen Expedition nach Ostasien, 1860, 61 und 1862, Kiel 1895.
- Rosen, Baron: Forty Years of Diplomacy, 2 Bde., London 1932.
- Rudorff, Otto: Tokugawa-Gesetzsammlung, Suppl. zu Band V, MGOA.
- Saito, Hisho: Geschichte Japans, Berlin 1912.
- Satoh, H.: Agitated Japan; Tokyo, London und New York 1896.
- Satow, Sir Ernest M.: A Diplomat in Japan, London 1921.
- Scherzer, Karl von: Fachmännische Berichte über die österreichisch-ungarische Expedition nach Siam, China und Japan, Stuttgart 1872.
- Schmiedel, Otto: Die Deutschen in Japan, Leipzig 1920.
- Schottländer, F.: Erwin von Baelz 1849—1913, Stuttgart 1928.
- Siebold, Alexander Frhr. von: Ph. Fr. von Siebolds Letzte Reise nach Japan 1859/62. Berlin 1902.
- Siebold, Ph. Fr. von: Nippon, Archiv zur Beschreibung von Japan, 2 Bde. (2. Aufl.), Würzburg und Leipzig 1897.
- Spieß, G.: Die preußische Expedition nach Ostasien, Berlin und Leipzig 1894.
- Stead, Alfred: Unser Vaterland Japan. Ein Quellenbuch, geschrieben von Japanern, Leipzig 1904.
- Japan by the Japanese, London 1904.
- Treat, P. J.: Diplomatic Relations between the United States and Japan 1853/95, 2 Vols, Stanford University, California, 1932 (zitiert Treat).
- The Far East, New York 1928.
- Tronson, R. N.: Personal Narrative of a Voyage to Japan..., London 1859.
- Uyehara, G. E.: The Political Development of Japan 1867/1909.
- Wagener, G.: Aus dem Tagebuche Hendrik Heusdens in MGOA Band III, 1883, S. 372/90.
- Werner, R.: Die preußische Expedition nach China, Japan und Siam, 2. Aufl. 1873.
- Williams, S. Wells: A Journal of the Perry Expedition to Japan in TASJ Vol. 37, Part 2.
- Wirth-Dirr: Die Erschließung Japans, Erinnerungen des Admirals Perry, Hamburg 1910.
- (Yamaguchi Uji): Kinse shiriaku, A History of Japan (1853/69), übersetzt von E. M. Satow, Yokohama 1876.
- Kinsei shiriaku ni hen, übersetzt von Lange und Senga MSOS Jg. I, 1898.
- Yoshida, Sakuya: Geschichtliche Entwicklung der Staatsverfassung und des Lehnswesens von Japan. Haag 1890. (Diss.)

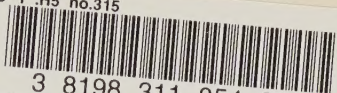
D 1 .H5 no.314



3 8198 311 854 242

Anfänge des Gallikanismus im 1. UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.315



3 8198 311 854 259

Jean-Paul Marat (1743-93) : UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

D 1 .H5 no.316



3 8198 311 854 267

Japans Eingliederung in den We UI main
THE UNIVERSITY OF ILLINOIS AT CHICAGO

RES. FAC.		8	4	2	1	36	35	34	33
		C 58845ER							
D		Historische Studien							
1									
H5									
no.314-316									

D
1
H5 Historische Studien
no.314-316

